

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1975

MONTAG, 29. SEPTEMBER 1975

Nr. 39

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei	Der Hessische Minister der Finanzen	anlage der Gemeinde Grünigen, Landkreis Gießen, jetzt Stadt Pohlheim/Stadtteil Grünigen, Landkreis Gießen 1820
Wiedereröffnung des Ägyptischen Generalkonsulats in Frankfurt (Main); hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Emadeddin M. Askar 1794	Kontinuierliches Bauen; hier: Neufassung der Hinweise und Einordnung in die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen und in das Vergabehandbuch 1804	Vorhaben der Firma Passavant-Werke Michelbacher Hütte, Aarbergen 1820
Verlust eines Konsularischen Ausweises 1794	Neufassung der Richtlinien für eine preisbegünstigte Veräußerung von Liegenschaften des Landes Hessen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues 1804	Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für die Landeshauptstadt Wiesbaden 1820
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. 8. bis 12. 9. 1975 1794	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für die Stadt Rüsselsheim .. 1820
Der Hessische Minister des Innern	Bekanntmachung über die 4. atomrechtliche Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes Biblis, Block B 1805	KASSEL
Gemeinsamer Runderlaß betr. Rechtsschutz in Strafsachen für Landesbedienstete 1794	Richtlinien zur Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen. 1805	Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen Schützenwald“ der Stadt Schwalmstadt, Schwalm-Eder-Kreis 1820
Übergang von Schadenersatzansprüchen gegen Dritte gemäß § 103 HBG auf das Land Hessen; hier: Leistungsfreiheit der Haftpflichtversicherer nach § 12 Abs. 3 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag 1795	Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3358 in der Gemarkung Garbenteich/Stadtteil von Pohlheim, Landkreis Gießen 1806	Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Städtische Werke AG Kassel in der Gemarkung Simmershausen der Gemeinde Fuldaatal, Kreis Kassel 1822
Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen von 17. 1. 1964, zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. 11. 1970; hier: Zusatzurlaub für Schwerbehinderte 1795	Beleihungsgrundsätze für Grundstücke; hier: Baukostenindex 1806	Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Kaufungen, Kreis Kassel. 1825
Beihilferechtliche Folgerungen aus dem Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten vom 24. 6. 1975 1796	Änderung der Fernsprechnummer des Katasteramtes Weizlar 1806	Verlust eines Polizei-Dienstausweises 1828
Hessisches Beamtenversorgungsrecht und Versorgung nach dem G 131; hier: Feststellung und Bekanntmachung des 1. Anpassungszuschlags für Versorgungsempfänger gemäß Art. VII in Verbindung mit Artikel IX § 26 des 2. Bes.VNG 1796	Der Hessische Sozialminister	Buchbesprechungen 1828
Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen (Konjunkturprogramm); hier: Beschleunigung baurechtlicher Verfahren 1796	Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen 1806	Öffentlicher Anzeiger
Träger öffentlicher Belange, die im städtebaulichen Verfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz zu beteiligen sind; hier: 1. Änderung des Verzeichnisses der Träger öffentlicher Belange — Fassung Januar 1974 — 1797	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	Bilanz für das Jahr 1974 der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, Wiesbaden 1834
Zivilschutz; hier Abfindung der Selbstschutzberater und anderer ehrenamtlicher Selbstschutzkräfte der Gemeinden 1801	Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren 1807	Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1974 der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, Wiesbaden 1836
Richtlinien für das Konjunktur-Sonderprogramm zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden in Hessen 1801	Bekämpfung der ansteckenden Blutarmut der Einhufer; hier: einheitliche Durchführung 1807	Bekanntmachung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden .. 1836
Richtlinien für das Konjunktur-Sonderprogramm zur Förderung des Baus von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen durch Hilfen für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen in Hessen (Sonderprogramm Bausparzwischenfinanzierung) 1803	Bekämpfung der Rinderleukose; hier: Freiwilliges Ausmerzungsverfahren 1807	Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1976 1836
	Behandlung von Bohrungen für Zwecke der Wassererschließung 1807	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Gladenbach nach Duisburg 1837
	Flurbereinigung Bielhausen-Oberbiel, Krs. Weizlar 1807	Widmung einer Neubaustrecke zur Kreisstraße 41 in den Gemarkungen Remsfeld und Oberbeisheim (Orsteile der Gemeinde Knüllwald), Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel 1837
	Flurbereinigung Sinn, Dillkreis 1808	Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Limburg nach Niedernhausen 1837
	Änderung der Rufnummer des Hessischen Forstamtes Gahrenberg 1809	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Bad Orb nach Gelnhausen 1837
	Änderung der Rufnummer des Hessischen Forstamtes Hilders 1809	Genehmigungen zur Einrichtung und zum Betrieb von Linienverkehren mit Kraftfahrzeugen von Bad Orb nach Bad Orb 1838
	Personalnachrichten	
	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1809	
	Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1809	
	Regierungspräsidenten	
	DARMSTADT	
	Aufhebung der Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungs-	

Seite 1793

Die 9. Folge 1975 der monatlich erscheinenden Beilage

»Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

Ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt

1309

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Wiedereröffnung des Ägyptischen Generalkonsulats in Frankfurt (Main);

hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Emadeddin M. Askar

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul der Arabischen Republik Ägypten in Frankfurt am Main ernannten Herrn Emadeddin M. Askar am 11. 9. 1975 das Exequatur erteilt. Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt die Länder Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Die Anschrift lautet:

6 Frankfurt (Main), Hotel National,
Baseler Straße 50,
Fernsprecher: Frankfurt (0611) 23 48 41,
Sprechzeit: montags bis freitags 9—15.

Wiesbaden, 15. 9. 1975 **Der Hessische Ministerpräsident**
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/03

St.Anz. 39/1975 S. 1794

1310

Verlust eines Konsularischen Ausweises

Der am 5. Dezember 1974 von der Staatskanzlei ausgestellte Konsularische Ausweis Nr. 5383 für Frau Julia S. Brew, Ehefrau des Beamten Thomas J. Brew, des Amerikanischen Generalkonsulats, ist verlorengegangen.

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 10. 9. 1975 **Der Hessische Ministerpräsident**
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/09

St.Anz. 39/1975 S. 1794

1311

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 29. 8. 1975 bis 12. 9. 1975

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 66 Neue Folge, Heft 7
Volks- u. Berufszählung
Pendler und Fernpendler

Statistische Berichte

A I 1 — A IV 3 — vj 1/75

Bevölkerungsvorgänge in Hessen

A IV 5 — j/74

Die Tuberkulose in Hessen 1974

B III 1 — hj 2/78

Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 1973/74

C II 1 — m 9/75

Vorläufiges Ergebnis der Getreideernte 1975

C III 1 — vj 3/75

Der Schweinebestand am 1. August 1975 in Hessen (endgültiges Ergebnis)

Preis
DM

3,00

1,50

2,50

2,00

0,50

0,50

C III 3 — m 7/75

Milcherzeugung und -verwendung im Juli 1975 (31 T.)

C IV 3 — m 7/75

Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen in Hessen, Berichtsmonat: Juli 1975

DO/Arbeitsstättenzählung 1970-8

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte 1970 sowie Lohn- und Gehaltssummen 1969 in den Gemeinden

E I 1, E I 2 — m 7/75

Die Industrie in Hessen im Juli 1975 (vorläufige Ergebnisse)

E H 1 — vj 2/75

Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 1975 (Repräsentative Handwerksberichterstattung)

E II 2 — 6/75

Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Juni 1975 und im 1. Halbjahr 1975

G I 1 — m 6/75

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Juni 1975

G IV 3 — m 6/75

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Gastgewerbe im Juni 1975

H I 1 — m 2/75

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Februar 1975

H I 4 — m 6/75

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Juni 1975 und im 1. Halbjahr 1975

K I 3 — j/74

Die öffentliche Jugendhilfe in Hessen 1974

L I u. L II/S — vj 2/75

Landes-, Bundes- und Gemeindesteuern in Hessen im 2. Vierteljahr 1975 (kassenmäßiges Aufkommen)

L III 1 — j/74 (vorher L I 4-j)

Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Hessen am 31. Dezember 1974

M I 1 — m 7/75

Erzeugerpreise in Hessen im Juli 1975

M I 2 — m 8/75

Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im August 1975

N I 1 — vj 2/75 Teil 1

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1975, Teil 1: Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter

N I 1 — vj 2/75 Teil II

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1975, Teil II: Angestelltenverdienste

N I 2 — hj 1/75

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk in Hessen im Mai 1975

Wiesbaden, 12. 9. 1975 **Hessisches Statistisches Landesamt**
Z 231 — 77 a 241/75

St.Anz. 39/1975 S. 1794

1312

Der Hessische Minister des Innern

Rechtsschutz in Strafsachen für Landesbedienstete

Gemeinsamer Runderlaß des Ministers des Innern zugleich im Namen des Ministerpräsidenten, der Fachminister und des Direktors des Landespersonalamtes

Bei der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen für Landesbedienstete bitte ich wie folgt zu verfahren:

1. Ist gegen einen Landesbediensteten wegen einer dienstlichen Verrichtung oder eines Verhaltens, das mit einer dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang steht, ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft eingeleitet, die öffentliche Klage im strafgerichtlichen Verfahren oder Privatklage (§ 374 StPO) erhoben, der Erlaß eines Strafbefehls beantragt oder eine Strafverfügung erlassen wor-

den, kann ihm auf seinen Antrag zur Bestreitung der notwendigen Kosten seiner Rechtsverteidigung ein Vorschuß oder, wenn er Dienstbezüge, Vergütung oder Lohn nicht erhält, ein zinsloses Darlehen gewährt werden. Voraussetzung ist, daß

- a) ein dienstliches Interesse an einer zweckentsprechenden Rechtsverteidigung besteht (z. B. weil im Falle einer Verurteilung des Landesbediensteten mit Schadensersatzansprüchen gegen das Land zu rechnen wäre),
- b) die Verteidigungsmaßnahme (z. B. Bestellung eines Verteidigers, Einholung eines Gutachtens) wegen der Eigenart der Sach- oder Rechtslage geboten erscheint,
- c) nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß den Landesbediensteten kein oder nur ein geringes Verschulden trifft,
- d) die Verauslagung der Kosten dem Landesbediensteten nicht zugemutet werden kann und
- e) von anderer Seite Rechtsschutz nicht zu erlangen ist.

2. Wird der Landesbedienstete in dem Strafverfahren freigesprochen, kann ein Vorschuß endgültig vom Land als Haushaltsausgabe übernommen oder ein Darlehen in einen Zuschuß umgewandelt werden, soweit der Landesbedienstete für notwendige Auslagen Kostenerstattung durch die Staatskasse oder einen Dritten nicht erlangen kann. Das gleiche gilt, wenn

- a) das Verfahren nicht nur vorläufig eingestellt oder nicht eröffnet wird oder
- b) der Landesbedienstete außer Verfolgung gesetzt wird und die Annahme gerechtfertigt ist, daß kein oder nur ein geringes Verschulden vorliegt.

3. Wird der Landesbedienstete verurteilt, hat er den Vorschuß oder das Darlehen in angemessenen Raten zu tilgen. Liegt nur ein geringes Verschulden vor, kann der Vorschuß zu einem angemessenen Teil endgültig vom Land als Haushaltsausgabe übernommen oder das Darlehen zu einem angemessenen Teil in einen Zuschuß umgewandelt werden, soweit der Landesbedienstete für notwendige Auslagen Kostenerstattung durch die Staatskasse oder einen Dritten nicht erlangen kann.

4. In besonders begründeten Fällen können die notwendigen Auslagen nach Maßgabe der Nummern 1 bis 3 auf Antrag auch dann auf den Landeshaushalt übernommen werden, wenn bis zum Abschluß des Strafverfahrens ein Vorschuß oder ein Darlehen nicht gewährt worden war.

5. Die Nummern 1 bis 4 finden bei einem Bußgeldverfahren entsprechende Anwendung.

6. Die Entscheidungen nach Nummern 1 bis 5 trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann diese Befugnis auf unmittelbar nachgeordnete Behörden übertragen.

7. Unberührt bleibt ein Anspruch nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter in Verbindung mit § 150 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Versicherungsvertragsgesetzes und ein auf allgemeinen Rechtsgrundsätzen über den Schadensausgleich bei gefahreneigiger Tätigkeit beruhender Anspruch des Landesbediensteten gegen seinen Dienstherrn oder Arbeitgeber auf Übernahme der notwendigen Kosten seiner Rechtsverteidigung und auf Freistellung von den ihm auferlegten gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten.

8. Vorschüsse an Landesbedienstete, die Dienstbezüge, Vergütung oder Lohn aus Landesmitteln erhalten, sind bei den Vorschüssen zu verausgaben und abzuwickeln; soweit die Kosten ganz oder teilweise endgültig vom Land übernommen werden, sind sie bei Titel 526 . . . — Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten — als Ausgabe zu buchen.

Darlehen sind in Ausgabe bei Titel 863 . . . — Darlehen bei der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen für Landesbedienstete —, Einnahmen aus Tilgungen von Darlehen bei Titel 182 . . . — Rückflüsse aus Darlehen bei der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen für Landesbedienstete — nachzuweisen. Sind diese Titel nicht ausgedacht, bedarf die alsdann außerplanmäßig zu buchende Ausgabe der vorherigen Zustimmung des Ministers der Finanzen gemäß § 37 LHO. Eine entsprechende Einnahmehaushaltsstelle ist außerplanmäßig einzurichten.

Wird ein Darlehen ganz oder teilweise in einen Zuschuß umgewandelt, ist der Zuschußbetrag bei Titel 526 . . . zu verausgaben und bei Titel 182 . . . zu vereinnahmen.

9. Landesbedienstete im Sinne dieser Regelung sind Beamte, Angestellte und Arbeiter des Landes sowie frühere Angehörige dieser Personenkreise. Die Regelung gilt nach § 2 des Hessischen Richtergesetzes auch für Richter und frühere Richter im Landesdienst.
10. Der Minister der Finanzen hat auf die nach § 39 Abs. 2 LHO erforderliche Einwilligung zur Gewährung eines zinslosen Darlehens allgemein verzichtet.
11. Dieser Erlaß tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft. Der gemeinsame Runderlaß vom 10. September 1965 (StAnz. S. 1118), geändert durch Erlaß vom 25. Juli 1973 (StAnz. S. 1474) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 12. 9. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**
I B 12 — 12 I

StAnz. 39/1975 S. 1794

1313

Übergang von Schadensersatzansprüchen gegen Dritte gemäß § 103 HBG auf das Land Hessen;

hier: Leistungsfreiheit der Haftpflichtversicherer nach § 12 Abs. 3 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG)

In den Urteilen vom 3. Juni 1970 (VersR 70 S. 755) und vom 21. Oktober 1970 (VersR 71 S. 70) hatte der Bundesgerichtshof den Standpunkt vertreten, der Haftpflichtversicherer könne sich auf die aus § 12 Abs. 3 VVG folgende Leistungsfreiheit auch gegenüber dem Sozialversicherungsträger berufen, wenn er diesem bei Anmeldung seiner Ersatzansprüche mitgeteilt habe, ob und wann von ihm dem Versicherungsnehmer oder dem Mitversicherten eine Frist zur gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs auf Versicherungsschutz gesetzt worden sei.

Durch Urteil vom 4. Dezember 1974 (VersR 75 S. 438) verneint der Bundesgerichtshof die Frage, daß die versicherungsrechtliche Koppelung der Ansprüche des Sozialversicherungsträgers auch die auf § 12 Abs. 3 VVG gestützte Leistungsfreiheit erfasse. Demnach können Sozialversicherungsträger als Dritte im Sinne des § 3 PflVG auch nach abgeschlossener Auseinandersetzung zwischen Haftpflichtversicherer und Versicherungsnehmer Ansprüche gegen den Versicherer geltend machen, ohne daß ihnen vom Haftpflichtversicherer die Ablehnung des Versicherungsschutzes entgegengehalten werden kann.

Als Dritte im Sinne des § 3 PflVG sind auch Dienstherrn oder Versorgungskassen zu verstehen, auf die ein gesetzlicher Schadensersatzanspruch nach Maßgabe des § 103 HBG übergegangen ist, der einem Beamten oder seinen Hinterbliebenen infolge einer Körperverletzung oder einer Tötung gegen einen Haftpflichtversicherer zusteht.

Um Beachtung wird gebeten.

Wiesbaden, 29. 8. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**
I B 13 — 8 b 42

StAnz. 39/1975 S. 1795

1314

Urlaubsverordnung für die Beamten im Lande Hessen vom 17. Januar 1964 (GVBl. I S. 5), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. November 1970 (GVBl. I S. 701);

hier: Zusatzurlaub für Schwerbehinderte

Zur Klarstellung weise ich auf folgendes hin:

§ 13 Abs. 1 UrlaubsVO sieht für Beamte, deren Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um 50 v. H. und mehr gemindert ist, einen Zusatzurlaub von sechs Arbeitstagen vor.

Mit dem Inkrafttreten des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) vom 29. April 1974 (BGBl. I S. 1005) am 1. Mai 1974 sind die Anspruchsvoraussetzungen für den Zusatzurlaub nach § 13 Abs. 1 UrlaubsVO nunmehr die gleichen wie für den Anspruch nach § 44 SchwbG. Demzufolge kann § 13 Abs. 1 UrlaubsVO in Hinblick auf die Bestimmung des § 13 Abs. 3 UrlaubsVO nicht mehr angewendet werden. Das gilt auch für die Feststellung und den Nachweis der Minderung der Erwerbsfähigkeit, die nunmehr in § 3 SchwbG geregelt sind.

Die Gewährung von Zusatzurlaub an Schwerbehinderte ist daher an die Voraussetzung zu knüpfen, daß die Schwerbehin-

derteneigenschaft im Sinne des § 1 SchwbG vorliegt. Als Nachweis dafür gelten die Bescheinigung nach § 3 Abs. 4 SchwbG oder ein amtlicher Ausweis nach Artikel III § 5 Abs. 3 des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts vom 24. April 1974 (BGBl. I S. 981), der vor dem 1. Mai 1974 ausgestellt worden ist, bis zum Ablauf seines derzeitigen Geltungszeitraumes.

Für Personen, bei denen eine nicht nur vorübergehende Erwerbsminderung von wenigstens 25 v. H. und höchstens 49 v. H. gegeben ist, ist in § 44 SchwbG kein Anspruch auf Zusatzurlaub vorgesehen. Für Beamte mit entsprechender Erwerbsminderung bleibt es daher bei der in § 13 Abs. 2 UrlaubsVO getroffenen Regelung.

Da § 44 SchwbG auch bestimmt, welche Tage als Arbeitstage gelten, werden die diesbezüglichen Erlasse vom 28. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 90) und vom 3. Februar 1971 (StAnz. S. 373) aufgehoben.

Wiesbaden, 2. 9. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**
I B 13 — 12 a *StAnz. 39/1975 S. 1795*

1315

Beihilferechtliche Folgerungen aus dem Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten (KVSG) vom 24. 6. 1975 (BGBl. I S. 1536)

Durch das o. g. Gesetz sind eingeschriebene Studenten der staatlichen und der staatlich anerkannten Hochschulen sowie Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit verrichten, mit Wirkung vom 1. September bzw. 1. Oktober 1975 in den Kreis der krankenversicherungspflichtigen Personen einbezogen worden.

Ausgehend von den Grundsätzen der HBeihVO und unter Beachtung einer sachgerechten Auslegung der Fürsorgepflichtung wird für beihilfeberechtigte Studenten sowie für Studenten als berücksichtigungsfähige Personen (§ 3 HBeihVO i. d. F. des Rundschreibens vom 19. Dezember 1974 — StAnz. 1975 S. 74) folgende Vorwegregelung getroffen:

- 1.1 Bei Studenten, die gesetzlichen Krankenkassen (RVO-Kassen, Ersatzkassen) angehören, sind die Aufwendungen im Rahmen der Hessischen Beihilfenverordnung insoweit beihilfefähig, als sie über die zustehenden Leistungen der Kasse (Sachleistungen, Zuschüsse) hinausgehen (§ 4 Abs. 4 HBeihVO). Dies gilt unabhängig von der Art des am 31. August bzw. 30. September 1975 bestandenen Versicherungsverhältnisses.
- 1.2 Zum Geldwert von in Anspruch genommenen Sachleistungen werden Beihilfen nicht gewährt.
- 2.1 Bei privatrechtlichen Krankenversicherern versicherte Studenten, die nach § 173 d RVO von der Versicherungspflicht befreit worden sind, verringern ebenfalls die Versicherungsleistungen die beihilfefähigen Aufwendungen. Dies gilt unabhängig von dem Verhältnis, in dem sich der Versicherungsbeitrag und der Zuschuß des Bundes nach § 381 a Abs. 2 RVO bzw. nach § 3 KVSG gegenüberstehen.
- 2.2 Eine Anrechnung von Leistungen einer privatrechtlichen Krankenversicherung entfällt, wenn der Student im Monat des Entstehens der Aufwendungen den Bundeszuschuß (§ 8 KVSG) nicht beansprucht hat.
3. Die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen eines Studenten, für den Anspruch auf Familienkrankenpflege besteht und der deshalb nach § 175 Nr. 3 RVO von der Versicherungspflicht befreit ist, richtet sich nach der Art des zugrundeliegenden Versicherungsverhältnisses (Pflicht- oder freiwilliges Versicherungsverhältnis der Eltern bzw. des Ehegatten auf Grund einer Beschäftigung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes). Entsprechendes gilt für die Aufwendungen, die beihilfeberechtigten Mitgliedern gesetzlicher Krankenkassen für die bei ihnen familienversicherten Studenten entstehen.
4. Bei sonstigen nach § 175 RVO von der Krankenversicherungspflicht befreiten Studenten, die keine private Krankenversicherung abgeschlossen haben (§ 173 d RVO), oder für die kein Anspruch auf Familienkrankenpflege besteht, ändert sich an der beihilferechtlichen Stellung nichts.

Die Vorwegregelung steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Änderung der HBeihVO.

Wiesbaden, 5. 9. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**
I B 23 — P 1820 A — 243
StAnz. 39/1975 S. 1796

1316

Hessisches Beamtenversorgungsrecht und Versorgung nach dem G 131;

hier: Feststellung und Bekanntmachung des 1. Anpassungszuschlags für Versorgungsempfänger gemäß Artikel VII in Verbindung mit Artikel IX § 26 des 2. BesVNG

Bezug: Mein Rundschreiben vom 20. 8. 1975 (StAnz. S. 1658)
Der Bundesminister des Innern hat im Bundesanzeiger Nr. 155 vom 23. August 1975 folgendes Rundschreiben bekanntgegeben:

„Bekanntmachung
über die Feststellung des 1. Anpassungszuschlags
für Versorgungsempfänger
Vom 11. August 1975

Auf Grund des Artikels IX § 26 Nr. 4 Satz 1 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), gebe ich bekannt:

Gemäß Artikel VII in Verbindung mit Artikel IX § 26 Nr. 1 bis 3 des 2. BesVNG habe ich den Anpassungszuschlag für den Feststellungszeitraum vom 1. Dezember 1973 bis zum 1. Juli 1974 (1. Anpassungszuschlag) auf 0,5 vom Hundert festgestellt.“

Der 1. Anpassungszuschlag wird gemäß Artikel IX § 26 Nr. 4 Satz 2 des 2. BesVNG den am 30. November 1973 vorhandenen Versorgungsempfängern mit Wirkung vom 1. Juli 1975 an gewährt. Im übrigen verweise ich auf Abschnitt IV meines Rundschreibens vom 20. August 1975 (StAnz. S. 1658).

Ich bitte um Beachtung.

Wiesbaden, 9. 9. 1975

Der Hessische Minister des Innern
I B 34 — P 1601 A — 127
StAnz. 39/1975 S. 1796

1317

Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen (Konjunkturprogramm);

hier: Beschleunigung baurechtlicher Verfahren

Zwischen Bund und Ländern wurde ein Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen abgestimmt. Für ein schnelles Wirksamwerden der Maßnahmen des Programms ist erforderlich, daß die Aufträge beschleunigt vergeben werden und mit den Maßnahmen alsbald begonnen wird. Für Auftragvergabe und Maßnahmebeginn sind kurze Fristen festgelegt.

1. Um den Erfolg des Konjunkturprogramms zu sichern, werden die Bauaufsichtsbehörden gebeten, die Baugenehmigungs- und Zustimmungsverfahren für die von dem Konjunkturprogramm erfaßten Baumaßnahmen mit gebotener Eile und vordringlich zu behandeln. Die in dem Verfahren zu beteiligenden Behörden und Stellen sind unter Hinweis auf das Konjunkturprogramm und die Eilbedürftigkeit der Entscheidungen zu veranlassen, sich entsprechend zu verhalten.

Hierdurch dürfen allerdings die sonst anstehenden Baugenehmigungs- und Zustimmungsverfahren nicht verzögert werden, kommt es doch, um die konjunkturpolitischen Ziele zu erreichen, nicht allein auf die vom Konjunkturprogramm unmittelbar erfaßten Bauvorhaben, sondern auf das gesamte Baugeschehen an. Auch darf die beschleunigte Prüfung der Bauvorhaben nicht dazu führen, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung, deren Wahrung den Bauaufsichtsbehörden aufgegeben ist, vernachlässigt werden.

Um gleichwohl einen schnellen Verfahrensablauf zu erreichen, haben die Bauaufsichtsbehörden ihre Tätigkeit auf die Abwicklung der Baugenehmigungsverfahren zu konzentrieren und andere weniger dringliche oder bedeutsame Aufgaben zurückzustellen. Das gilt nicht für Maßnahmen zur Beseitigung von akuten Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

2. Über den Regierungspräsidenten zur Genehmigung vorliegende Bebauungspläne für Bereiche, die alsbald einer Bebauung zugeführt werden können und sollen, ist vorrangig, aber unter Wahrung der gebotenen Sorgfalt bei der Prüfung zu befinden. Kann die Genehmigung aus formellen Gründen oder wegen Abweichung von einem gültigen Flächennutzungsplan nicht erteilt werden, ist aber sonst der Bebauungsplan nach seinem materiellen Inhalt nicht zu beanstanden und kann daher seine Genehmigung nach Ausräumung der

Mängel in Aussicht gestellt werden, so habe ich keine Bedenken, wenn die Zulässigkeit von Vorhaben nach § 33 BBauG beurteilt und die Erschließungsanlagen auf der Grundlage des § 125 Abs. 2 BBauG hergestellt werden. Die Regierungspräsidenten sind gebeten, die erforderlichen Zustimmungen, wenn möglich bereits vorweg, zu erteilen.

3. Die konjunkturelle Zielsetzung stellt einen zwingenden Grund im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 3 BBauG dar, um einen Bebauungsplan aufstellen zu können, bevor der Flächennutzungsplan aufgestellt ist.

Wiesbaden, 16. 9. 1975 Der Hessische Minister des Innern
V A 4 — 64 a 02/07 — 66/75
StAnz. 39/1975 S. 1796

1318

Träger öffentlicher Belange, die im städtebaulichen Verfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz zu beteiligen sind;

hier: 1. Änderung des Verzeichnisses der Träger öffentlicher Belange — Fassung Januar 1974 —

Bezug: Mein Erlaß vom 21. Juni 1974 (StAnz. S. 1226)

Der Einführungs Erlaß vom 21. Juni 1974, das Verzeichnis der Träger öffentlicher Belange und die zugehörigen Anlagen werden wie folgt neu gefaßt, geändert oder ergänzt:

I. Einführungs Erlaß

1. Nr. 1 Abs. 2 erhält nachstehenden Zusatz:
„Gleiches gilt für die Beteiligung der Gewerbeaufsichtsämter, sofern Belange des Immissionsschutzes (Luft und Lärm) im Zusammenhang mit Anlagen angesprochen sind, die gewerblichen Zwecken dienen oder wenn von solchen Anlagen zu nutzende Flächen zu beurteilen sind.“

2. In Nr. 1 wird als Abs. 5 angefügt:
„Träger von Naturparks nehmen im Rahmen ihrer Aufgaben öffentliche Belange wahr.
Von den neun Naturparkträgern mit einem Gesamtflächenanteil von 583 540 ha (ca. 28 v. H. der Landesfläche) haben sechs Träger den Rechtsstatus eines Zweckverbandes, die beiden landesüberschreitenden Naturparke ‚Bergstraße-Odenwald‘ und ‚Diemelsee‘ sind eingetragene Vereine; der Naturpark ‚Hessische Rhön‘ wird in Regie des Landkreises Fulda erschlossen.

Im Verzeichnis der Träger öffentlicher Belange werden die Naturparkträger in Verbindung mit dem sachlichen Belang ‚Natur- und Landschaftsschutz‘ in der nachstehenden Anlage 20 aufgeführt. Es kann davon ausgegangen werden, daß die einzelnen Gemeinden über die Zugehörig-

keit zu einem Naturpark unterrichtet sind. Auf eine Darstellung der räumlichen Bereiche der einzelnen Naturparke wird daher verzichtet.“

3. Nr. 3 Abs. 2 wird um folgenden Satz ergänzt:

„Sofern sich im Planungsbereich oder in dessen näherer Umgebung Liegenschaften befinden, die ausländischen Streitkräften überlassen sind, ist wegen deren zusätzlichen Beteiligung durch die Oberfinanzdirektion eine längere Bearbeitungszeit (in der Regel 2 Monate) einzuräumen.“

4. In Nr. 3 werden als Abs. 6 bis 8 angefügt:

„Die Gemeinde hat im Vorlagebericht an die Genehmigungsbehörde zu erklären, ob der vorgelegte Bauleitplan von dem Entwurf, der gem. § 2 Abs. 6 BBauG offengelegten hat, abweicht. Weicht er ab, so ist der offengelegte Entwurf dem Antrag beizufügen und die Abweichungen sind darzulegen und zu begründen. Von den Gemeinden ist darauf zu achten, daß der Erläuterungsbericht bzw die Begründung in Übereinstimmung mit den Planänderungen steht. Die Genehmigungsbehörde hat bei Abweichungen zu prüfen, ob diese eine nochmalige Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange oder gar eine nochmalige öffentliche Auslegung nach § 2 Abs. 6 BBauG erfordern.

Den Trägern öffentlicher Belange sollen Mehrausfertigungen rechtsverbindlicher Bauleitpläne überlassen werden, wenn sie darum nachsuchen. Wegen der Zustellung von Bebauungsplänen an die Katasterämter verweise ich auf meinen Erlaß vom 8. August 1969 (StAnz. S. 1487).

Die Finanzämter haben bei der Einheitsbewertung des Grundbesitzes nach § 69 des Bewertungsgesetzes i. d. F. vom 10. Dezember 1965 (BGBl. I S. 1861), zuletzt geändert durch Art. 2 des Vermögensteuerreformgesetzes vom 17. April 1974 (BGBl. I S. 949), Flächen, die z. B. in einem Bebauungsplan als Bauland festgesetzt sind, nicht mehr dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, sondern dem Grundvermögen zuzurechnen. Die Änderung der Vermögensart von land- und forstwirtschaftlichen Vermögen zum Grundvermögen ist mit einer Veränderung des Einheitswertes für den betroffenen Grundbesitz verbunden und hat deshalb für das Grundsteueraufkommen der Gemeinden Bedeutung. Nach Abschnitt 5 der Grundsteuer-Richtlinien 1974 (Beilage zum BAnz. Nr. 72 vom 17. April 1974) liegt es daher im Interesse der Gemeinden, Änderungen in der Nutzung von Grundbesitz den Finanzämtern mitzuteilen. Um zu vermeiden, daß bei der durch die Bauleitplanung möglichen Nutzungsänderung des Grundbesitzes Grundsteuerverluste für die Gemeinde entstehen, haben die Gemeinden dem zuständigen Finanzamt fortlaufend Abdrucke der rechtsverbindlichen Bauleitpläne zur Verfügung zu stellen.“

II. Verzeichnis

1. In der Rubrik „Sachliche Belange“ wird gestrichen: Anlagen für Kfz techn. Überwachung“ und dafür gesetzt: „Anlagen der technischen Überwachungsämter für Kraftfahrzeugprüfungen“

2. Der sachliche Belang „Denkmalpflege“ erhält folgende Fassung:

„Denkmalschutz und Denkmalpflege
1. Kulturdenkmäler

Landesamt für Denkmalpflege
Hessen (Denkmalfachbehörde)
Wiesbaden-Biebrich, Schloß mit
den Außenstellen in Darmstadt,
Schloß Glockenbau, und Marburg
(Lahn) Ketzertal 1a und 1b

Kultusminister“

3. Nach dem sachlichen Belang „Landwirtschaft“ wird die Landschaftspflege als eigener sachlicher Belang wie folgt eingefügt:

„Landschaftspflege

a) für Wald und Waldgemengelagen die Forstämter
b) für landwirtschaftliche und sonstige Flächen die Landwirtschaftsämter mit Landwirtschaftsschulen (s. Anl. 9)

Regierungspräsident

Landesamt für Landwirtschaft
Kassel

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt
Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt“

In Verbindung mit dem sachlichen Belang „Natur- und Landschaftsschutz“ werden die Naturparke mit Hinweis auf deren Träger als zu beteiligende untere Stellen wie folgt eingefügt:

Der jeweils zuständige Träger
(s. Anlage 21)

4. Der sachliche Belang „Öffentliche Sicherheit“ erhält folgende Fassung:

„Öffentliche Sicherheit

a) allgemein

Landräte und Polizeipräsidenten als Vollzugspolizeibehörden bzw. Oberbürgermeister als Allgemeine Polizeibehörden

Regierungspräsident

Hessischer Minister des Innern

b) Bundesgrenzschutz

Grenzschutzkommando Mitte,
Kassel, Graf-Bernadotte-Platz 3

Bundesminister des Innern“

5. Vom sachlichen Bereich „Schulwesen“ erhält der Teil von Fachhochschulen bis Studienkollegs für ausländische Studierende folgende Fassung:

„Hochschulen Gesamthochschulen	Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 35	—	Hessischer Kultusminister
Universitäten	Frankfurt (Main), Gießen, Marburg (Lahn)	—	Hessischer Kultusminister
	Technische Hochschule Darmstadt	—	Hessischer Kultusminister
Wissenschaftliche Institute	Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung, Frankfurt (Main),	—	Hessischer Kultusminister
	Sigmund-Freud-Institut — Ausbildungs- und Forschungszentrum für Psychoanalyse — Frankfurt (Main),	—	Hessischer Kultusminister
	Hessisches Institut für Lehrerfortbildung — Reinhardswaldschule — Fulda	—	Hessischer Kultusminister
Fachhochschulen Schulträger: Land Hessen	Darmstadt, Schöffersstr. 3	—	Hessischer Kultusminister
	Frankfurt (Main), Nibelungenplatz 1	—	Hessischer Kultusminister
	Fulda, Marquardtstr. 35	—	Hessischer Kultusminister
	Gießen, Wiesenstraße 12	—	Hessischer Kultusminister
	Wiesbaden, Frankfurter Str. 28	—	Hessischer Kultusminister
	Hessische Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim	—	Hessischer Kultusminister
Kunsthochschulen Schulträger: Land Hessen	Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Frankfurt (Main)	—	Hessischer Kultusminister
	Hochschule für Gestaltung, Offenbach (Main)	—	Hessischer Kultusminister
Schulträger: Stadt Frankfurt (Main)	Städelschule — Staatliche Hochschule für bildende Künste Frankfurt (Main)	—	Hessischer Kultusminister
Studienkollegs für ausländische Studierende	Darmstadt, Frankfurt (Main)	Regierungspräsident	Hessischer Kultusminister*

III. Anlagen zum Verzeichnis

1. Die Anlagenübersicht wird ergänzt:

„Anlage 20: Träger von Naturparks im Lande Hessen“

2. Anlage 2: Örtliche Zuständigkeit der Bundesbahnbehörden im Lande Hessen erhält die nachstehende Fassung.

3. Anlage 4: Örtliche Zuständigkeit der Bundesvermögensämter im Lande Hessen erhält die nachstehende Fassung.

4. Die Liegenschaftsstelle beim Finanzamt Frankfurt (Main) ist aufgelöst worden und wird folglich in Anlage 5 gestrichen. Die Aufgaben sind auf die Liegenschaftsstelle beim Finanzamt Wiesbaden, Mainzer Straße übergegangen. Der Zuständigkeitsbereich erhält folgende Fassung:

„Kreisfreie Städte	Frankfurt (Main) Wiesbaden
Landkreise	vom Hochtaunuskreis das Gebiet des ehemaligen Ober- taunuskreises vom Main-Kinzig-Kreis das Gebiet des ehemaligen Land- kreises Hanau und der ehe- maligen kreisfreien Stadt Hanau Rheingaukreis Untertaunuskreis“

5. In Anlage 6 wird die Anschrift des Staatsbauamtes Wetzlar geändert in „Turmstraße 20“.

6. In Anlage 12 wird bei

A. Industrie- und Handelskammern

II. Regierungsbezirk Kassel

gestrichen:

„ — Koordinierungsbüro — zugleich auch für Handwerkskammer Kassel —“

und dafür gesetzt: „Koordinierungsbüro für Raumordnung und Stadtentwicklung der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel“,

B. Handwerkskammern

II. Regierungsbezirk Kassel

gestrichen: „Koordinierungsbüro bei der Industrie- und Handelskammer Kassel“

und dafür gesetzt: „Koordinierungsbüro für Raumordnung und Stadtentwicklung der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Kassel“

7. Anlage 15: Örtliche Zuständigkeit der Staatlichen Veterinärämter im Lande Hessen erhält die nachstehende Fassung.

8. In Anlage 18 wird die Anschrift des Frankfurter Verkehrs- und Tarifverbundes GmbH geändert in „Frankfurt (Main), Mannheimer Straße 15—19“.

9. Als Anlage 20 wird das nachstehende Verzeichnis der Träger von Naturparks abgedruckt.

Die bei der Gebietsreform entstandenen neuen Kreis- und Gemeindefür den Bereich der Änderungen berücksichtigt. Im übrigen sollen sie bei der vorgesehenen Neufassung des Verzeichnisses nach Inkrafttreten der letzten Gesetze über die Gebietsreform (1. 1. 1977) berichtigt werden.

Wegen der Schreibweise der Städte/Stadtteile, Gemeinden/Ortsteile und Wohnplätze verweise ich auch auf meine beiden Erlasse vom 9. 12. 1974 (StAnz. S. 2366 und S. 2367).

Wiesbaden, 15. 9. 1975

Der Hessische Minister des Innern
V A 61 — V A 4 — 61a 02/07-9/75
StAnz. 39/1975 S. 1797

Anlage 2

Örtliche Zuständigkeit der Bundesbahnbehörden im Lande Hessen

I.

Zuständige Bundesbahnbehörden sind — bis auf wenige Ausnahmen an der östlichen, nördlichen und nordwestlichen Landesgrenze (s. unter II. und III.)

im süd hessischen Raum — die Bundesbahndirektion Frankfurt (Main)

im nord hessischen Raum — die Bundesbahndirektion Kassel.

Im einzelnen verläuft die Bezirksgrenze zwischen diesen beiden Bundesbahndirektionen (BD) wie folgt:

1. **Strecke Dillenburg—Wallau:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 31,4 (Gemarkung Biedenkopf) zwischen Hp. Breidenstein, Ldkr. Marburg-Biedenkopf
 Bf. Wallau, Ldkr. Marburg-Biedenkopf
 BD Fra. (Main)
 BD Kassel
2. **Strecke Kassel—Frankfurt (Main):**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 113,9 (Gemarkung Weimar) zwischen Hp. Niederweimar, Ldkr. Marburg-Biedenkopf
 Bf. Niederwalgern, Ldkr. Marburg-Biedenkopf
 BD Kassel
 BD Frankfurt (Main)
3. **Strecke Bad Hersfeld—Treysa**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 37,30 (Gemarkung Ottrau) zwischen Hp. Weißenborn, Schwalm-Eder-Kreis
 Bf. Ottrau, Schwalm-Eder-Kreis
 BD Frankfurt (Main)
 BD Kassel
4. **Strecke Halle—Guntershausen**
 Bezirksgrenze in Bahn-km 214,40 (Gemarkung Rotenburg (Fulda) zwischen Hst. Lisenhausen, Ldkr. Hersfeld-Rotenburg
 Bf. Rotenburg (Fulda), Ldkr. Hersfeld-Rotenburg
 BD Frankfurt (Main)
 BD Kassel
5. **Strecke Leinefelde—Treysa**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 69,20 (Gemarkung Waldkappel) zwischen Bf. Burghofen, Werra-Meißner-Kreis
 Hp. Bischofferode, Schwalm-Eder-Kreis
 BD Frankfurt (Main)
 BD Kassel
6. **Strecke Kassel Hbf—Waldkappel**
 Bezirksgrenze in Bahn-km 49,35 (Gemarkung Waldkappel) zwischen Hp. Harmuthausen, Werra-Meißner-Kreis
 Bf. Waldkappel, Werra-Meißner-Kreis
 BD Kassel
 BD Frankfurt (Main)

II.

Lediglich in folgenden Fällen ragen vier der Hessen umgebenden Bundesbahnbezirke in das Gebiet des Landes Hessen hinein:

1. **Strecke Aschaffenburg Süd—Höchst (Odenw.)**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 24,083 (Gemarkung Breuberg) zwischen Hp. Hainstadt, Odenwaldkreis, und Bf. Neustadt (Odenw.)
 BD Nürnberg
 (4143 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Frankfurt (Main)
2. **Strecke Frankfurt (Main)—Darmstadt—Heidelberg:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 56,00 (Gemarkung Heppenheim) zwischen Bf. Heppenheim, Ldkr. Bergstraße
 Bf. Laudenbach, Ldkr. Mannheim
 (Landesgrenze im Bahn-km 56,55)
 BD Frankfurt (Main)
 BD Karlsruhe
3. **Strecken Weinheim (Bergstr.)—Mörlenbach—Fürth und Mörlenbach—Wahlen**
 gehören ganz zur BD Karlsruhe

4. **Strecke Gießen—Dillenburg—Siegen:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 120,60 (Gemarkung Haiger) zwischen Bf. Dillbrecht, Dillkreis
 Bf. Rudersdorf, Ldkr. Siegen
 (Landesgrenze im Bahn-km 119,036)
 BD Frankfurt (Main)
 BD Essen
5. **Strecke Haiger—Betzdorf:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 115,00 (Gemarkung Allendorf) Dillkreis
 Hp. Allendorf, Dillkreis
 Bf. Niederdresselndorf, Ldkr. Siegen
 (Landesgrenze im Bahn-km 114,570)
 BD Frankfurt (Main)
 BD Essen
6. **Strecke Flieden—Gemünden (Main)**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 32,0 (Gemarkung Altengronau) zwischen Hp. Altengronau-Nord, Main-Kinzig-Kreis
 Bf. Jossa, Main-Kinzig-Kreis
 (2400 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Frankfurt (Main)
 BD Nürnberg
7. **Strecke Jossa—Wildflecken;**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 0,0 (Gemarkung Altengronau) zwischen Bf. Jossa, Main-Kinzig-Kreis
 Bf. Altengronau-Süd, Main-Kinzig-Kreis
 Strecke vollkommen an BD Nürnberg übergegangen
 (3527 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Nürnberg
8. **Strecke Frankfurt (Main)—Göttingen im Norden:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 225,0 (Gemarkung Neu-Eichenberg) zwischen Hp. Werleshausen, Werra-Meißner-Kreis
 Bf. Eichenberg, Werra-Meißner-Kreis
 (5030 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Frankfurt (Main)
 BD Hannover
9. **Strecke Velmeden—Eichenberg:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 23,5 (Gemarkung Neu-Eichenberg) zwischen Hst. Unterrieden, Werra-Meißner-Kreis
 Bf. Eichenberg, Werra-Meißner-Kreis
 (1530 m Bahnkörper liegen bis Bf. Eichenberg noch in Hessen)
 BD Kassel
 BD Hannover
10. **Strecke Halle—Hann. Münden:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 172,0 (Gemarkung Neu-Eichenberg) zwischen Bf. Eichenberg, Werra-Meißner-Kreis
 Bf. Witzzenhausen-Nord, Werra-Meißner-Kreis
 (2190 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Hannover
 BD Kassel
11. **Strecke Aachen—Kassel:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 297,5 (Gemarkung Liebenau) zwischen Bf. Warburg (Westf.), Ldkr. Warburg (Westf.)
 Hp. Hueda, Kreis Kassel
 (109 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Hannover
 BD Kassel
12. **Strecke Wegaer Mühle—Brilon Wald:**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 64,012 (Gemarkung Willingen, Brilon, zugleich Landesgrenze, zwischen Bf. Willingen, Werra-Meißner-Kreis
 Güterladest. Schellhorn, Ldkr. Brilon
 (16 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Kassel
 BD Essen
13. **Strecke Berleburg—Allendorf (Eder)**
 Bezirksgrenze im Bahn-km 15,0 (Gemarkung Hatzfeld) zwischen Bf. Beddelhausen, Ldkr. Wittgenstein
 Bf. Hatzfeld (Eder), Ldkr. Waldeck-Frankenberg
 (16 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)
 BD Essen
 BD Kassel

14. Strecke Kreuztal—Cölbe:

Bezirksgrenze im Bahn-km 56,11
(Gemarkung Wallau) zwischen
Bf. Amalienhütte, Ldkr. Wittgenstein
Bf. Wallau/Lahn, Ldkr. Marburg-Biedenkopf

BD Essen
(3 m Bahnkörper liegen noch in Hessen)

BD Kassel

15. Die Bezirksgrenze der Strecke
Hannover—Kassel liegt auf
niedersächsischem Gebiet

16. Strecke Neckargemünd—Hirschhorn (Neckar)

Bahnhöfe Neckarshausen,
Neckar-Steinach und Hirschhorn
(Neckar)

BD Karlsruhe

III.

Bundesbahnstrecke, die in das Gebiet des Landes Niedersachsen hineinragt:

Strecke Hannover—Kassel Hbf

Bezirksgrenze in Bahn-km 138,00
(Gemarkung Gimte/Niedersachsen) zwischen Hp. Volkmarshausen, Ldkr. Göttingen
Hp. Han.-Münden-Nord, Ldkr. Göttingen

BD Hannover

BD Kassel
(17 380 m liegen in Niedersachsen)

IV.

Übersicht der Strecken, auf denen der Eisenbahnbetrieb dauernd eingestellt ist (Stand: 1. 6. 1974)

Lfd. Nr. Strecke bzw. Teilstrecke von bis	km	Zeitpunkt der Betriebs-einstellung
Lokalbahn		
1 Frankfurt (M.)—Offenbach (M.)	4,5	02.10.1955
2 Villingen (Oberhess.)—Ruppertsburg	3,0	31.05.1959
3 Laubach (Oberhess.)—Mücke (Oberhess.)	13,0	31.05.1959
4 Nidda—Schöthen	15,0	01.02.1960
5 Viernheim—Lampertheim	10,0	29.05.1960
6 Lampertheim—Abzw. Landdamm	9,0	29.05.1960
7 Bickenbach (Bergstr.)—Seeheim (Bergstraße)	4,5	01.07.1960
8 Londorf—Grünberg (Oberhess.)	13,0	26.05.1963
9 Dieburg—Reinheim (Odenw.)	9,0	20.07.1965
10 Hallenburg—Allendorf (Eder)	12,5	15.11.1966
11 Oberscheid Hochhofen—Auguststollen	3,0	28.05.1967
12 Weilmünster—Laubuseschbach	5,0	29.09.1968
13 Weilmünster—Grävenwiesbach	11,0	28.09.1969
14 Seiferts—Wüstensachsen	3,2	01.03.1970
15 Trendelburg—Karlshafen	12,7	01.06.1970
16 Griesheim (b. Da.)—Goddelau-Erfelden	6,0	27.09.1970
17 Fehl-Ritzhausen—Bad Marienberg	6,0	26.09.1971
18 Zimmerode—Gilsberg	16,4	28.05.1972
19 Oberwegfurth—Niederjossa	3,4	15.01.1973
20 Laudenbach (Werra-Meißner-Kreis)—Großalmerode-Ost	4,0	03.06.1973
21 Schlitz (Hess.)—Oberwegfurth	9,5	01.02.1974
22 Driedorf (Dillkr.)—Rennerod	12,0	01.04.1974

Anlage 4

„Örtliche Zuständigkeit der Bundesvermögensämter im Lande Hessen

I. Regierungsbezirk Darmstadt

1. Städte Darmstadt, Frankfurt (Main), Offenbach und Wiesbaden sowie Landkreise Bergstraße, Darmstadt, Dieburg, Groß-Gerau, Main-Taunus-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, vom Hochtaunuskreis das Gebiet des ehem. Landkreises Obertaunus, vom

Bundesvermögensamt
Frankfurt (Main),
Bockenheimer Anlage 11

Main-Kinzig-Kreis das Gebiet des ehem. Landkreises Hanau und vom Wetteraukreis die Stadt Bad Vilbel

2. Stadt Gießen und Landkreise Dillkreis, Gießen, Limburg-Weilburg, Vogelsbergkreis, Wetteraukreis, (ohne Stadt Bad Vilbel) und Wetzlar, vom Hochtaunuskreis das Gebiet des ehem. Landkreises Usingen, vom Main-Kinzig-Kreis die Gebiete der ehem. Landkreise Gelnhausen und Schlüchtern und vom Landkreis Marburg-Biedenkopf das Gebiet des ehem. Landkreises Biedenkopf

Bundesvermögensamt
Gießen, Bahnhofstr. 83

II. Regierungsbezirk Kassel

1. Stadt Kassel sowie Landkreise Hersfeld-Rotenburg (ohne Gemeinde Hohenroda), Kassel, Schwalm-Eder-Kreis, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner-Kreis

Bundesvermögensamt
Kassel,
Kassel-Wilhelmshöhe,
Graf-Bernadotte-Platz 5

2. Landkreis Fulda, vom Landkreis Hersfeld-Rotenburg die Gemeinde Hohenroda und vom Landkreis Marburg-Biedenkopf die Gebiete der ehem. kreisfreien Stadt Marburg und des ehem. Landkreises Marburg

Bundesvermögensamt
Gießen,
Bahnhofstraße 83*

Anlage 15

„Örtliche Zuständigkeit der Staatlichen Veterinärämter im Lande Hessen

A. Regierungsbezirk Darmstadt

1. Staatliches Veterinäramt Darmstadt
6100 Darmstadt, Karlstraße 3
Bezirke: Stadt Darmstadt, Landkreise Darmstadt und Dieburg
— Außenstelle —
6080 Groß-Gerau, Berliner Str. 19
Bezirk: Landkreis Groß-Gerau

2. Staatliches Veterinäramt Erbach/Odw.
6122 Erbach, Alfred-Kehrer-Straße 2
Bezirk: Odenwaldkreis

3. Staatliches Veterinäramt Frankfurt (Main)
6000 Frankfurt (Main), Deutschherrnauer 36
Bezirk: Stadt Frankfurt (Main)
— Außenstelle —
6238 Hofheim-Lorsbach, Talstraße 2
Bezirk: Main-Taunus-Kreis

4. Staatliches Veterinäramt Friedberg
6360 Friedberg, Bismarckstraße 33
Bezirk: Wetteraukreis

5. Staatliches Veterinäramt Gelnhausen
6460 Gelnhausen, Altenhaßlauer Straße 21
Bezirk: Main-Kinzig-Kreis

6. Staatliches Veterinäramt Gießen
6300 Gießen, Rodheimer Straße 31
Bezirke: Stadt Gießen und Landkreis Gießen

7. Staatliches Veterinäramt Heppenheim
6146 Heppenheim, Kettelerstraße 29
Bezirk: Landkreis Bergstraße

8. Staatliches Veterinäramt Herborn
6348 Herborn, Austraße 34
Bezirke: Landkreis Wetzlar, Dillkreis

9. Staatliches Veterinäramt Lauterbach
6420 Lauterbach, Goldhelg 20
Bezirk: Vogelsbergkreis

10. Staatliches Veterinäramt Limburg/Lahn
6250 Limburg (Lahn), Am Renngraben 7
Bezirk: Landkreis Limburg-Weilburg

11. Staatliches Veterinäramt Offenbach (Main)
6050 Offenbach (Main), Wilhelmsplatz 19
Bezirk: Landkreis Offenbach

12. Staatliches Veterinäramt Usingen
6390 Usingen, Obergasse 23—25
Bezirk: Hochtaunuskreis

13. Staatliches Veterinäramt Wiesbaden
6200 Wiesbaden, Sonnenberger Straße 82
Bezirk: Stadt Wiesbaden, Rheingaukreis, Untertaunus-
kreis

B. Regierungsbezirk Kassel

1. Staatliches Veterinäramt Bad Hersfeld
6430 Bad Hersfeld, Dudenstraße 25
Bezirk: Landkreis Hersfeld-Rotenburg
2. Staatliches Veterinäramt Eschwege
3440 Eschwege, Goldbachstraße 12a
Bezirk: Werra-Meißner-Kreis
3. Staatliches Veterinäramt Frankenberg
3558 Frankenberg, Hainstraße 1
Bezirk: Landkreis Waldeck-Frankenberg
4. Staatliches Veterinäramt Fritzlar
3580 Fritzlar, Georgengasse
Bezirk: Schwalm-Eder-Kreis
5. Staatliches Veterinäramt Hünfeld
6418 Hünfeld 1, Am Anger 4
Bezirk: Landkreis Fulda
6. Staatliches Veterinäramt Marburg (Lahn)
3550 Marburg (Lahn), Barfüßerstraße 11
Bezirk: Landkreis Marburg-Biedenkopf
7. Staatliches Veterinäramt Wolfhagen
3549 Wolfhagen, Liemeckestraße 2
Bezirk: Landkreis Kassel

„Träger von Naturparks im Lande Hessen

- Zweckverband Hoher Vogelsberg
6479 Scholten 1, Hohenwiesenbergweg 1
Verein Bergstraße-Odenwald
6148 Heppenheim, Landratsamt
Zweckverband Habichtswald
3547 Wolfhagen, Landratsamt
Zweckverband Meißner-Kaufunger Wald
3430 Witzenhausen, Landratsamt
Zweckverband Hochtaunus
6390 Usingen, Landratsamt
Zweckverband Hessischer Spessart
6460 Gelnhausen, Landratsamt
Naturpark Hessische Rhön
6400 Fulda, Landratsamt
Verein Diemelsee
3540 Korbach, Landratsamt
Zweckverband Rhein-Taunus
6208 Bad Schwachbach, Landratsamt

Anlage 20

1319

Zivilschutz;

hier: Abfindung der Selbstschutzberater und anderer ehrenamtlicher Selbstschutzkräfte der Gemeinden

Bezug: Mein Erlaß vom 31. 1. 1974 (StAnz. S. 351)

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erarbeitet der Bundesminister des Innern z. Z. eine einheitliche Entschädigungsregelung für Selbstschutzberater und ehrenamtliche Selbstschutzkräfte der Gemeinden. Die neue Regelung wird die Vorschrift des § 6 Abs. 1 der VwV-Selbstschutz (StAnz. 1974 S. 351) ablösen, die Abfindungen für den vorgenannten Personenkreis nach den jeweiligen gemeindlichen Regelungen für Ehrenämter in den Gemeinden bzw. für die Tätigkeiten der freiwilligen Feuerwehren vorsieht. Als Übergangslösung wendet der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) nunmehr als einheitliche Abfindungsgrundlage die gleichen Bestimmungen an, wie sie für die Helfer des Verbandes gelten. Allerdings setzt diese Regelung voraus, daß die auszubildenden Selbstschutzkräfte mit den möglichen Abfindungen einverstanden sind. Der Bundesverband wird deshalb jeden Einzelnen, der für eine Ausbildung gemeldet wird, entsprechend unterrichten und befragen.

Der Bundesminister des Innern hat den BVS angewiesen, die Ausbildung der Selbstschutzberater und der anderen ehrenamtlichen Selbstschutzkräfte möglichst bald aufzunehmen. Ich erwarte, daß die Gemeinden nunmehr geeignete Persönlichkeiten als Selbstschutzberater bestellen und den örtlichen BVS-Dienststellen zur Ausbildung benennen. Die Übersicht

über die BVS-Dienststellen in Hessen wurden mit Bezugserlaß veröffentlicht.

Wiesbaden, 10. 9. 1975

Der Hessische Minister des Innern

VI 31 — 24 f — 02/03

StAnz. 39/1975 S. 1801

1320

Richtlinien für das Konjunktur-Sonderprogramm zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden in Hessen

Zur Anregung kurzfristig realisierbarer Nachfrage nach Leistungen des Baugewerbes im Rahmen des Konjunkturprogramms 1975 werden folgende Richtlinien erlassen:

1. Gegenstand der Förderung

(1) Gefördert werden

- a) bauliche Maßnahmen, die den Gebrauchs- und Wohnwert wesentlich und nachhaltig erhöhen (Modernisierungsmaßnahmen).

Zur Modernisierung zählen insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung

- des Zuschnitts der Wohnung,
- der Belichtung und Belüftung,

- des energiesparenden Wärmeschutzes,
- des Schallschutzes,

- der Energieversorgung, der Wasserversorgung und der Entwässerung,

- der sanitären Einrichtungen,

- der Beleuchtung, der Beheizung und der Kochmöglichkeiten.

- b) Maßnahmen zur Behebung baulicher Mängel, die geeignet sind, den zum bestimmungsgemäßen Gebrauch einer Wohnung geeigneten Zustand wieder herzustellen, insbesondere Maßnahmen zur Beseitigung solcher baulicher Mängel, die durch Abnutzung, Alterung, Witterungseinflüsse oder Einwirkungen Dritter entstanden sind (Instandsetzungsmaßnahmen).

- c) Soweit durch Modernisierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen unvermeidbar in der Wohnung weitere Baumaßnahmen, die weder der Modernisierung noch der Instandsetzung der Wohnung dienen, durchgeführt werden müssen, sind die Kosten dieser Baumaßnahmen den förderungsfähigen Modernisierungs- und Instandsetzungskosten zuzurechnen.

(2) Die Förderung ist beschränkt auf Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden, die bis zum 31. Dezember 1960 bezugsfertig geworden sind. Abweichend hiervon können Maßnahmen, die der Energieeinsparung dienen, an Wohngebäuden gefördert werden, die bis zum 31. Dezember 1974 bezugsfertig geworden sind.

(3) Unter Maßnahmen, die der Energieeinsparung dienen (Abs. 2 Satz 2) sind folgende energiesparende Investitionen zu verstehen:

- a) Erhöhung der Wärmedämmung von Fenstern und Fenstertüren durch den Einbau von mindestens doppelt verglasten Fenstern, soweit keine Erweiterung der bestehenden Durchtrittsöffnung im Mauerwerk damit verbunden ist.

- b) Erhöhung der Wärmeisolierung von

- Außenwänden

- Decken

- Dächern

durch nachträgliche Wärmeisolierung.

- c) Verringerung des Energieverbrauchs von Heizungsanlagen. Nachträgliche Ausrüstung von bestehenden Heizungsanlagen

- mit einer Vorrichtung zur zentralen und zeitweisen Absenkung der Vorlauftemperatur und/oder

- mit einer von der Außentemperatur abhängigen Steuerung der Vorlauftemperatur.

- d) Verringerung der Wärmeverluste von Warmwasserbereitungs- und -versorgungsanlagen. Nachträgliche Einrichtungen zur

- Wählbarkeit und/oder

- zeitlich begrenzten Absenkung

der Vorlauftemperatur.

- e) Umstellung von Zentralheizungen auf Fernwärme einschließlich der Beiträge zu den Anschlußkosten.
- f) Umstellung von Einzelofenheizungen und Etagenheizungen auf Zentralheizungen mit Fernwärme einschließlich der Beiträge zu den Anschlußkosten.

2. Art und Umfang der Förderung

- (1) Die Förderung besteht in einem einmaligen Zuschuß an den Eigentümer oder sonst dinglich Verfügungsberechtigten in Höhe von 15 v. H. der zuschufähigen Modernisierung- und Instandsetzungskosten.
- (2) Der Zuschuß beträgt abweichend von Abs. 1 30 v. H. der zuschufähigen Kosten bei
- Mietwohngebäuden, d. h. Mehrfamilienhäuser mit 3 und mehr Wohnungen, die sich im Eigentum natürlicher Personen befinden,
 - Wohngebäuden, die von städtebaulicher, insbesondere gesellschaftlicher oder künstlerischer Bedeutung sind
 - und bei Maßnahmen an Wohngebäuden, soweit sie der Energieeinsparung dienen (Nr. 1 Abs. 3).
- (3) Auf die Gewährung des Zuschusses besteht kein Rechtsanspruch.

3. Verwendung des Zuschusses

- (1) Der Zuschuß ist zweckentsprechend zu verwenden.
- (2) Der Zuschuß gilt als Eigenkapital. Er muß nicht bei der Bildung / Berechnung der Miete berücksichtigt werden, soweit zwingende gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.
- (3) Bei Wohnraum, auf den das Gesetz zur Regelung der Miethöhe anwendbar ist, dient er nicht zur Übernahme von Kosten für den Mieter (§ 3 Abs. 1 Satz 6 des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe).

4. Zuschufähige Kosten

- (1) Zuschufähig sind Modernisierungs- und Instandsetzungskosten von mindestens 4000,— DM und höchstens 20 000,— Deutsche Mark je Wohnung. Maßgebend sind nicht die durchschnittlichen Kosten, sondern die tatsächlichen Kosten je Wohnung im Einzelfall. Modernisierungs- und Instandsetzungskosten, die auf Flure, Treppenhäuser und sonstige gemeinschaftlich genutzte Räume entfallen, sind anteilig den Kosten für die einzelnen Wohnungen zuzurechnen.
- (2) Bei Wohnheimen gelten folgende Mindest- und Höchstbeträge für die zuschufähigen Kosten: mindestens 10 000,— DM und höchstens 300 000,— DM je Wohnheim.
- (3) Jeder Antragsberechtigte darf insgesamt höchstens für 300 000,— DM Modernisierungs- und Instandsetzungskosten Zuschüsse beantragen.

5. Antragsvoraussetzungen

- (1) Es werden nur Anträge berücksichtigt, bei denen die Aufträge zur Durchführung der förderungsfähigen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nach dem 27. August 1975 erteilt worden sind oder erteilt werden.
- (2) Die geförderten Maßnahmen müssen bei Vorhaben, die keiner Baugenehmigung bedürfen, bis zum 31. Juli 1976, bei Vorhaben, die einer Baugenehmigung bedürfen, bis zum 31. Dezember 1976 abgeschlossen sein.
- (3) Die Anträge sind bis spätestens 30. November 1975 bei den Kreditinstituten einzureichen. Antragsberechtigt ist der Eigentümer oder sonst dinglich Verfügungsberechtigte des begünstigten Wohngebäudes.

6. Kumulierungsverbot

Maßnahmen, die bereits mit Mitteln anderer Förderungsprogramme gefördert worden sind bzw. gefördert werden, sind von der Förderung im Rahmen dieses Sonderprogramms ausgeschlossen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Landes Hessen für das gemeinsame Modernisierungsprogramm des Bundes und des Landes Hessen (Modernisierungsrichtlinien 1975) vom 16. Januar 1975 (St.Anz. S. 301) oder den Richtlinien 1975 über die Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden in Hessen (Landesmittel) vom 16. April 1975 (St.Anz. S. 937) gefördert werden.

7. Antrags- und Bewilligungsverfahren

- (1) Der Antrag auf Förderung durch einen einmaligen Zuschuß ist unter Beifügung der erforderlichen Kostenvoranschläge von Fachbetrieben bei einem Kreditinstitut einzureichen. Bundeseinheitliche Antragsvordrucke sind bei den Kreditinstituten erhältlich. Der Antragsteller hat nachzuweisen, daß die in Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 2 Abs. 2 Buchst. b) genannten Voraussetzungen vorliegen.
- (2) Der Antragsteller hat sich zu verpflichten,
- insgesamt keinen höheren Zuschuß zu beantragen, als sich aus den Höchstgrenzen der Nr. 4 Abs. 1 bis 3 ergibt,
 - eine Aufgabe oder Verschiebung des Vorhabens, die eine Inanspruchnahme des Zuschusses ausschließt, dem Kreditinstitut, das den Antrag entgegennimmt, unverzüglich mitzuteilen,
 - daß die Aufträge bei Vorhaben, die keiner Baugenehmigung bedürfen, bis 31. Januar 1976, bei Vorhaben, die einer Baugenehmigung bedürfen, bis 31. März 1976 vergeben sind und die in Nr. 5 Abs. 2 genannten Fertigstellungstermine eingehalten werden,
 - keine überhöhten Rechnungen vorzulegen sowie
 - den Zuschuß zweckentsprechend zu verwenden.
- (3) Mit der Antragstellung hat der Antragsteller
- zu versichern, daß
 - die vorgesehenen Maßnahmen nicht mit Mitteln aus anderen Förderungsprogrammen gefördert werden,
 - die Aufträge nicht vor dem 27. August 1975 erteilt worden sind und
 - die im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind,
 - das Kreditinstitut, das den Zuschuß auszahlt, zu ermächtigen, den zuständigen Stellen des Bundes und des Landes Hessen alle Auskünfte zu erteilen, die zur Prüfung der Zuschußgewährung notwendig sind.
 - Die Kreditinstitute prüfen unverzüglich und abschließend, ob und in welcher Höhe ein Zuschuß in Betracht kommt. Soweit sich die eingereichten Anträge auf Wohngebäude beziehen, die im Gebiet des Landes Hessen gelegen sind, melden die Kreditinstitute die geprüften Anträge zunächst listenmäßig zentral bei der Landestreuhandstelle der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, 6000 Frankfurt (Main), zur Bewilligung an.
 - Die Landestreuhandstelle entscheidet über die ihr listenmäßig gemeldeten Anträge im Rahmen des zur Verfügung stehenden Zuschußkontingentes in der Reihenfolge ihres Eingangs bei der Landestreuhandstelle binnen einer Woche und teilt das Ergebnis unverzüglich dem jeweiligen Kreditinstitut mit. Das Kreditinstitut unterrichtet den Antragsteller von der Entscheidung.
 - Vor Auszahlung des Zuschusses ist vom Antragsteller durch Vorlage der Rechnungen nachzuweisen, daß die Maßnahmen von Fachbetrieben ausgeführt worden sind.
 - Das jeweilige Kreditinstitut fordert nach Vorlage dieser Rechnungen durch den Antragsteller bei der Landestreuhandstelle den Zuschuß in einer Summe bis zur Höhe der ausgesprochenen Bewilligung an und rechnet mit dieser ab. Der bewilligte Zuschuß wird erst nach Übersendung des für jeden Antrag von dem Kreditinstitut der Landestreuhandstelle vorzulegenden Statistikbogens an das Institut ausbezahlt.
 - Eine nachträgliche Erhöhung des Zuschusses über den bewilligten Zuschuß ist ausgeschlossen.

8. Rückforderung des Zuschusses, Prüfungsrecht

- (1) Wird festgestellt, daß die Voraussetzungen für eine Förderung von vornherein nicht vorgelegen haben oder entfallen sind, entfällt ein Anspruch auf Gewährung des Zuschusses. Sind Zuschüsse bereits gezahlt worden, sind sie unverzüglich vom Antragsteller dem Kreditinstitut zurückzuerstatten. Außerdem sind die Zuschußmittel vom Antragsteller vom Tage ihrer Auszahlung durch das Kreditinstitut bis zu ihrer Rückzahlung mit 2 v. H. über dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen. Der am Ersten eines Monats geltende Diskontsatz ist für jeden Zinstag dieses Monats zugrunde zu legen. Das Kreditinstitut hat seinerseits die zurückerstatteten Zuschüsse einschließlich der Zinsen unverzüglich an die Landestreuhandstelle abzuführen.

(2) Mit der Bewilligung des Zuschusses hat die Landestreuhandstelle gegenüber dem jeweiligen Kreditinstitut auszubedingen, daß das Kreditinstitut sein Einverständnis zu einer Überprüfung der Einhaltung der für die Zuschußgewährung maßgebenden Bestimmungen zugunsten des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesrechnungshofes, des Landes Hessen sowie des Hessischen Landesrechnungshofes erklärt. Die Einverständniserklärung ist spätestens vor Auszahlung des Zuschusses durch die Landestreuhandstelle ihr gegenüber abzugeben.

9. Schlußbestimmung

Diese Richtlinien ergehen im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 12. 9. 1975

Der Hessische Minister des Innern
V B 31 — 62 c 44 — 891/75
St.Anz. 39/1975 S. 1801

1321

Richtlinien für das Konjunktur-Sonderprogramm zur Förderung des Baues von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen durch Hilfen für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen in Hessen (Sonderprogramm Bausparzwischenfinanzierung)

Zur Anregung kurzfristig realisierbarer Nachfrage nach Leistungen des Baugewerbes im Rahmen des Konjunkturprogramms 1975 werden folgende Richtlinien erlassen:

1. Gegenstand der Förderung

Gefördert wird der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen, bei denen

- der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 27. August 1975 gestellt worden ist oder wird,
- die Wohnungen öffentlich geförderte Wohnungen im Sinne des § 5 Abs. 1 oder steuerbegünstigte Wohnungen im Sinne des § 5 Abs. 2 des II. WoBauG sind,
- der Auftrag zur Errichtung des Rohbaues, bei Fertighäusern die Bestellung, vor dem 1. Mai 1976 erteilt wird,
- der Rohbau, bei Fertighäusern das Fundament, vor dem 1. Januar 1977 fertiggestellt wird.

2. Art und Umfang der Förderung

(1) Die Förderung besteht in der Gewährung einer Zinsverbilligung für solche Darlehen, die der Zwischenfinanzierung eines Bausparvertrages im Sinne der Nr. 3 dienen (Bausparzwischenkredit).

(2) Die Zinsverbilligung beträgt jährlich 2,5 v. H. des verbilligungsfähigen Bausparzwischenkredits und wird bis zur Zuteilung des Bausparvertrages, längstens für die Dauer von 3 Jahren, gewährt.

(3) Verbilligungsfähig ist der Bausparzwischenkredit, soweit er für den Bauherrn oder Ersterwerber und seine Familie im Sinne des § 8 II. WoBauG zusammen 50 000,— DM, zuzüglich 10 000,— DM für jedes vom Familienhaushalt gehörende berücksichtigungsfähige Kind, nicht übersteigt. Berücksichtigungsfähig sind Kinder, für die Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder eine Leistung im Sinne des § 8 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes gewährt wird; Kinder, bei denen diese Voraussetzung nicht vorliegt, können als berücksichtigungsfähig anerkannt werden, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, daß auf sie die Voraussetzungen des § 32 Abs. 4 bis 7 des Einkommensteuergesetzes zutreffen.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Zinsverbilligung besteht nicht.

3. Antragsvoraussetzungen

Antragsberechtigt sind natürliche Personen als Bauherren, denen zur Finanzierung eines nach Nr. 1 begünstigten Bauvorhabens ein Bausparvertrag zur Verfügung steht, bei dem bis zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens 40 v. H. der Bausparsumme eingezahlt sind; gleichgestellt sind Ersterwerber, sofern das Bauvorhaben den Voraussetzungen der Nr. 1 entspricht und der Bauherr dafür keine Zinsverbilligung nach diesen Richtlinien in Anspruch nimmt.

4. Kumulierungsverbot

Nicht gefördert werden Zwischenkredite, die durch Gewährung anderer Mittel aus öffentlichen Haushalten verbilligt werden.

5. Antrags- und Bewilligungsverfahren

(1) Der Antrag auf Zinsverbilligung muß vor dem 1. April 1976 gestellt werden.

(2) Der Antrag ist vom Bauherrn oder Ersterwerber bei einer Bausparkasse oder einem Kreditinstitut, das sich üblicherweise mit der Gewährung solcher Kredite befaßt, einzureichen. Bundeseinheitliche Antragsvordrucke sind bei diesen Instituten erhältlich.

(3) Der Bauherr oder Ersterwerber hat nachzuweisen, daß die in Nr. 1 Buchst. a) sowie in Nr. 3 genannten Voraussetzungen vorliegen.

(4) Mit der Antragstellung hat der Antragsteller

- sich zu verpflichten
 - den Nachweis, daß die in Nr. 1 Buchst. b) genannte Voraussetzung vorliegt, baldmöglichst nachzureichen,
 - für eine Einhaltung der in Nr. 1 Buchst. c) und d) genannten Bedingungen Sorge zu tragen,
 - keinen weiteren Antrag auf Zinsverbilligung zu stellen,
 - die Zuteilung des zwischenfinanzierten Bausparvertrages unverzüglich anzunehmen und
 - eine Aufgabe oder Verschiebung des Vorhabens, die eine Inanspruchnahme der Zinsverbilligung ausschließt, dem Institut unverzüglich mitzuteilen,
- b) zu versichern, daß die im Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind und
- c) das Institut zu ermächtigen, den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder alle Auskünfte zu erteilen, die für eine Prüfung der Zinsverbilligung erforderlich sind.

(5) Die in Abs. 2 genannten Institute prüfen unverzüglich und abschließend, welche Zinsverbilligung in Betracht kommt und melden — soweit die förderungsfähigen Bauvorhaben im Gebiet des Landes Hessen gelegen sind — die geprüften Anträge bei der Landestreuhandstelle der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, 6000 Frankfurt (Main), listenmäßig zur Bewilligung an.

(6) Die Landestreuhandstelle entscheidet über die ihr gemeldeten Anträge im Rahmen des zur Verfügung stehenden Zinsverbilligungskontingents in der Reihenfolge ihres Eingangs bei der Landestreuhandstelle binnen einer Woche und teilt das Ergebnis unverzüglich dem jeweiligen Institut mit. Das Institut unterrichtet den Antragsteller von der Entscheidung.

6. Auszahlung

Das Institut fordert nach Maßgabe der Fälligkeit der Zinsen für den Bausparzwischenkredit die bewilligten Zinsverbilligungsbeträge bei der Landestreuhandstelle an und rechnet mit dieser ab.

7. Rückforderung der Zinsverbilligungsbeträge, Prüfungsrecht

(1) Zu Unrecht gezahlte Zinsverbilligungsbeträge sind unverzüglich vom Antragsteller dem Institut zurückzuerstatten, sofern er die Überzahlung zu vertreten hat. Außerdem sind von ihm für diese Beträge vom Tage ihrer Auszahlung an das Kreditinstitut bis zu ihrer Rückzahlung Zinsen in Höhe von 2 v. H. über dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu fordern. Der am Ersten eines Monats geltende Diskontsatz ist für jeden Zinstag dieses Monats zugrunde zu legen. Das Institut hat seinerseits die zurückerstatteten Zinsverbilligungsbeträge einschließlich der Zinsen unverzüglich an die Landestreuhandstelle abzuführen.

(2) Mit der Bewilligung der Zinsverbilligung hat die Landestreuhandstelle gegenüber dem jeweiligen Institut auszubedingen, daß das Institut sein Einverständnis zu einer Überprüfung der Einhaltung der für die Gewährung der Zinsverbilligung maßgebenden Bestimmungen zugunsten des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, des Bundesrechnungshofes, des Landes Hessen sowie des Hessischen Rechnungshofes erklärt. Die Einverständniserklärung ist spätestens vor erstmaliger Auszahlung der Zinsverbilligung durch die Landestreuhandstelle ihr gegenüber abzugeben.

8. Schlußbestimmung

Diese Richtlinien ergehen im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 12. 9. 1975 Der Hessische Minister des Innern
V B 31 — 62 c 44 — 890/75
St.Anz. 39/1975 S. 1803

1322

Der Hessische Minister der Finanzen

Kontinuierliches Bauen;

hier: Neufassung der Hinweise und Einordnung in die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen — RBBau — und in das Vergabehandbuch — VHB

Nach Beratung im Arbeitsausschuß für die RBBau und im Ausschuß „Verdingungswesen“ der Finanzbauverwaltungen hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit Erlaß vom 23. 7. 1975 — B I 2 — B 1440 — 16/75 — Richtlinien zur kontinuierlichen Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen bekanntgegeben. Der Erlaß ist im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers für Wirtschaft — MinBlFin. — Nr. 15/1975 (zu beziehen vom Verlag Bundesanzeiger, 5 Köln 1, Postfach 108 006) veröffentlicht.

Die Richtlinien zur kontinuierlichen Bautätigkeit werden unter dem Abschnitt K 22 in die RBBau bzw. unter Nr. 3 der Richtlinien zu § 2 VOB/A in das VHB eingeordnet und mit den nächsten Ergänzungslieferungen in die Loseblattausgaben der RBBau und des VHB aufgenommen.

Gemäß Erlaß vom 28. 2. 1974 (StAnz. S. 574) ist das Vergabehandbuch auch bei Baumaßnahmen des Landes zu beachten. Ich bitte, auch K 22 RBBau bis zur Aufnahme entsprechender Richtlinien in die Dienstweisung der staatlichen Hochbauverwaltung — DABau — bei Bauvorhaben des Landes sinngemäß anzuwenden.

Bei Baumaßnahmen des Bundes und des Landes sind ab sofort die neuen Richtlinien zu beachten. Damit sind meine Erlasse vom 24. 6. 1969 (StAnz. S. 1183), vom 2. 11. 1970 (StAnz. S. 2260) und vom 31. 7. 1974 (StAnz. S. 1515) überholt und werden aufgehoben.

Wiesbaden, 1. 9. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen
B 1440 — 1 — V A 41

StAnz. 39/1975 S. 1804

1323

Neufassung der Richtlinien für eine preisbegünstigte Veräußerung von Liegenschaften des Landes Hessen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues;

Bezug: Erlasse vom 30. 11. 1961 (StAnz. S. 1449), vom 23. Jan. 1969 (StAnz. S. 265) und vom 12. Mai 1970 (StAnz. S. 1150)

Gemäß § 89 Abs. 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Sept. 1965 (BGBl. I S. 1617), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Reform des Grundsteuerrechts vom 7. Aug. 1973 (BGBl. I S. 965) und durch das Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes 1965 und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 21. Dez. 1973 (BGBl. I S. 1970), hat das Land Hessen zur Erreichung der in § 1 dieses Gesetzes bestimmten Ziele die Aufgabe, geeignete, ihm gehörende Grundstücke als Bauland zu angemessenen Preisen zu Eigentum oder in Erbbaurecht zu überlassen oder als Bauland ungeeignete Grundstücke zum Austausch gegen geeignetes Bauland bereitzustellen.

Hierzu erläßt die Landesregierung folgende Richtlinien für eine preisbegünstigte Veräußerung von im Landeseigentum stehenden, für Landes Zwecke entbehrlichen Grundstücken.

I. Veräußerung / Verwendung

(1) Landeseigene Grundstücke können unter dem Verkehrswert verkauft werden, wenn sie zur Bebauung mit Wohnungen bestimmt sind, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues öffentlich gefördert oder als steuerbegünstigt anerkannt werden sollen. Bei Bebauung mit steuerbegünstigten Wohnungen muß sich der Käufer verpflichten, die Wohnungen an Wohnungssuchende zu vergeben, deren Jahreseinkommen sich in den Grenzen des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes hält; beabsichtigt der Käufer für sich selbst ein Familienheim auf dem Grundstück zu errichten, so muß sein Jahreseinkommen § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes entsprechen.

(2) Bewerber für Familienheime sind zu bevorzugen.

(3) Die Grundstücksgröße soll das für das vorgesehene Bauvorhaben erforderliche Ausmaß nicht überschreiten. Bei Familienheimen soll das Grundstück nicht größer als 600 qm sein. Ausgenommen hiervon sind Bauvorhaben, deren Förderungszweck eine größere Landzulage erfordert.

II. Kaufpreis

(1) Der Verkaufspreis kann bis zu 40 v. H. unter den Verkehrswert gesenkt werden; in besonderen Härtefällen oder in sozial vordringlichen Fällen kann der Verkehrswert bis zu 50 v. H. unterschritten werden.

(2) Von dieser Regelung bleiben Grundstücke ausgenommen, deren Verkaufspreis trotz der Ermäßigung noch so hoch wäre, daß sie für den öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht in Betracht kommen.

(3) Nach Beurkundung des Kaufvertrages darf eine Preisermäßigung nicht mehr gewährt werden.

III. Bebauungspflicht / Wiederkaufsrecht

(1) Der Käufer muß sich verpflichten, das Grundstück entsprechend der Zweckbestimmung des Abschnitts I innerhalb von drei Jahren nach Eigentumserwerb zu bebauen und die Wohnungen auf die Dauer von 15 Jahren nach Eigentumserwerb nur dem im Abschnitt I genannten Personenkreis zu überlassen.

(2) Der Käufer darf das Grundstück innerhalb von 15 Jahren nach Eigentumserwerb ohne vorherige Zustimmung des Landes Hessen nicht verkaufen, tauschen, verschenken oder sonstwie veräußern. Soweit Gemeinden, Wohnungsbaugesellschaften oder andere Bauträger in Erfüllung der in diesen Richtlinien festgelegten Zweckbestimmung Grundstücke oder Grundstücksteile weiterveräußern, dürfen sie mit dem Zweiterwerber lediglich die Selbstkosten des Grunderwerbs zusätzlich notwendigerweise entstandener und nachgewiesener weiterer Kosten vereinbaren.

(3) Dem Lande Hessen steht ein durch Auflassungsvormerkung zu sicherndes Wiederkaufsrecht für den Fall zu, daß der Erwerber die in den Absätzen (1) und (2) übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt oder unrichtige Angaben bei Beantragung der Preisermäßigung (Absatz 7) gemacht hat.

(4) Der Preis, zu dem das Grundstück verkauft worden ist, gilt auch für den Wiederkauf. Die Kosten des Wiederkaufs hat der Wiederverkäufer zu tragen. Hierzu gehört auch die durch den Wiederkauf entstehende Grunderwerbsteuer.

(5) Für den Fall des Wiederkaufs hat das Land auf das Grundstück gemachte Verwendungen gemäß § 500 BGB zu ersetzen, soweit der Wert des Grundstücks zur Zeit der Ausübung des Wiederkaufsrechts durch diese Verwendungen erhöht ist. Eine Verpflichtung des Landes, Entschädigung für Bauwerke, die der Zweckbestimmung des Kaufvertrages nicht entsprechen, zu zahlen, besteht jedoch nicht.

(6) Das Land kann anstelle der Ausübung des Wiederkaufsrechtes den Unterschiedsbetrag zwischen dem ermäßigten Kaufpreis und dem dann maßgebenden Kaufpreis — mindestens jedoch dem vom Gutachterausschuß geschätzten Wert — verlangen.

Ferner kann das Land bei einer mit seiner Zustimmung erfolgten Veräußerung innerhalb der 15-Jahresfrist des Absatzes (2) den Unterschiedsbetrag zwischen dem ermäßigten Kaufpreis und dem bei der Veräußerung erzielten Kaufpreis — mindestens jedoch dem vom Gutachterausschuß für den Zeitpunkt der Veräußerung geschätzten Wert — verlangen.

(7) Hat der Käufer unrichtige Angaben gemacht, die zu der ihm gewährten Preisermäßigung geführt haben, kann das Land eine Nachzahlung bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem ermäßigten Kaufpreis und dem zum Zeitpunkt der Feststellung des Verstoßes maßgebenden Verkehrswert verlangen, falls es nicht das ihm auch in diesem Fall zustehende Wiederkaufsrecht ausübt. Die Nachzahlung ist zu verzinsen.

IV. Auflassung

Die Auflassungserklärung ist erst abzugeben, wenn der Erwerber nachweist, daß sein Wohnungsbauvorhaben öffentlich

gefördert wird. Bei steuerbegünstigten Wohnungen muß die Verpflichtungserklärung oder der Einkommensnachweis gemäß Abschnitt I Absatz (1) Satz 2 vorliegen.

V. Erwerbsnebenkosten

Alle im Zusammenhang mit dem Grunderwerb und der Bestellung und Löschung dinglicher Sicherungen zugunsten des Landes entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Grundstückserwerbers.

VI. Bestellung von Erbbaurechten

Die vorstehenden Bestimmungen sind bei der Bestellung eines Erbbaurechtes sinngemäß anzuwenden.

1324

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Bekanntmachung über die 4. atomrechtliche Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes Biblis, Block B

Gemäß § 7 b des Atomgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121), gebe ich bekannt:

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Sozialminister und dem Hessischen Minister des Innern habe ich am 8. September 1975 dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG, Essen, der Kraftwerk-Union AG, Erlangen, und der Hoch-Tief AG, für Hoch- und Tiefbauten, vormals Gebrüder Helfmann, Frankfurt (Main), die 4. atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk in der Gemarkung Biblis/Rhein (Kernkraftwerk Biblis, Block B) erteilt.

Eine Ausfertigung der 4. Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block B, liegt in der Zeit vom 30. September 1975 bis 14. Oktober 1975 einschließlich

1. bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Biblis, Kreis Bergstraße, Darmstädter Straße, Rathaus, Zimmer 10;
2. bei dem Landrat des Kreises Bergstraße, Heppenheim (Bergstraße), Gräffstraße 5, Zimmer 57,

jeweils während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Mit dem Ende dieser Auslegungsfrist gilt diese 4. atomrechtliche Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk Biblis, Block B, vom 8. September 1975 gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Wiesbaden, 16. 9. 1975 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
IV b 4 — 992.05 03
StAnz. 39/1975 S. 1805

1325

Richtlinien zur Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen

Auf Grund des § 7 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der hessischen Wirtschaft vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 458) werden im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und nach Anhörung der zuständigen Kammern und Verbände folgende Richtlinien zu § 5 Abs. 4 erlassen:

- 1 **Allgemeine Bestimmungen**
 - 1.1. Ziel der Förderung ist die Absatzsteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen durch gemeinschaftliche Beteiligung an Messen und Ausstellungen.
 - 1.2. Einer Beteiligung kommen eigene Ausstellungen von Kammern und Verbänden gleich.
 - 1.3. Als Zuwendungsempfänger kommen in Frage:
 - 1.3.1 Handwerkskammern
 - 1.3.2 Industrie- und Handelskammern
 - 1.3.3 Landesfachverbände der gewerblichen Wirtschaft
 - 1.3.4 In Ausnahmefällen können auch Gruppen von Unternehmen gefördert werden, wenn ihre Maßnahmen im Einvernehmen mit den unter Nr. 1.3.1 bis 1.3.3. genannten Institutionen erfolgen und nicht im Gegensatz zu deren Vorhaben stehen.
 - 1.4. Zum Zwecke der Abgrenzung gelten als kleine und mittlere Unternehmen nach diesen Richtlinien solche mit einem Jahresumsatz
 - 1.4.1 im Handwerk bis 5,0 Mill. DM
 - 1.4.2 im Einzelhandel bis 3,0 Mill. DM
 - 1.4.3 im Großhandel bis 13,0 Mill. DM

VII. Verfahren

(1) Die Durchführung des Verkaufs obliegt für den Bereich der Domänen- und Forstverwaltung den örtlich zuständigen Hessischen Forstämtern und der Verwaltung der Staatsweingüter in Eltville, im übrigen den Finanzämtern mit Liegenschaftsstellen.

(2) Die Entscheidung über den Verkaufspreis trifft ein interministerieller Ausschuß, dem je ein Vertreter des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, der Finanzen und des Innern angehören.

Wiesbaden, 2. 9. 1975 **Der Hessische Minister der Finanzen**
VV 2500-FGr. 14 allg. — IV B 51
StAnz. 39/1975 S. 1804

- 1.4.4 im Hotel- und Gaststättengewerbe bis 1,5 Mill. DM
- 1.4.5 in der Industrie bis 6,0 Mill. DM
- 1.4.6 in sonstigen Gewerben bis 1,0 Mill. DM
- 1.5 Ein Anspruch auf Förderung kann aus diesen Richtlinien nicht abgeleitet werden; der Förderungsumfang richtet sich nach den verfügbaren Haushaltsmitteln.
- 2 **Umfang der Förderung**
 - 2.1 Zuwendungen können gewährt werden
 - 2.1.1 als Anteilfinanzierung zur teilweisen Deckung der den Ausstellern entstehenden Kosten oder
 - 2.1.2 als Festbetragsfinanzierung zu im einzelnen festgelegten Aufwendungen im Rahmen einer Ausstellungsbeileitung
 - 2.2 In der Regel werden als zuwendungsfähig nur folgende Aufwendungen anerkannt:
 - 2.2.1 Miete für Ausstellungsfläche
 - 2.2.2 Kosten für Ausstellungsstand (Auf- und Abbau, Dekoration, ggf. Transport)
 - 2.2.3 Versicherung für Ausstellungsgut gegen Diebstahl und Beschädigung
 - 2.2.4 Kosten für Anschluß und Verbrauch von Wasser, Strom und Gas
 - 2.3 Die Zuwendungen betragen bis zu 50 v. H. der als zuwendungsfähig anerkannten Aufwendungen
- 3 **Anträge, Bewilligungsbescheide, Verwendungsnachweis**
 - 3.1 Für alle Zuwendungen auf Grund dieser Richtlinien gelten die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 9. August 1974 (StAnz. S. 1572) und die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze (ABewGr) — Anlage 1 zu den VV zu § 44 LHO — (StAnz. 1974 S. 1578).
 - 3.2 Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind spätestens 6 Wochen vor Beginn der Maßnahme an den Minister für Wirtschaft und Technik zu richten.
 - 3.3 Die bewilligte Zuwendung soll unter Beachtung der Nr. 1.5 der ABewGr. spätestens bis 1. Dezember des laufenden Haushaltsjahres abgerufen werden.
 - 3.4 Dem Verwendungsnachweis sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - 3.4.1 Originalrechnungen mit der Bescheinigung des Zuwendungsempfängers „sachlich richtig und festgestellt“
 - 3.4.2 Zahlungsnachweise durch
 - 3.4.2.1 Postscheckabschnitt oder
 - 3.4.2.2 Bankbestätigung auf der Überweisungsdurchschrift oder
 - 3.4.2.3 Barquittung
 - 3.5 Die für eine Zuwendung in Frage kommenden Stellen sind gehalten, den Umfang ihrer zur Förderung beantragten Maßnahmen sorgfältig zu planen, damit durch überhöhte Anträge keine Haushaltsmittel gebunden werden, die für andere förderungswürdige Vorhaben dann nicht mehr zur Verfügung stehen bzw. später zurückgezahlt werden müßten.
4. **Aufhebung von Vorschriften, Inkrafttreten**
 - 4.1 Die Richtlinien des Ministers für Wirtschaft und Technik für die Gewährung von Zuwendungen anlässlich der Teilnahme des Handwerks an Messen und Ausstel-

lungen innerhalb des Landes Hessen vom 4. März 1973 — II c 1 — 151 20 11 — (n. v.) werden aufgehoben.

4.2 Diese Richtlinien treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft.

Wiesbaden, 5. 9. 1975
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 II b 1 — 72 f 04-03-16-03
StAnz. 39/1975 S. 1805

1326

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3358 in der Gemarkung Garbenteich / Stadtteil von Pohlheim, Landkreis Gießen, Reigerungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3358 in der Gemarkung Garbenteich / Stadtteil von Pohlheim im Landkreis Gießen, Reigerungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke

von km 2,102 neu (bei km 2,102 alt)
 bis km 2,732 neu (bei km 2,993 alt) = 0,630 km

wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3358 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3358

von km 2,102 alt (bei km 2,102 neu)
 bis km 2,993 alt (bei km 2,732 neu) = 0,891 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) Die Teilstrecke
 von km 2,226 alt bis km 2,993 alt = 0,767 km
 wird in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Pohlheim über (§ 43 HStrG).

b) Die Teilstrecke
 von km 2,102 alt bis km 2,226 alt = 0,124 km
 ist für den Verkehr entbehrlich geworden und wird eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der vorherigen Bekanntgabe der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung einer Strecke im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 5. 9. 1975
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 IV a 2 — 63 a 30
StAnz. 39/1975 S. 1806

1327

Beleihungsgrundsätze für Grundstücke;

hier: Baukostenindex

Auf Grund meines Erlasses vom 5. August 1975 (StAnz. S. 1592) sind die Erlasse vom 1. Juli 1970 (StAnz. S. 1448) und 12. Juni 1972 (StAnz. S. 1170) gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 5. 9. 1975
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 II c 4 — 38 h 08.25 I
StAnz. 39/1975 S. 1806

1328

Änderung der Fernsprechnummer des Katasteramtes Wetzlar

Das Katasteramt Wetzlar hat ab 10. Oktober 1975 die neuen Fernsprechnummern 4 40 77 und 4 40 78.

Wiesbaden, 16. 9. 1975
Hessisches Landesvermessungsamt
 K 1000 B — 410 — Z 21
StAnz. 39/1975 S. 1806

1329

Der Hessische Sozialminister

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in HESSEN

Bevölkerungszahl: 5 576 081 Monat: August 1975 3. 8.—30. 8. 1975

(Monat setzt sich aus 4 Wochen zusammen)

Reg.-Bezirk	Enteritis an-fectosa		übertragbare Gehirnentzündung	Übertr. Kin der- läh- mung		Orni- those		Ruhr		Brucellose	Übertr. Hirn- haut- ent- zün- dung		Lepto- spirose		Todes- fall an																					
	E = Erkrankungsfall	T = Todesfall		insgesamt	davon paralytisch	Psittakose	überige Formen	Paratyphus A und B	bakterielle Ruhr		Amöbenruhr	Typhus abdominalis	Diphtherie	Scharlach		Bang'sche Krankheit	Makroleber	überige Formen	Meningokokken- Meningitis	überige Formen	Hepatitis infectiosa	Weill'sche Krankheit	Feldfieber	Canicolafeber	überige Formen	Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)	Toxoplasmose	Malaria	Q-Fieber	Botulismus	Tetanus	Grippe (Virusgrippe)	Keuchhusten	Masern		
Reg.-Bezirk	E 161	T 11	2	—	—	1	13	7	—	—	—	61	—	—	—	6	58	143	—	—	—	—	—	—	3	2	1	1	—	—	—	—				
DARMSTADT	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Reg.-Bezirk	E 35	—	6	—	—	—	3	16	—	—	—	12	—	—	—	2	11	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
KASSEL	T	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Land	E 196	T 11	8	—	—	—	1	16	23	—	—	1	73	—	—	8	69	180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
HESSEN	T	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigten Tieren

Wiesbaden, 11. 9. 1975

Der Hessische Sozialminister
 III B 5

StAnz. 39/1975 S. 1806

1330

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren

Da der Einreihungswert der bisher der Ermittlung der Belastung zu Grunde lag, seit 1. 1. 1974 weggefallen ist, muß die tragbare Belastung für die Flurbereinigungsverfahren neu geregelt werden.

Die Richtlinien über die Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren vom 25. 1. 1973 (StAnz. S. 514) werden daher wie folgt geändert:

Nr. 3.2. Die Belastung der Teilnehmer ergibt sich aus der Leistung von Geld- und Sachbeiträgen (§ 19 Abs. 1 FlurbG) und aus der Aufnahme von Darlehen durch die Teilnehmergeinschaft.

Nr. 3.3. Innerhalb des nach Nr. 7.2. festgelegten Beihilfesatzes entspricht die prozentuale Belastung (B) der um die Zahl 18 verminderten, bereinigten Ertragsmaßzahl (bEMZ).

$$B = \text{bEMZ} - 18$$

Nr. 7.2. Der Beihilfesatz beträgt mindestens 60 v. H. und höchstens 90 v. H. der beihilfefähigen Ausführungskosten.

Diese Regelung gilt für alle Verfahren, in denen der Anordnungsbeschluß nach dem 1. 1. 1976 ergiebt.

Wiesbaden, 15. 8. 1975

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
IVB 2 — L.K. 51.0. — gen. — 6741/75
StAnz. 39/1975 S. 1807

1331

Bekämpfung der ansteckenden Blutarmut der Einhufer;

hier: Einheitliche Durchführung

1. Zur Bekämpfung der ansteckenden Blutarmut der Einhufer ist die Verordnung zum Schutz gegen die ansteckende Blutarmut der Einhufer vom 2. Juli 1975 (BGBl. I S. 1845) ergangen (Anlage 1).*)
2. Mit der Verordnung über die zuständige Behörde nach der Verordnung zum Schutze gegen die ansteckende Blutarmut der Einhufer vom 22. August 1975 (GVBl. I S. 210) sind die in Hessen zuständigen Behörden bestimmt worden (Anlage 2).*)
3. Zur einheitlichen Durchführung der Verordnung zum Schutz gegen die ansteckende Blutarmut der Einhufer ergehen entsprechende Hinweise (Anlage 3).*)
4. Die Erlasse vom 18. Februar 1974 und vom 4. Juni 1974 — VI A 3 — 19 b 26/01 (n. v.) sind obsolet.

Wiesbaden, 26. 8. 1975

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
VI A 3 — 19 b 32/07 — 3219/75
StAnz. 39/1975 S. 1807

1332

Bekämpfung der Rinderleukose;

hier: Freiwilliges Ausmerzungsverfahren

Bezug: Erlaß vom 12. März 1969 (StAnz. S. 579), geändert durch die Erlasse vom 6. Juli 1970 (StAnz. S. 1486), vom 29. Januar 1973 (StAnz. S. 405), vom 14. Dezember 1973 (StAnz. 1974 S. 272) und vom 7. August 1975 (StAnz. S. 1685).

Die Hessische Tierseuchenkasse und das Land haben beschlossen, die seit 1969 unveränderten Beihilfesätze für Rinder, die wegen Leukose ausgemerzt werden, zu erhöhen. Die Anhebung der Beihilfen erwies sich als notwendig, um die Steigerungs- und Wertzuwachsrate sowie den Anstieg der Durchschnittspreise bei Zucht- und Nutztierern an sie anzupassen. Ferner war zu berücksichtigen, daß für Rinder, die wegen Leukose fleischbeschaulich als untauglich beurteilt werden, eine Beihilfe von 80% des Schlachtwertes gezahlt wird. Diese Regelung erfaßt laufend alle Zuwachsrate, was bei den festen Beihilfesätzen nicht der Fall ist.

*) hier nicht abgedruckt.

Der Bezugslerlaß wird daher wie folgt geändert:

In der Anlage (Richtlinie) werden in Teil C Abschnitt I Abs. 3

- a) in Buchst. a die Zahl „400,—“ durch die Zahl „500,—“,
- b) in Buchst. b die Zahl „300,—“ durch die Zahl „360,—“ und
- c) in Buchst. c die Zahl „100,—“ durch die Zahl „120,—“ ersetzt.

Dieser Erlaß tritt am 1. Oktober 1975 in Kraft.

Wiesbaden, 1. 9. 1975

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
VI A 3 — 19 b 28/17 — 3261/75
StAnz. 39/1975 S. 1807

1333

Behandlung von Bohrungen für Zwecke der Wassererschließung

Bezug: Mein Erlaß vom 3. 7. 1969 (StAnz. S. 1289), geändert durch Erlaß vom 11. 11. 1970 (StAnz. S. 2345)

Mein Erlaß vom 3. 7. 1969 (StAnz. S. 1289), geändert durch meinen Erlaß vom 11. 11. 1970 (StAnz. S. 2345), wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik wie folgt geändert:

In Abschnitt b) wird an den Absatz 4 folgender Satz 4 angefügt:

„Dies gilt auch für die spätere Verfüllung der Bohrung“

Wiesbaden, 5. 9. 1975

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Umwelt**
I C 2 — 79 g 12.07 — 2559/75
StAnz. 39/1975 S. 1807

1334

Flurbereinigung Bielhausen-Oberbiel, Krs. Wetzlar**Flurbereinigungsbeschluß**

Auf Grund des § 86 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469), wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung Bielhausen-Oberbiel, Kreis Wetzlar, mit Grundstücken aus der Gemarkung Oberbiel wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 bezeichneten Flurstücke der genannten Gemarkung festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist in der Gebietskarte durch einen orangen Farbstreifen abgegrenzt und hat eine Größe von rd. 35 ha.

Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung
Bielhausen-Oberbiel“

mit dem Sitz in Bielhausen, Kreis Wetzlar.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Gießen, Ostanlage 47, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können diese im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den folgenden Gemeinden und Städten öffentlich bekanntgemacht: Asslar, Wetzlar, Steindorf, Solms, Niederbiehl, Leun und Ehringhausen.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister der Gemeinde Bielhausen, Krs. Wetzlar, und in den o. a. Nachbargemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Beschwerde beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, oder beim Hessischen Amt für Landeskultur in Gießen, Ostanlage 47, erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden oder beim Hessischen Amt für Landeskultur in Gießen zu erklären.

Gießen, 1. 8. 1975

Hessisches Amt für Landeskultur
St.Anz. 39/1975 S. 1807

Anlage 1

Oberbiehl — Grundstücke im Flurbereinigungsverfahren

Flur 9, 83, 102, 103/1, 103/2, 104—106, 107/1, 107/2, 108—111, 130 tlw.;

Flur 10, 17/1, 17/2, 19/1, 20/1, 21, 24/1, 26/1, 28/1, 30/1, 32/1, 33/1, 39/1, 40, 41/1, 42/1, 43/1, 44/1, 45/1, 46/1, 47/1, 48—100, 101/1, 101/2, 102/1, 102/2, 102/3, 102/4, 102/5, 102/6, 106—119, 130, 131, 135, 138/1, 138/2, 138/3, 138/4, 138/5, 138/6, 138/7, 138/8, 138/9, 138/10, 138/11, 138/12, 138/13, 138/14, 138/15, 139, 140, 141/1, 142, 143, 146, 147;

Flur 11, 1/1, 2, 3, 4/2, 4/3, 4/4, 5—19, 20/1, 21/1, 23—47, 60—67, 81, 82/1, 83, 84, 85/1, 86, 94, 22/1;

Flur 12, 10/1, 10/2, 10/3, 10/4, 10/5, 10/6, 11/1, 12, 157, 158, 159/1, 159/2, 160—174, 175 tlw., 180 tlw., 181 tlw., 185 tlw., 199, 200, 203—207, 208/9, 209/9, 210/9, 356.

1335

Flurbereinigung Sinn, Dillkreis

II. Änderungsbeschuß

Auf Grund des § 8 Abs. 2 in Verbindung mit §§ 4 bis 6 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469), wird der Flurbereinigungsbeschuß von Sinn, Dillkreis, vom 21. März 1962 (St.Anz. S. 642) sowie der dazu ergangene I. Änderungsbeschuß vom 13. Juli 1972 (n. v.) wie folgt geändert:

1. a) In dem Flurbereinigungsverfahren Sinn werden die nachfolgend aufgeführten Grundstücke zugezogen:

Gemarkung Sinn

Flur 6 Flurstück — Nr. 12, 13/1, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 38, 55/39, 56/39, 40, 41/2, 43/2, 43/3.

Flur 28 Flurstück-Nr. 109/15

Flur 29 Flurstück-Nr. Gesamte Flur

Flur 30 Flurstück-Nr. Gesamte Flur.

1. b) Die nachfolgenden Grundstücke werden vom Flurbereinigungsverfahren nachträglich ausgeschlossen:

Gemarkung Sinn

Flur 28 Flurstück-Nr. 165, 166, 167, 187/1, 188, 189.

Damit vergrößert sich die Fläche des Flurbereinigungsgebietes von 265 ha auf rd. 651 ha, worin eine Waldfläche von 484 ha enthalten ist. Die Änderung des Flurbereinigungsgebietes ist in der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, in orangefarbenem Streifen kenntlich gemacht.

2. Änderung in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergemeinschaft treten durch diesen Beschluß nicht ein.

3. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hess. Amt für Landeskultur in Dillenburg, Wilhelmstr. 9, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hess. Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Feststellungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. g. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

4. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hess. Amtes für Landeskultur erforderlich.

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hess. Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hess. Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hess. Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsmäßig in Bestand zu bringen hat.

5. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Gemeinden Sinn, Herborn, Mittenaar-Ballersbach, Dreisbach, Kölschhausen, Katzenfurt, Edingen, Fleisbach und Merkenbach 2 Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 3. 9. 1975

Landeskulturamt Hessen
WF 235 — 13978/75

St.Anz. 39/1975 S. 1808

1336**Änderung der Rufnummer des Hessischen Forstamtes Gahrenberg**

Das Forstamt Gahrenberg ist ab September 1975 unter der Rufnummer (0 55 41) 3 17 76 zu erreichen.

Wiesbaden, 29. 8. 1975

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III A 1 — 2488 — O 06
StAnz. 39/1975 S. 1809

1337**Änderung der Rufnummer des Hessischen Forstamtes Hilders**

Das Forstamt Hilders ist ab sofort unter der Rufnummer (0 66 81) 12 11 zu erreichen.

Wiesbaden, 29. 8. 1975

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III A 1 — 2488 — O 06
StAnz. 39/1975 S. 1809

Personalnachrichten**1338**

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Regierungspräsident in Darmstadt**

in den Ruhestand versetzt:

Polizeibezirkskommissar (BaL) Friedrich Dönch (30. 6. 1975);

Hessische Bereitschaftspolizei

in den Ruhestand versetzt:

Polizeioberst (BaL) Werner Sebastian Zang (31. 8. 1975);

entlassen:

Erster Polizeihauptkommissar (BaL) Hermann Wintrich (31. 8. 1975);

Hessische Polizeischule

in den Ruhestand versetzt:

Kriminalbezirkskommissar (BaL) Paul Kurt Klüter (30. 6. 1975);

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt:

zum **Polizeihauptwachmeister** Polizeioberwachmeister (BaP) Hanns Peter Schuhmann (16. 7. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeikommissar (BaP) Walter Kaiser (4. 8. 1975).

Wiesbaden, 11. 9. 1975

Der Hessische Minister des Innern
III B 43 — 8 b 4

StAnz. 39/1975 S. 1809

Polizeipräsident in Kassel

ernannt:

zu **Polizeikommissaren** die Polizeihauptmeister (BaL) Günter Janetzke, Heinz Jasiulek, Walter Köth, Anton Pleyer, Paul Warzecha (sämtlich 21. 7. 1975), Lothar Bauer (24. 7. 1975);

zur **Kriminalkommissarin** Kriminalhauptmeisterin (BaL) Elisabeth Neudel, (21. 7. 1975);

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachmeister (BaP) Ferdinand Huppel (30. 6. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeioberkommissar (BaP) Gerhard Bohnes (25. 7. 1975);

die **Polizeiobermeister** (BaP) Gerd Ickler (2. 5. 1975), Horst Villmar (26. 5. 1975), Norbert Dippel (30. 7. 1975);

die **Polizeimeister** (BaP) Walter Führer (27. 5. 1975), Norbert Gernand, Günter Reinbold (beide 25. 7. 1975);

versetzt:

vom Bundeskriminalamt in Bonn-Bad Godesberg Kriminaloberkommissar (BaL) Dieter Augustin (1. 6. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

die **Polizeihauptmeister** Johannes Hofmann, Heinz Rödel, Günter Ullrich (sämtlich 31. 5. 1975), **Polizeihauptmeister** Wilhelm Werner (30. 6. 1975) sämtlich gem. § 51 (1) i. V. mit § 193 (1) HBG.

Kassel, 29. 8. 1975

Der Polizeipräsident
P III — 8 b 24

StAnz. 39/1975 S. 1809

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Gymnasien**

ernannt:

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Armin Hebel, Wetzlar (12. 3. 1975), Irene

Vasos, Bad Homburg (15. 4. 1975), Elvira Jastrow, Weilburg, Helmut Schneider, Frankfurt, Ingeborg Prior, Ingo Neye, Rainer Lohnes, sämtlich Darmstadt, Rainer Herbig, Wald-Michelbach, Dieter Wilhelm, Weilburg (sämtlich 1. 8. 1975), Hasso Kanz, Geisenheim (28. 4. 1975), Walter Schnitzspan, Gudrun Hesse, beide Darmstadt, Ilse Schröder, Gerhard Schlotter, beide Wiesbaden, Jürgen Kehl, Groß-Gerau, Reinhard Jahn, Weilburg, Reiner Mohr, Gießen, Heinz Dieter Beckerle, Wiesbaden, Manfred Fuchs, Darmstadt, Gerhard Stadler, Frankfurt, Reiner Voltz, Rüsselsheim, Sabine Piatscheck, Neu-Isenburg, Ursula Schuy, Ernst Müller, beide Michelstadt, Dieter Grebe, Werner Diesendorf, Peter Heik, Dr. Gertraud Eberhard, sämtlich Wetzlar, Karl Keil, Groß-Umstadt, Gerhard Roth, Gießen, Veith-Dieter Harrer, Wiesbaden, Meinrad Schnur, Darmstadt, Erika Mignon, Frankfurt, Bruno Bodenheimer, Taunusstein, Monika Bischof, Mainz-Kastel, Heinz Bonik, Karl-Heinz Schwalbach, Konrad Schmidt, sämtlich Taunusstein, Karin Rosenberger, Hofheim, Friedbert Roos, Limburg, Christine Diez, Geisenheim, Hans-Heinrich Uhl, Gerd Zboril, Rüdiger Hirche, sämtlich Seeheim, Ellen Guzielski, Frankfurt, Rüdiger Henning Mayer, Geisenheim, Friederike Bohl-Forster, Wetzlar, Dr. Richard Michler, Limburg, Wilfried Sommer, Gießen, Brigitte Orschiedt, Wiesbaden, Dr. Jörg Räu, Hadamar, Hans-Peter Neffe, Bernd Maurer, beide Taunusstein, Ute Loiero, Frank Müller, beide Wiesbaden, Anna Dorothea Bode-von Kenne, Franz-Ludwig Löw, Gerhard Lotz, sämtlich Wetzlar, Gerda Debaerdemaeker, Gießen, Walter Omonsky, Groß-Gerau, Albrecht Majer, Seligenstadt, Kurt-Werner Sauer, Aßlar-Hermannstein, Wiltrud Kaufmann, Mainz-Kastel, Paul Pfeffer, Kronberg, Klemens Schmitt, Rimbach, Clemens Scheitza, Sprendlingen, Sabine Schlichte, Bad Homburg, Christa Schlicht, Groß-Umstadt, Michael Schlemminger, Oberursel, Rosemarie Henke-Wolff, Wiesbaden, Otto Hoffritz, Darmstadt, Richard Herbert, Wiesbaden, Hasso Redenz, Königstein, Margareta Manus, Darmstadt, Rainer Ihrig, Wetzlar, Petra Wächtershäuser, Gerhard Kohler, beide Launsbach, Bernd Hunger, Rüsselsheim, Joachim Gerstenmaier, Rimbach, Hermann Lohaus, Darmstadt, Rolf Hedtrich, Seeheim, Jürgen Gutzeit, Langen, Helga Grüttner, Rüsselsheim, Hartwig Droste, Hadamar, Karl-Heinz Beyer, Rüsselsheim, Karl Heinz Diehl, Hadamar, Anni Bartosch, Rüsselsheim, Christa Huster, Gießen, Ulrich Teich, Seligenstadt, Michael Crasemann, Frankfurt, Elke Aulmann, Ulrike Bauch, beide Groß-Umstadt, Rolf Böhm, Darmstadt, Annelie Mank, Hartmut Klute, beide Gießen, Hans-Peter Voß, Seligenstadt (sämtlich 1. 8. 1975), Gertrud Flöck, Gießen (11. 8. 1975), Edith Bürstell, Bruchköbel, Olaf Düring, Gustavsburg, Irene Dütsch, Brigitte Birringer-Waldorf, beide Frankfurt, Sabine Herdt, Neu-Isenburg, Karl Gerech, Frankfurt, Dr. Jürgen Hoffmann, Geisenheim, Josef van Kan, Jutta Jungmann, beide Offenbach, Susanne Kalberlah, Oberursel, Anita Engelhard, Lampertheim, Maria Simon, Offenbach, Doris Fluger, Sprendlingen, Paul Ruhnan, Frankfurt, Hans-Jakob Schmitz, Lampertheim, Karl Heinrich Schreiner, Erlensee, Alois Scholz, Heppenheim, Wolfgang Schink, Gottfried Zeit, beide Frankfurt, Jürgen Wagner, Bad Homburg, Gerhard Vogt, Offenbach, Peter Steinberg, Frankfurt, Brigitte Straßheim, Bad Homburg, Sigrud Köhm, Frankfurt, Doris Klickermann, Darmstadt, Claus Walther, Seligenstadt, Anneliese Kohler, Weilmünster, Peter Kostka, Usingen, Eberhard Lange, Wiesbaden, Hans Kandel, Mücke 2, Armin Kuhn, Butzbach, Barbara Küffner, Seeheim, Wolfgang Rehagel, Bruchköbel, Thomas Klein, Beerfelden, Jörn-Olaf von Heimann, Wetzlar, Dr. Klaus-Peter Heidersdorf, Herborn, Werner Felde, Groß-Umstadt (sämtlich 1. 8. 1975), Pavel Korobov, Wetzlar (11. 8.

1975), Eckart Graf, Elfi Rauschkolb, beide Butzbach, Reinhold Saum, Usingen, Peter Schäfer, Dieburg, Uta Rosen-schon, Bad Nauheim, Karl-Heinz Kaffenberger, Heppen-heim, Heinrich Kappel, Sulzbach, Regina Kohl, Wiesbaden, Claus Walther, Seligenstadt, Eva-Maria Klatt, Wiesbaden, Liliane Stöbe, Hattersheim, Dieter Maiberger, Seligenstadt, Jürgen Mang, Heppenheim, Hermann-Dietrich Megow, Bischofsheim, Joachim Eckold, Dieburg, Jürgen Langham-mer, Seligenstadt, Joachim Spies, Dieburg, Gabriele Hirsch, Hans-Michael Hüttmann, beide Frankfurt, Manfred Die-termann, Gießen, Jürgen Wolf, Seligenstadt, Gisela Pütz, Frankfurt, Monika Müller-Rueß, Wiesbaden, Bernd Becker, Usingen, Dr. Reinhard Demuth, Ober-Ramstadt, Sibylle An-sorge, Frankfurt, Marion Allmannritter, Offenbach, Ro-land Schneider, Dieburg, Marliese Schmidt-Schindler, Frankfurt, Herta Woyna, Viernheim-Ost, Beate Schaller, Dieburg, Harald Hässler, Idstein, Hanspeter Jungwirt, Ba-benhausen, Brigitte Jeñtzen, Bodo Lassner, Hans-Ullrich Dietzel, Klaus Buttler, Hanna Schmolinsky, Heiko Crost, sämtlich Frankfurt, Margitta Schäfer, Neu-Isenburg, Man-fred Becker, Rüsselsheim, Rolf Georg, Evelyn Geisel, beide Gießen, Margrit Ulbricht, Königstein, Erich Kuetz, Gün-ther Kühlmann, beide Frankfurt, Jörg Korell, Aarbergen-Michelbach, Friedrich Tschierswitz, Rainer Hillenbrand, beide Frankfurt, Wolfgang Jakob, Wiesbaden-Klarenthal, Jutta Wiederhold, Renate Jahn, beide Frankfurt, Horst-Helmut Schneider, Eschborn, Josef Greif, Bad Schwalbach, Klaus Schormann, Groß-Gerau, Dr. Josip Sabol, Seeheim, Friedrich Röttger, Angelika Dickmann, beide Groß-Gerau, Hans-Werner Meinberg, Lampertheim, Brigitte Richter, Gelnhausen, Hiltrud Moske, Ute Duhamel, beide Frank-furt, Friderun von Dechend, Friedberg, Wolfgang Stadler, Mücke/Nd.-Ohem, Rudolf Drautz, Nidderau, Gisela Otto, Wald-Michelbach, Manfred Momberger, Frankfurt, Ursula Schwab, Freigericht, Wolfgang Hausfner, Gelnhausen, Car-men Heinzlmann, Frankfurt, Rupert Germaschewski, Ha-damar, Hiltrud Weber-Fidler, Frankfurt-Höchst (sämtlich 1. 8. 1975);

zum Studienrat Studienrat z. A. (BaP) Udo Uebbing, Bie-bertal (6. 8. 1975);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Hans-Otto Müller-Hartmann, Frankfurt (13. 6. 1974), Ulrich Selchow, Wiesbaden (2. 6. 1975), Ilse Griem, Darm-stadt (19. 6. 1975), Harimut Richter, Wetzlar (27. 6. 1975), Ingrid Krumscheid, Frankfurt, Almut Esselborn, Gerns-heim, Gisela Neubert, Heinrich Lerch, Erich Koppenhöfer, Anne Boctius, sämtlich Darmstadt (sämtlich 1. 8. 1975), Wolfram Helbich, Maintal 2 (16. 6. 1975), Gabriele Häuschke, Offenbach (21. 6. 1975), Erika Schnappauf, Mühlheim (1. 8. 1975), Rainer Büttel, Braunsfels (1. 7. 1975), Rainer Haase, Oberursel (9. 6. 1975), Wilhelm Liebert, Raunheim (23. 4. 1975), Hans-Joachim Pfeiffer, Hofheim, Stefan Schmidt, Max-Josef Bruch, Klaus Müller, sämtlich Frankfurt (sämt-lich 1. 8. 1975), Reinhard Diegel, Wiesbaden (19. 7. 1975), Bernd Wellhausen, Geisenheim, Dr. Anna Bollow-Mann-zen, Darmstadt, Gerd Hohnhold, Manfred Schöwel, Ursula Meder, sämtlich Grünberg, Lieselotte Zang, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 1975), Peter Haack, Herboren, Norbert Jost, Friedberg, Ulrich Möhn, Wolfgang Hettche, Gero Hoff-mann, sämtlich Gießen (sämtlich 4. 8. 1975), Gerd Rüdiger Schönhals, Gießen (1. 8. 1975), Wilfried Michel, Maintal 2 (4. 8. 1975), Wolf Schneggenburger, Wiesbaden, Gisela Vogt, Großen-Buseck, Harald Eißmann, Herboren, Gisela Ortel, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 1975), Christiane Isermann, Weil-münster (7. 8. 1975), Renate Schwarz, Wetzlar (5. 8. 1975), Irmgard Hutt, Atzbach, Birgit Tzavaras, Gießen (beide 4. 8. 1975), Christof Seide, Darmstadt, Hans-Joachim Tischer, Limburg (beide 1. 8. 1975), Karl Buxmann, Fried-berg (4. 8. 1975), Peter Schepp, Rüsselsheim (5. 8. 1975), Dieter Schmidt, Herboren (7. 8. 1975), Jens Endepols, Wies-baden (1. 8. 1975), Hanswerner Haase, Langensfeld, Gudrun Hartmann, Dörnigheim (beide 4. 8. 1975), Wilhel-mine Krauss, Wiesbaden, Andrea Krause, Gustavsburg, Kurt Schmalzl, Usingen, Dr. Dietmar Scherr, Frankfurt, Heinz Schlingloff, Bruchköbel, Heinz Schajka, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Bernd Stuckert, Michelstadt (6. 8. 1975), Brigitte Dürner, Frankfurt (1. 8. 1975), Manfred Engelhard, Hofheim (6. 8. 1975), Ursula Turk, Frankfurt (31. 7. 1975), Rudolf Krohn, Kelsterbach, Gesine Utech, Kastel, Ursula Wolf Friedberg (sämtlich 4. 8. 1975), Wolfgang Kunkel, Friedberg (1. 8. 1975), Heide-Renate Reinhardt, Erlensee (30. 7. 1975), Hans-Joachim Kalbfleisch, Gelnhausen, Hans-Wilhelm Riebling, Freigericht, Vinzenz Dietz, Claus Rich-ter, beide Friedberg (sämtlich 1. 8. 1975), Barbara Feyler,

Bergen-Enkheim (4. 8. 1975), Ursula Molter, Dieburg (4. 3. 1975), Volker Helm, Bürstadt, Ingeborg Trimpert, Offen-bach (beide 7. 8. 1975), Gertraud Hillerbrand, Lich, Chri-stian Altmann, Wiesbaden (beide 1. 8. 1975); ehem. Stu-dienrat/rätin Horst Remane, Gießen (8. 8. 1975), Hella Molgedel, Wetzlar (11. 8. 1975);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Marie-Luise Wener, Frankfurt (30. 4. 1975), Helmut Eder, Langen (5. 5. 1975), Gisela Fischer, Hofheim (9. 4. 1975), Peter Großnick, Wiesbaden (29. 4. 1975), Dietmar Jekel, Groß-Gerau, Klaus Kettler, Offenbach (beide 1. 4. 1975);

zu Studiendirektoren/innen die Oberstudienräte/innen (BaL) Norbert Kern, Seligenstadt (28. 5. 1975), Horst Wolf-gang König, Sulzbach, Peter Erber, Hanau (beide 30. 4. 1975), Karl Ludwig Roß, Königstein (13. 5. 1975), Dr. Anton Wehner, Hanau (14. 5. 1975), Hans Heinrich Keller, Weil-burg (22. 5. 1975), Heinrich Fecher, Frankfurt (21. 6. 1975), Gisela Hoffend, Kronberg (12. 6. 1975), Hans-Bernt Kalb-fleisch, Schlüchtern (11. 6. 1975);

zu Oberstudiendirektoren die Studiendirektoren (BaL) Walter Guckes, Groß-Gerau (28. 4. 1975), Helmut Keim, Neu-Isenburg (14. 5. 1975);

zum Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule Studienrat (BaL) Hans-Jürgen Meuth, Kelsterbach (30. 5. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte Ulrich Selchow, Wiesbaden (1. 8. 1975), Heino Dörr, Gießen (7. 8. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor Gustav Kraschinski, Frankfurt (31. 7. 1975), die Oberstudienräte Dr. Hans Leister, Gelnheim (31. 7. 1975), Paul John, Frankfurt (31. 5. 1975), Dr. Fried-rich Gottwald, Waldmichelbach, Karl Heinrich Buchenau, Offenbach (beide 31. 7. 75), Alfred Copplk, Offenbach (31. 10. 1973), Studienrätin Dr. Irmgard Dienemann, König-stein, Realschullehrerin Margarete Krämer, Darmstadt (beide 31. 7. 1975);

entlassen:

Studienrat Martin Berg, Darmstadt, Studienrätin z. A. Margarete Tocha, Kronberg, Studienrat z. A. Dietrich Kretschmann, Dörnigheim (sämtlich 31. 7. 1975);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu Lehramtsreferendaren/innen (BaW) Marianne Dachs-el, Büdingen (1. 8. 1974), Christian Schilling, Oberursel, Eve-line Schmidt, Darmstadt, Gerlinde Schmidt, Heusenstamm, Johanna Schmitt-Kern, Limburg, Werner Küblebeck, Rein-heim, Anna-Maria Kremer, Offenbach, Norbert Schäfer, Mechthild Silberberg, beide Heusenstamm, Ursula Schin-dler, Brigitte Schmid, beide Friedberg, Birgit Maria Schmidt, Reinheim, Eleonore Reichhold, Hanau, Brigitte Sturm, Offenbach, Ingrid Tautz, Heppenheim, Renate Schmorl, Offenbach, Werner Standke, Oberursel, Helmut Sterzing, Gelnhausen, Volker Stein, Heusenstamm, Juliane Tenbaum, Groß-Gerau, Dieter Stanzel, Hanau, Irene Roßmann, Rein-heim; Doris Stadler, Darmstadt, Josephine Steiner, Ober-ursel, Renate Stein, Gudrun Steinbach, beide Dillenburg, Gisela Steidl, Sigrid Stete, beide Wetzlar, Thomas Steinin-ger, Frankfurt, Karin Schwerdtner, Wiesbaden, Ellsta Sto-ja, Frankfurt, Gabriele Stoll, Hildegard Stalter, beide Hanau, Herbert Störkel, Oberursel, Heiderosel Schmid, Offenbach, Rainer Schell, Hanau, Hartmut Schmidt, Fried-berg, Wolfgang Unger, Offenbach, Irene Todt, Ursula Vieth, beide Oberursel, Albert Schenkel, Reinheim, Hedwig Dill, Limburg, Georg Eßinger, Groß-Gerau, Hannelore Vogel-Schmidt, Heusenstamm, Anneliese Wachsmuth, Lim-burg, Gabriele Wagner, Groß-Gerau, Elke Valenteijn, Geln-hausen, Michaela Vogt, Linsengericht, Ekkehard Ramm, Heusenstamm, Brigitte Voelker, Friedberg, Ursula Sud-heimer, Groß-Gerau, Elisabeth Sievers, Darmstadt, Ange-lika Lohr, Wetzlar, Traude Hornig, Heppenheim, Eckhard Hisslerich, Dillenburg, Gabriele Ortwein, Reinheim, Bern-hard Stöhrer, Heppenheim, Gudrun Ringling, Frankfurt, Wolfgang Richter, Linsengericht, Ingrid Rieder, Oberursel, Christel Rink, Frankfurt, Sigrid Rosenberg, Offenbach, Barbara Richter, Darmstadt, Michael Röttger, Groß-Gerau, Gabriele Rothe, Hanau, Christa Rothermel, Darmstadt,

Rudolf Sorge, Limburg, Inge Reutzel, Dillenburg, Hildgard Roth, Offenbach, Gisela Rhein, Bad Soden, Ursula Richter, Wetzlar, Rosemarie Rumrich, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Monika Rosenkranz, Hanau (6. 8. 1975), Ulrich Reyher, Friedberg, Elke Rott, Dillenburg, Friedrich Roth, Reinheim, Rainhild Rätzel, Hanau, Ursula Schäfer, Friedberg, Guendalina Shenavai, Jürgen Sennlaub, beide Heppenheim, Ulrich Simonis, Limburg (sämtlich 1. 8. 1975), Helmut Sperber, Limburg (5. 8. 1975), Peter Dill, Groß-Gerau, Angelika Günther, Gelnhausen, Gerhard Schütz, Gabriele Wessolek, verheh. Scoth, beide Limburg, Ursula Schneider, Darmstadt, Birgit Rauschenberg, Reinheim, Sigrid Reichhold, Bad Soden, Annette Schmieder, Wetzlar, Jürgen Schmirmund, Dillenburg, Ingeborg Schlegel, Wetzlar, Rosemarie Schmitt, Bad Soden, Werner Schmidt, Wetzlar, Guntram Schmitt, Gerlinde Schmidt, beide Dillenburg, Hans-Joachim Rech, Groß-Gerau, Anne-lore Voss, Wiesbaden, Maritta Peressin, Darmstadt, Irma-traud Regentin, Heusenstamm, Georg Leonhard Raab, Reinheim, Gisa Gabriela Reidel, verheh. Mahnke, Waltraud Kuhn, beide Gelnhausen, Dieter Krusch, Dillenburg, Kornelia Kropp, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1975), Elfriede Kraus, Heusenstamm (4. 8. 1975), Birgitt Thomae, Meike Timm, beide Wiesbaden, Peter Vorhagen, Bad Soden, Monika Ulrich-Volkman, Frankfurt, Erika Rumrich, Heppenheim, Monika Hildebrand, Offenbach, Gabriele Holzheimer, Oberursel, Astrid Huppman, Wetzlar, Siegfried Horn, Edgar Heil, beide Gelnhausen, Marion-Annette Hettstedt, Darmstadt, Doris Hennig, Oberursel, Ursula Henzler, Gelnhausen, Gabriele Scholz, Frankfurt, Astrid Schreiner, Heppenheim, Beate Kunze, Wiesbaden, Beate Schmidt, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Karin Schmidt, Reinheim (12. 8. 1975), Evelyn Schmidt, Groß-Gerau, Bertram Schmitt, Wiesbaden, Gabriela Vogel, Darmstadt, Heike Ullrich, Sabine Thun, beide Frankfurt, Christa Trolliet, Groß-Gerau, Helga Wahl-Wüsteney, Wiesbaden, Karin Spahn, Frankfurt, Heide Schöcker, Heppenheim, Madlon Scholz, Offenbach, Hansgeorg Schicha, Wiesbaden, Reinhard Schmitt, Groß-Gerau, Vera Schlempp, Frankfurt, Albrecht Schlotter, Wiesbaden, Bettina Titz-Linß, Frankfurt, Rita Diehl, Dillenburg, Otto Zitzer, Wetzlar, Frank Wirth, Dillenburg, Roswitha Schmitt, Wetzlar, Silvia Veldenz, Frankfurt, Ellen Walther, Hanau, Dagmar Drengk, Dillenburg, Gesine Krause, Wiesbaden, Horst C. Krieger, Groß-Gerau, Gisela Gutowski, Heusenstamm, Gabriele Hamerla, Gelnhausen, Norbert Grünberg, Heusenstamm, Günter Strobel, Wolfgang Tauchmann, beide Reinheim, Regina Reschke-Haas, Frankfurt, Norbert Nachtigall, Brigitte-Ursula Thon, beide Dillenburg, Heidemarie Reifarth, Frankfurt, Angelika Lehnert, Bad Soden, Gernot Lang, Wetzlar, Elke Lang, Hanau, Dagmar Landgraf, Oberursel, Gabriele Lachmann, Frankfurt, Gisela Oetzel, Bad Soden, Miroslava Pesek, Wetzlar, Ursula Nold, Dillenburg, Sabine Paulus, Brigitte Oeser, Heide Maria Pawlik, sämtlich Bad Soden, Andrea Scheuermann, Friedberg, Alexander Hillebrecht, Darmstadt, Frieda Hubrath, Wiesbaden (sämtlich 1. 8. 1975), Helmi Hock, Groß-Gerau (4. 8. 1975), Annemarie Hoffmann, Groß-Gerau, Dorothea Hartmann, Heppenheim, Cornelia Haacke, Friedberg, Angelika Güttler, Wiesbaden, Monika Henn, Frankfurt, Dagmar Herlein, Gießen, Rosemarie Heussner, Offenbach, Peter Heß, Darmstadt, Cornelia Hesse, Wiesbaden, Margrät Heide, Frankfurt, Helga-Christine Hellwig, Hanau, Hildegunde Schollmeyer, Heppenheim, Peter-Horst Schwarz, Offenbach, Klaus Schömig, Hanau, Jutta Scholz, Frankfurt, Ernst-Otto Mühlenhoff, Dillenburg, Maria-Luise Wolf, Bad Soden, Erich Koch, Gelnhausen, Elke Kipp, Friedberg, Christine Kochanowski, Heusenstamm, Astrid Schwartz, Wiesbaden, Dagmar Schneider-Gilles, Darmstadt, Matthias Schupp, Offenbach, Franzjosef Scholl, Hanau (sämtlich 1. 8. 1975), Jürgen Schulz, Wetzlar (5. 8. 1975), Gerlinde Röder, Frankfurt, Gabriele Rück, Gießen, Jutta Riedel, Frankfurt, Eva Rubin, Groß-Gerau, Wilfried Rüsse, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Ludwig Rühl, Reinheim (13. 8. 1975), Theresia Kipp, Friedberg, Friederike Kömpf, Bad Soden, Eva-Maria Knepel, Darmstadt, Ursula Königstein, Limburg, Herbert Kleineberg, Wetzlar, Barbara Kleinmann, Dillenburg, Renate Morgan, Wetzlar, Christa Mohrhard, Karl-Herbert Morkel, beide Dillenburg, Rüdiger Hartmann, Friedberg, Detlef Petrick, Ursula Pauleit, beide Limburg, Rosemarie Oelze, Darmstadt, Dorothea Niemann, Groß-Gerau, Erika Oldhaber, Heusenstamm, Dieter Otremba, Ruth Oelsner, beide Heppenheim, Wolfgang Pankratz, Limburg, Sylvia Nieländer, Reinheim, Eugenie Perabo, Wiesbaden, Gerhard Müller, Oberursel, Roland Meyer, Reinheim, Renate-

Ruth Mettin, Offenbach, Marianne Luschberger, Wiesbaden, Barbara Thieße, Dillenburg, Christina Morfeld, Friedberg, Harald Rénatus Müller, Offenbach, Elisabeth Martius, Dillenburg, Karin-Reinhilde Metzger, Wetzlar, Ulrike Messerich, Bernd-Leo Metzger, beide Friedberg, Gerhard Keller, Reinheim, Ulrike Wagner, Frankfurt, Ingrid Schwalb, Dillenburg, Doris-Verena Wilhelm, Elke Wildmann, beide Oberursel, Eberhard Lulay, Heppenheim, Petra Mahr, Darmstadt, Regine Meyer, Limburg, Heidemarie Marschall, Gelnhausen, Barbara Marks, Offenbach, Klaus-Peter Meeth, Heusenstamm, Andreas Mylnek, Oberursel, Carola Müller, Gelnhausen, Wilfried Mohn, Dagmar Müller-Lessmann, beide Limburg (sämtlich 1. 8. 1975), Rainer Molling, Linsengericht 1 (4. 8. 1975), Margrit-Sylvia Müller, Oberursel, Klaus Müller, Limburg, Wolfgang Schütz, Frankfurt, Elisabeth Schneider, Gelnhausen, Annemarie Winter, Siglinde Zimmermann, beide Heppenheim, Fritz-Udo Zitzer, Friedberg, Sigrid Winkler, Heppenheim, Brigitte Wolf, Barbara Zipfel, beide Reinheim, Holger Hellmann, Heppenheim, Regina Hermani, Oberursel, Jutta Julia Hoff, Barbara Jakob, beide Frankfurt, Otto Jannek, Wiesbaden, Gesine Schütze, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Sonngard Schubert, Linsengericht 1 (11. 8. 1975), Karl-Joachim Schöner, Manfred Schwarz, beide Wiesbaden, Margarete Andrea Schröder, Groß-Gerau, Marie-Luise Ulrich, Gießen, Ursula Volk, Wetzlar, Karin Völker, Friedberg, Heike Schenk, Dillenburg, Ingrid Polke, Heppenheim, Brigitte Pönicke, Friedberg, Angelika Pohlmann, Heusenstamm, Gabriele Korzer, Gelnhausen, Wolfram Koltzer, Bad Soden, Lutz Kratz, Limburg, Johannes Kollmann, Heppenheim, Annemarie Kolmer, Darmstadt, Karl Kretzschmann, Frankfurt, Bernd Krist, Gelnhausen, Barbara Haas, Waltraud Röglin, beide Limburg, Anne-Maria Staudt, Wiesbaden, Edeltraud Thie-Maaß, Heppenheim, Bärbel Holtkamp, Bad Soden, Ute Bloemeke, Ingeborg Weise, beide Heusenstamm, Rosemarie Boedecker, Heppenheim, Heinrich Blatt, Friedberg, Katrin Blancke, Marianne Böckle, Brigitte Dankworth, sämtlich Heppenheim, Gero Müller, Irmela Deppe, Peter-Paul Weber, sämtlich Friedberg, Bernhard Wehner, Ursula Bloss, beide Hanau, Thomas Christ, Limburg, Ute Blindenhöfer, Frankfurt, Sabine Werum, Wiesbaden, Heinz Wenzel, Reinheim, Eva-Maria Moskwia, Oberursel, Gisela Weber, Bad Soden, Eveline Bayersdorf, Reinheim, Elke Gudjons, Frankfurt, Gotelinde Grimm, Offenbach, Bettina Groh, Dillenburg, Wolfgang Eiselt, Gelnhausen, Olivia Bechtold, Roland Edelmann, beide Friedberg, Gerlinde Faber, Heppenheim, Irene Ebert, Limburg, Gerda Erzgräber, Darmstadt, Brigitte Ebermann, Heusenstamm, Gabriele Hoffmann, Groß-Gerau, Michael Hotz, Reinheim, Hans-Dieter Hötum, Heppenheim, Christine Höpner, Dillenburg, Beate Hoffmann, Vera Hillenbrand, beide Hanau, Anne-Marie Hill, Limburg, Dorothea Catterwell, Darmstadt, Christine Hopf, Wiesbaden, Manfred Daub, Hanau, Almut Schirmer, Elisabeth Schermuly, Ulrike Schifferings, sämtlich Gießen, Renate Müller, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1975), Eva-Maria Quirnbach, Wiesbaden (5. 8. 1975), Monika Plaul, Wiesbaden, Lydia Steinmacher, Christel Steinbach, beide Frankfurt, Ingeborg Steinert, Wiesbaden, Horst-Raimund Stock, Groß-Gerau (sämtlich 1. 8. 1975), Adolphine in der Strodt, Reinheim (12. 8. 1975), Edeltraud Thielen, Limburg (5. 8. 1975), Klaus Dingeldein, Reinheim, Marita Döring, Wetzlar, Anna Katharina Merk, Bad Soden, Hans-Peter Merkwitz, Friedberg, Elsbeth Meisemann, Oberursel, Andrea Preusche, Frankfurt, Helga Ihlenfeldt, Hanau, Gudrun Kaiser, Groß-Gerau, Erika Illert, Reinheim, Manfred Illy, Darmstadt, Petra Istel, Reinhold Johe, beide Reinheim, Beate Schäfer, Wetzlar, Gabriele Wiest, Reinheim (sämtlich 1. 8. 1975), Harald Jedermann, Dillenburg (6. 8. 1975), Jürgen Jahn, Offenbach, Gerhard Jensen, Groß-Gerau, Ursula Ziebarth, Karlheinz Zimmer, beide Friedberg, Astrid Willert, Bad Soden, Berthold Wolf, Wiesbaden, Doris Wolf, Friedberg, Brigitte Wink, Frankfurt, Gabriele Weise, Groß-Gerau, Petra Weifenbach, Heppenheim, Dorothee Dockhorn, Gießen, Christa Czech, Hanau, Manfred Dörr, Friedberg, Ebba Hiemann, Frankfurt, Ingeborg Dietrich, Groß-Gerau, Karl-Heinz Walter, Dillenburg, Frank Weber, Wetzlar, Margret Jung, Limburg, Gabriele Junginger, Bad Soden, Ursula Kachel, Heusenstamm, Wolfgang Janecek, Oberursel, Angelika Johl, Reinheim, Lothar Jost, Friedberg (sämtlich 1. 8. 1975), Otto Mayr, Bad Soden (15. 8. 1975), Stephan Gartmann, Frankfurt (7. 8. 1975), Alfred Harth, Groß-Gerau, Barbara Hartmann, Wiesbaden, Stefan Dinig, Limburg, Sabine Dietl-Dittmar, Heusenstamm, Hans Menne, Groß-Gerau, Adelheid Götz, Dillen-

burg, Marion Görzel, Wiesbaden, Hildegard Groß, Friedberg, Gabriele Geis, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1975);

zu apl. Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Manfred Werner Enke, Friedberg, Sylvia Naumann, Groß-Gerau, Mechthild Kuhl, Rita Lüttgen, beide Heusenstamm, Annemarie Stigler, Frankfurt, Ulrike Emig, Darmstadt, Ute Gerlach, Limburg, Peter Melles, Frankfurt, Uwe Schulz, Gi.-Gustavsburg, Hartmut Wagner, Heusenstamm, Walter Plasche, Camberg, Willi Loleit, Bad Schwalbach, Margrit Ponsar, Limburg, Birgit Schweitzer, Groß-Gerau, Heidi Theis, Limburg, Anneliese Bert, Darmstadt, Angelika Zipf, Hanau (sämtlich 1. 8. 1975);

zu Lehrern/innen z. A. (GaP) die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Ilse Harms, Nidderau (27. 5. 1975), Bärbel Brömer, Frankfurt (18. 4. 1975), Richard Diegel, Dörnigheim (1. 8. 1974), Doris Leicht, Darmstadt (15. 4. 1975), Karl Hahn, Frankfurt (11. 4. 1975), Wulf Henrich, Dillenburg (16. 6. 1975), Erika Butsch, Gelnhausen, Lisette Mrowka, Frankfurt, Gabriele Naglatzki, Horst Rohleder, Margarete Schulz, sämtlich Groß-Gerau, Cornelia Lehmann, Heusenstamm, Alexandra Speth, Rüdeshheim, Hildegard Sattler, Frankfurt, Renate Sanden, Heusenstamm, Monika Bläß, Groß-Gerau, Ingrid Theobald, Offenbach, Marion Ripper, Karin Riesenberger, beide Groß-Gerau, Renate Eckert, Rüdeshheim, Marianne Susenburger, Sabine Gann, beide Groß-Gerau, Eva-Maria Quermann, Eltville, Monika Kleider verheh. Künzig, Heusenstamm, Karin Dienstbach, Rüdeshheim, Inge Greilich, Darmstadt, Fritz-Gerhard Schmidt, Hattersheim, Sigrid Ulrich, Otto Schink, beide Groß-Gerau, Ilona Pöthe, Bad Soden, Thomas Roepke, Bad Schwalbach, Hans-Stefan Meuser, Limburg, Angela Röser, Darmstadt, Gero Poenicke, Bad Schwalbach, Ursula Pussar, Eva-Vera Müller, Sigrid Strommel, Ingrid Stief, sämtlich Heusenstamm, Edeltraud Krämer, Camberg, Marlies Tritsch, Groß-Gerau, Rosel Klingler, Hadamar, Barbara Wagner-Hallenberg, Heusenstamm, Ludwig Naumann, Kelsterbach, Gudrun Schreiber, Heusenstamm, Günter Schwarz, Heppenheim, Renate Schönplflug-Fricker, Monika Schupp, beide Darmstadt, Silvia Weber, Bad Schwalbach, Eva Rebscher-Seitz, Hadamar, Christel Renkel, Heusenstamm, Doris Stark, Mörfelden, Margret Schwertfeger, Michael Steinhäus, Konrad Engel, Joachim Besch, sämtlich Heusenstamm, Annerose Stawski, Frankfurt, Walburga Knichel, Heusenstamm, Gertraud Bieske, Groß-Gerau, Heinz Bernaskoni, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1975), Ruth Kassebrock, Bad Soden (4. 8. 1975), Wolfgang Gregori, Bad Soden, Peter Müller, Offenbach, Erika Mögel, Darmstadt, Renate Mayer, Heusenstamm, Maria Barbara Schürmer, Heppenheim, Joachim Dollinger, Ewald Pröbstel, beide Bad Soden, Gunda Klöne, Limburg, Hagen Marmulla, Harald Metzger, beide Heusenstamm, Kurt Moises, Offenbach, Klaus Diehl, Limburg, Margit Heinrich, Offenbach, Konstanze Emmerich, Heusenstamm, Irmtraud Eisenbraun, Darmstadt, Marion Altenburg, Heusenstamm, Karin Arnold, Bad Soden, Bernhard Görtz, Manfred Gaul, beide Limburg, Ulrike Göddertz, Bad Schwalbach (sämtlich 1. 8. 1975), Hanneliese von Garnier, Bad Schwalbach (3. 8. 1975), Marion Wegener, Limburg, Dorit Weide, Barbara Ropers, beide Camberg, Irmgard Mester, Limburg, Silvia Blatt, Heppenheim, Karl-Heinz Blüml, Heusenstamm, Christina Jansen, Groß-Gerau, Hella Seifert, Bad Soden, Susanne Kannwischer, Heusenstamm, Barbara Stoklas, Hannelore Timm, Brigitte Lehmann, sämtlich Heppenheim, Klaus Lecse, Lauterbach, Sibylle v. Küster, Groß-Gerau, Ursula Müller, Heusenstamm, Herta Winter, Frankfurt, Rita Würth, Heusenstamm, Jürgen Ziegenbalg, Bad Soden, Christa Zimmermann, Limburg, Gerd Zimmermann, Hadamar, Gabriele Erbach, Limburg, Sigrid Anton, Bad Schwalbach, Klaus Benner, Limburg, Johannes Rode, Heusenstamm, Irmgard Heine, Erbach, Sabine Nowak, Bad Schwalbach, Oskar Geppert, Limburg, Adelheid Schütz, Erbach, Monika Dahmen, Darmstadt, Volker Jesinghausen, Bad Soden (sämtlich 1. 8. 1975), Philipp-Otto Vock, Bensheim (4. 8. 1975), Barbara Völker, Dagmar Daniel, beide Groß-Gerau, Ulrike Lesch, Schlüchtern, Hans-Jürgen Zinn, Bad Soden, Petra Linke, Groß-Gerau, Ulrike Wedel-Durst, Rüsselsheim, Inge Michel, Darmstadt, Peter Hahmann, Heusenstamm, Bärbel Schmidt-Mirke, Bad Soden, Gertrud Christ, Heppenheim, Walter Heumüller, Offenbach (sämtlich 1. 8. 1975), Michael Schanz, Oberursel (8. 8. 1975), Ingrid Steinborn, Frankfurt, Heide Bratengeier, Heusenstamm, Angela Peters, Bad Soden, Ulrike Schüßler, Gisela Stockburger, beide Heusenstamm, Ingrid Schweitzer, Darmstadt, Herla Röder, Friedberg (sämtlich 1. 8. 1975), Monika

Roßbach, Heppenheim (4. 8. 1975), Hannelore Zinn, Groß-Gerau, Gerlinde Keller, Reinheim, Renate Schorsch, Groß-Gerau, Margit Schudt, Büdingen, Christa Kasch-Moritz, Wolfgang Zöckler, Arno Wenz, sämtlich Heusenstamm, Meike Halama, Friedberg, Ursula Schwarz, Heppenheim, Heinz Schwalb, Büdingen, Ingrid Decher, Erbach, Barbara Huhn, Darmstadt, Irmgard Plattner, Bad Schwalbach, Ulrich Dahmer, Groß-Gerau, Wolfgang Schardt, Camberg, Ingeborg Weissenec, Büdingen, Gabriele Hensen, Darmstadt, Christiane Jung, Heusenstamm, Ludwig Jäger, Barbara Lelong, beide Darmstadt, Ilona Schulmeyer, Mörfelden, Ursula Schnellbächer, Frankfurt, Joachim Rink, Heusenstamm, Rainer Wagner, Offenbach, Marlene Waldsachs, Gudrun Schanz, beide Darmstadt, Gertraute Schnidtd, Gelnhausen, Roland Lemper, Bad Soden, Uta Schick, Darmstadt, Magdalena Ackermann, Bad Soden, Jens Müller, Rüdeshheim, Jutta Haas, Edeltrud Hecht, beide Heusenstamm, Volker Görlich, Dillenburg, Ilse Krichbaum, Rüsselsheim, Carola Langner, Bad Soden, Helma Schinzel, Heusenstamm, Bärbel Böttcher, Erbach, Ingrid Breisch, Heppenheim, Werner Bonn, Birgitt Buderus, Maria Buscher, Dorothea Braun-Munzinger, sämtlich Groß-Gerau, Udo Schöll, Kelsterbach, Juliane Schlag, Limburg, Birga Linder, Heppenheim, Hildegard Loebig, Heusenstamm, Dorothee Lenz, Friedberg, Edgar Rudolf, Offenbach, Gabriela Liedtke, Bad Schwalbach, Karl Enders, Erbach, Siegfried Armbrorst, Limburg, Lothar Bannert, Mörfelden, Birgit Albrecht, Klaus Barth, beide Groß-Gerau, Gerlinde Kalhöfer, Wolfgang Schäfer, beide Bad Schwalbach, Christine Haaben, Heusenstamm, Bernhard Geist, Erbach, Elke Grebe, Büdingen, Erika Döll, Ilona Bernhard, beide Bad Soden, Roswitha Beuthien, Frankfurt, Bardo Bayer, Bad Soden, Ursula Helmrich, Heusenstamm, Gabriele Braunfels, Groß-Gerau, Marlies Weidmann, Rüdeshheim (sämtlich 1. 8. 1975);

die apl. Lehrer/innen (BaW) Lothar Bühler, Stockstadt (6. 6. 1975), Christa Bretsch, Weiterstadt (8. 4. 1975), Gisela Konz, Niederdorfelden (30. 6. 1975), Hilde Mautner-Fey, Hanau (26. 6. 1975), Adelina Dittrich, Frankfurt (12. 6. 1975), Barbara Könecke, Frankfurt (2. 6. 1975), Ursula Junker, Bruchköbel (30. 6. 1975), Friedhelm Dötsch, Neu-Isenburg (18. 6. 1975), Doris Diamant, Frankfurt (9. 6. 1975), Elke Einhäuser, Weckesheim (13. 12. 1974), Gitta Schmidt-Rau, Frankfurt (16. 6. 1975), Klaus Möller, Maintal 2 (30. 6. 1975), Ulrike Mann, Florstadt (4. 6. 1975), Ursula Ruf, Frankfurt (3. 6. 1975), Sabine Malkmes, Frankfurt (23. 5. 1975), Eva-Maria Zwilling, Frankfurt (18. 6. 1975), Wolfgang Bergen, Gernsheim (4. 8. 1975), Karl-Ludwig Wirth, Frankfurt (4. 6. 1975), Gerlind Schwanitz, Maintal 1 (4. 8. 1975), Anke Drawert, Frankfurt (9. 6. 1975), Ulrike Koester, Offenbach (4. 8. 1975), Herbert Prell, Wallrabenstein (20. 8. 1975), Knut Hartmann, Brechen-Niederbrechen (22. 8. 1975), Roswitha Neuffer, Schöneck 1 (18. 8. 1975);

Lehrer/in i. A. Hildegard Jeske, Frankfurt (11. 7. 1975), Annette Glaser, Frankfurt (13. 6. 1975), Tomas Diez, Frankfurt (26. 6. 1975), Ralf Heinemann, Offenbach (26. 6. 1975), Ute Demme, Oberursel (28. 3. 1975);

zu Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer (BaW) Diana Gerland, Bischofsheim (4. 6. 1975), Karl Hejny, Pfungstadt (3. 6. 1975), Angelika Knapp, Ober-Ramstadt (18. 6. 1975), Monika Bähr, Rai-Breitenbach (28. 5. 1975), Dagmar Schmitt, Darmstadt (27. 6. 1975), Gudrun Jäger, Kleinkrotzenburg (7. 7. 1975), Annette Schmitt, Bensheim (4. 8. 1975), Sabine Schütz, Hadamar (12. 8. 1975), Karl-Heinz Weis, Rüsselsheim (5. 8. 1975), Manfred Erhard, Bad Soden (1. 8. 1975), Marianne Melzer, Flörsheim (4. 8. 1975), Ernst-Georg Schütz, Camberg (22. 8. 1975), Ursula Hartmann, Kelsterbach (5. 6. 1975);

Lehramtsreferendarin (BaW) Monika Müller-Stephan, Gießen (1. 8. 1975);

Karl-Heinz Becker, Offenbach, Werner Schurr, Bad Schwalbach (beide 1. 8. 1975);

zur Realschullehrerin z. A. (BaP) Lieselotte Dern, Friedberg (16. 4. 1975);

zum/zur Lehrer/in Lehrerin z. A. (BaP) Barbara von Gräwert, Frankfurt (17. 7. 1975), Fachlehrer für mus.-techn. Fächer (BaL) Karl Friedhelm Unger, Seeheim (1. 8. 1975);

zur Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Marie Luise Anders, Dillenburg (23. 5. 1975);

zum Realschullehrer Lehrer z. A. (BaP) Georg Baaden, Lampertheim (21. 6. 1975);

zur Lehrerin an einer Sonderschule Lehrerin (BaP) Barbara Böhme, Kelkheim (12. 6. 1975);

zur Taubstummenoberlehrerin z. A. Lehrerin z. A. (BaP) Irmgard Bender, Friedberg (24. 6. 1975);

zu Lehrern/innen (BaL) die Lehrer/innen z. A. (BaP) Christa Schreck, Gernsheim (18. 6. 75), Monika-Luise Carstens, Housenstamm (10. 4. 1975), Ursel Bierig, Eschenburg/Eibelshausen (16. 6. 1975), Renate Freitag, Gießen (27. 6. 1975), Monika Claus, Nieder-Erlenbach (26. 5. 1975), Hans-Jürgen Becker, Schotten (13. 6. 1975), Jochem Leifeld, Gießen (1. 7. 1975), Rüdiger Nolte, Trebur (28. 6. 1975), Irmtrude Maul, Wetzlar (27. 6. 1975), Heidrun Renye, Taunusstein 1 (9. 6. 1975), Horst Eckhardt, Nanzenbach (20. 6. 1975), Renate von Lukas, Seligenstadt (21. 6. 1975), Maria Tilch, Hadamar-Niederzuzheim (3. 6. 1975), Christiane Keiner, Aßlar-Hermannstein (27. 6. 1975), Irmtraud Benz, Frankfurt (2. 6. 1975), Karin Zimmermann, Reinheim (18. 6. 1975), Irmgard Baumeister, Usingen (14. 4. 1975), Ute Bachi, Groß-Rohrheim (9. 6. 1975), Gabriele Deitermann, Groß-Zimmern (26. 5. 1975), Axel Veith, Herbstein (1. 7. 1975), Roswitha Kirschstein-Freund, Grünberg (26. 6. 1975), Marion Oswald, Büdingen (29. 6. 1975), Angelika Neitte, Gießen (27. 6. 1975), Gerhard Keil, Großen-Buseck (25. 6. 1975), Hans-Josef Sommerlad, Laubach-Münster (1. 7. 1975), Jürgen Thielmann, Haiger (24. 6. 1975), Gerda Weidmann, Roßdorf (14. 5. 1975), Kurt-Peter Hahn, Groß-Umstadt (19. 6. 1975), Magdalene Haas, Grünberg (30. 5. 1975), Irmtraud Grundel, Frankfurt (23. 5. 1975), Monika Becker, Groß-Bieberau (30. 6. 1975), Rita Hecker, Rüsselsheim (20. 6. 1975), Peter Winkowsky, Langen (21. 6. 1975), Franz-Georg Quirnbach, Darmstadt (27. 6. 1975), Edith Heiß, Lauterbach, Brigitte Benz, Wartenberg (beide 8. 7. 1975), Bruno Henkel, Alsfeld (23. 6. 1975), Gunhild Stein, Hanau (27. 6. 1975), Irmtraud Wiesner, Eschenburg-Eibelshausen, Hannelore Kellerstrass, Karben 1 (beide 22. 5. 1975), Heinrich Frese, Hirzenhain (3. 2. 1975), Horst Rathmann, Oberndorf, Ingrid Lehnhardt, Oberbiel (beide 30. 6. 1975), Friedrich Wetzel, Groß-Rohrheim (25. 6. 1975), Josef Scharf, Bad Homburg (6. 6. 1975), Evamarie Roth, Darmstadt (17. 6. 1975), Waltraud Sander, Launsbach (19. 6. 1975), Johanna Krüger, Wartenberg (8. 7. 1975), Udo Tiefensee, Lauterbach (15. 7. 1975), Irmtraud Meyer, Lengfeld (10. 7. 1975), Maritte Bredemann, Ulrich Bredemann, beide Bruchköbel (beide 30. 6. 1975), Beate Multrus-Echter, Groß-Krotzenburg (19. 6. 1975), Horst Kränzle, Goddelau (20. 6. 1975), Inge Krämer, Heppenheim (19. 6. 1975), Brigitte Klarsen, Maintal 2 (1. 7. 1975), Dagmar Kiep, Weilmünster (10. 7. 1975), Christa Kerber, Frankfurt (23. 5. 1975), Margret Unkelbach, Dieburg (31. 5. 1975), Elisabeth Pitronik, Langstadt, Berthold Schmitt, Dieburg (beide 14. 7. 1975), Erika Paul, Sulzbach (7. 7. 1975), Helmut Best, Launsbach (21. 7. 1975), Rosemarie Christl, Frankfurt (17. 4. 1975), Horst Seikel, Hanau (15. 7. 1975), Brigitte Walter, Usingen-Eschbach (10. 7. 1975), Doris Henzel, Geisenheim (11. 7. 1975), Ingrid Hofmann, Beienheim (15. 7. 1975), Uta Enders, Gießen (14. 7. 1975), Almut Schleiffer, Wiesbaden (20. 6. 1975), Ursel Nick, Wetzlar (21. 7. 1975), Eugen Manshagen, Weilburg (22. 7. 1975), Erika Hauptmann, Nidderau (28. 6. 1975), Monika Herber, Schöneck 1 (15. 7. 1975), Ursula Jatsch, Hofheim, Hannelore Coch, Gießen (beide 25. 7. 1975), Willi Schuck, Konradsdorf (28. 6. 1975), Helmut Lemke, Gießen (30. 7. 1975), Gabriele Krämer, Grünberg (1. 8. 1975), Werner Ickler, Joachim Gärtner, beide Gießen (beide 30. 7. 1975), Maria Schultz, Griesheim (10. 7. 1975), Ulrike Kühne, Bad Homburg (4. 7. 1975), Ursula Westphal, Steinbach (1. 7. 1975), Ingeborg Kastner, Heppenheim (23. 6. 1975), Helmut Schütz, Münster (1. 8. 1975), Beate Wolmer, Hanau (23. 6. 1975), Peter Bastel, Gießen (29. 7. 1975), Gabriele Lewin, Heppenheim (5. 7. 1975), Elma Schuster, Lampertheim (18. 7. 1975), Silvia Bischoff, Wohnbach (17. 7. 1975), Ingrid Kube, Bad Homburg (31. 7. 1975), Annegret Müller, Hanau 8 (27. 6. 1975), Ute Heiner, Wiesbaden (4. 8. 1975), Hannelore Wodianka, Dillenburg (20. 6. 1975), Helga Burck, Wiesbaden (25. 7. 1975), Armin Weiß, Wiesbaden (31. 7. 1975), Sigrid Hinterthan, Rüsselsheim (22. 7. 1975), Karl-Wilhelm Weimann, Salmünster (31. 7. 1975), Rolf Siegert, Solms (5. 8. 1975), Karl-Heinz Schmidt, Solms, Anneliese Schmidt-Löll, Biebertal (beide 6. 8. 1975), Christel Dielmann, Herborn (8. 8. 1975), Gisela Herz, Hausen (21. 7. 1975), Angelika Hieke, Allendorf, Doris Konrad, Rechtenbach (beide 5. 8. 1975), Eleonore Gürge, Wiesbaden (4. 8. 1975), Helmut Voltz,

Ober-Roden (7. 8. 1975), Edeltraud Schlegel, Wiesbaden-Freudenberg (4. 8. 1975), Ilse Schmidt-Nothen, Mainz-Kastel (26. 6. 1975), Renate Berger, Gießen (11. 8. 1975), Heidrun Müller, Hausen, Friedlinde Mann, Wiesbaden, Sylvia Nemetz, Gelnhausen, Angelika Luz, Lampertheim, Renate Skuballa, Wiesbaden, Lieselotte Okeke, Bad Homburg (sämtlich 4. 8. 1975), Cornelia Vielitz, Kirtorf (1. 7. 1975), Peter Stock, Biebergemünd (1. 8. 1975), Barbara Straub, Heppenheim (31. 7. 1975), Dieter Karl Simon, Salmünster (5. 8. 1975), Christine Mareck, Großkrotzenburg (4. 8. 1975), Christa Kleinhenz, Klein-Krotzenburg (29. 7. 1975), Dorit Keller, Wiesbaden (4. 8. 1975), Wolf-Dietrich Riebel, Lampertheim (27. 6. 1975), Jutta Schäfer, Wiesbaden, Sigrid Hock, Bad Homburg, Monika Schindler-Dickhut, Raunheim, Georg Flentge, Wiesbaden (sämtlich 4. 8. 1975), Ursula Gundermann, Frankfurt (6. 6. 1975), Rolf Wagner, Offenbach (5. 8. 1975), Gunhilde Kratz, Gießen, Ingrid Freimuth, Raunheim, Klaus Werner, Bad Homburg (sämtlich 4. 8. 1975), Ingeborg Schwalbach, Bürstadt (5. 8. 1975), Christine Clauß, Sulzbach (8. 4. 1975), Elfriede von der Heydt, Offenbach (27. 6. 1975), Cäcilie Hofmann, Maintal 1, Hildegard Hohmeister, Bergen-Enkheim (beide 4. 8. 1975), Brigitte Goltsche, Driedorf (8. 8. 1975), Erhard Heini, Dillenburg (13. 8. 1975), Renate Mühlenhaupt, Frankfurt (4. 8. 1975), Renate Brennecke, Dietzenbach (15. 8. 1975), Ilse Groth, Wiesbaden (4. 8. 1975), Erhard Moritz, Ehringshausen (11. 8. 1975), Monika Heinrich, Babenhausen (9. 8. 1975), Elke Hartmann-Lösch, Nieder-Roden (14. 8. 1975), Ruth Horn, Egelsbach, Johanna Käpernick, Beerfelden (beide 4. 8. 1975), Brigitte Junge, Wiesbaden (30. 7. 1975), Ingeborg Merthan, Dillenburg (6. 8. 1975), Sigrid Kletzing-Paul, Stockstadt (15. 8. 1975), Bärbel Kleinjung, Rüsselsheim (22. 7. 1975), Sigrid Lüdke-Haertel, Frankfurt (7. 8. 1975), Gerlinde Klöppel, Friedberg (19. 8. 1975), Horst Dieter Kotznr, Bensheim (8. 8. 1975), Maria Rita Schwarz, Griesheim (17. 7. 1975), Marie-Luise Hector, Seeheim (5. 8. 1975), Margot Schad, Sulzbach (11. 8. 1975), Ingrid Pöschl, Friedrichsdorf, Christa Gertloff, Egelsbach (beide 4. 8. 1975), Ingeborg Sakar, Frankfurt (11. 8. 1975), Annette Gräbner, Gelnhausen (24. 7. 1975), Monika Weißert, Mühlheim (30. 7. 1975), Monika Gerhardus, Schöneck 1 (30. 6. 1975), Lioba Huber, Alsfeld (1. 7. 1975), Marlene Karnes, Groß-Zimmern (13. 8. 1975);

Realschullehrerin z. A. (BaP) Gerlinde Breuer, Naurod (24. 5. 1974), Doris Kreuttner-Danker, Darmstadt (4. 7. 1975);

apl. Lehrerin (BaW) Gilia Klaas, Breitscheid (8. 7. 1975);
chem. Lehrer/in Hans-Jochen Grothe, Schlüchtern (1. 8. 1975), Mechthild Enders, Gießen (8. 8. 1975);

zu Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer (BaL) die Fachlehrer/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Antje Dethlefsen, Pohlheim 1 (26. 6. 1975), Erwin Gabriel, Driedorf (30. 6. 1975), Ruth Lamprecht, Frankfurt (22. 6. 1975), Detlef Salowsky, Lampertheim (12. 3. 1975), Bärbel Zühlike, Eppstein-Vockenhäuser (16. 6. 1975), Iris Girmscheid, Groß-Umstadt (12. 6. 1975), Andrea Beneke, Maintal 2 (30. 6. 1975), Gerlind Brühl, Wiesbaden (21. 6. 1975), Lydia Neumann, Runkel-Dehrn (23. 7. 1975), Christa Roth, Dieburg (20. 6. 1975), Birgit Steiner-Harbarth, Bruchköbel-Nord (30. 6. 1975), Ilse Pauline Neumann, Beerfelden, Renate Breithecker, Hadamar (beide 26. 7. 1975), Rita Henle, Hofheim, Jutta Eckhardt, Wiesbaden (beide 4. 8. 1975), Birgit Scheithauer, Wächtersbach (1. 8. 1975), Helga Weis, Wiesbaden (4. 8. 1975), Klaus Edwin Kneifel, Frohnhausen (27. 6. 1975), Bernd Neumann, Rüsselsheim (12. 8. 1975), Elke Knuth, Brigitte Klendauer, beide Wiesbaden (beide 4. 8. 1975), Reinhold Mohn, Rüsselsheim (22. 7. 1975), Rudolf Schäfer, Wetzlar (18. 8. 1975), Philipp Schmitt, Lorsch (6. 8. 1975), Brigitte Grein, Mengerskirchen (14. 8. 1975);

apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer (BaP) Karin Groeper, Offenbach (18. 7. 1975);

zu Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL) die Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) Margarete Weikert, Großauheim (30. 6. 1975), Ursula Brockes, Darmstadt (11. 8. 1975), Gisela Reichel, Darmstadt (14. 8. 1975);

zur Jugendleiterin (BaL) Jugendleiterin z. A. (BaP) Helgard Heyd, Darmstadt (12. 8. 1975);

zu Realschullehrern/innen (BaL) die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Ruth Maria Schäfer, Reichelsheim (20. 8. 1975), Berthold Bernhammer, Mittenaar (20. 6. 1975), Jürgen Bohnsack, Bad Orb (16. 4. 1975), Rainer Hohmann, Eschenburg/Eibelshausen (18. 6. 1975), Ruth Gunkel, Frankfurt

(23. 5. 1975), Barbara Fransson, Wiesbaden (20. 6. 1975), Annelie Daus, Erlensee (13. 6. 1975), Gerlinde Winter, Hanau 9 (12. 6. 1975), Wiltrud Hülck, Kelkheim (9. 6. 1975), Eva-Maria Lehnerdt, Reinheim (1. 7. 1975), Christiane Bull, Groß-Gerau (25. 4. 1975), Edith Besson, Weiterstadt (30. 6. 1975), Wolfgang Schneider, Solms (5. 8. 1975), Ulrich Bruno Nowak, Hanau (27. 6. 1975), Sabine Lull, Rüsselsheim, Hans-Joachim Koch, Langen (beide 4. 8. 1975), Frank Lerch, Schlüchtern (5. 8. 1975), Ingrid Hofmann, Wetzlar (4. 8. 1975), Lisa Kilp, Dieburg (29. 7. 1975), Monika Querl-Adam, Grebenhain (7. 8. 1975);

Dieter Bretz, Camberg (1. 8. 1975);

zum Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Lehrer an einer Sonderschule z. A. (BaP) Peter Fink, Lampertheim (3. 7. 1975);

zur Konrektorin einer Grundschule Lehrerin (BaL) Gudrun Bob, Schöneck 1 (9. 4. 1975);

zur Konrektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen Lehrerin (BaL) Ursula Lehmann, Klein-Krotzenburg (9. 6. 1975);

zu Direktoren einer Grundschule die Konrektoren einer Grundschule (BaL) Ulrich Schnaak, Frankfurt (11. 6. 1975), Peter Blänkle, Ober-Eschbach (17. 4. 1975);

Realschullehrer (BaL) Volker Blum, Gernsheim (16. 5. 1975);

zum Rektor einer Grundschule mit 6—15 Klassen Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Josef Dombrowski, Seligenstadt (4. 7. 1975);

zur Rektorin einer Grund- und Hauptschule Konrektorin einer Grund- und Hauptschule (BaL) Gertrud Cornea, Darmstadt (30. 4. 1975);

zum Rektor einer Sonderschule Konrektor einer Sonderschule (BaL) Peter Quente, Frankfurt (15. 4. 1975);

zu Pädagogischen Leitern einer Gesamtschule Realschullehrer (BaL) Klaus Matzack, Schwalbach (31. 5. 1975), Horst Franke, Neu-Anspach (5. 6. 1975),

Lehrer (BaL) Manfred Kahl, Wiesbaden-Biebrich (30. 4. 1975);

zu Direktoren als ständigen Vertretern von in der Besoldungsgruppe A 15 eingestufteten Direktoren einer Gesamtschule Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Wilhelm Blum, Bad Schwalbach (26. 5. 1975), Wilhelm Jäger, Aarbergen-Michelbach (25. 4. 1975), Konrektor einer Hauptschule (BaL) Heinrich Wüstenhöfer, Eschborn (14. 5. 1975), Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Sigurd Bender, Hochheim (6. 5. 1975), Rektor einer Grundschule (BaL) Helmut Kuhn, Groß-Gerau (30. 5. 1975);

zum Direktor einer Gesamtschule Rektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Armin Mahn, Dieburg (30. 4. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Annemarie Beckmann, Großauheim (11. 4. 1975), Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer (BaP) Johannes Lahmer, Wiesbaden (5. 8. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Volks- und Realschulrektor Georg Rudolph, Rai-Breitenbach (31. 7. 1975), Rektor einer Hauptschule Friedrich Maurer, Frankfurt (31. 8. 1975), Lehrerin Doris Petermann, Ehzell, Lehrerin Luise Handke, Manderbach, Lehrer Ludwig Hartmann, Hirzenhain, Lehrerin Herta Horysa, Offenbach, Realschullehrer Albert Haas, Gießen, Lehrerin Erna Homberg, Frankfurt, Lehrerin Erna Dörr, Lauterbach, Lehrerin Hessenauer, Wiesbaden, Lehrerin Dorothea Franz, Frankfurt, Lehrerin Margarete Schnabl, Mörfelden (sämtlich 31. 7. 1975), Lehrer Helmut Klees, Weilburg (31. 5. 1975), Rektorin Erika Burgmaier, Wolfskehlen, Lehrerin Emma Hannawald, Eltville, Lehrerin Agathe Käthler, Darmstadt, Lehrer Heinrich Baldinger, Hanau, Realschullehrerin Edeltraud Behr, Frankfurt, Hauptlehrer Rudolf Brings, Meiches, Lehrerin Ursula Gladitz, Gießen, Rektor Adolf Weckesser, Gorxheimertal, Lehrerin Elisabeth Niebergall, Nieder-Ramstadt, Lehrerin Frieda Grünschneder-Christ, Frankfurt, Realschullehrer Helmut Désor, Braunfels (sämtlich 31. 7. 1975), Realschullehrer Rudolf Kunz, Seeheim a. d. B. (30. 9. 1975), Lehrerin Maria Paulina Schröpfer, Bergen-Enkheim (31. 7. 1975), Hauptlehrer Paul Müller, Hergershausen, Lehrerin Lissi Emig, Darmstadt, Lehrerin Hermine Petermann, Ehzell, Lehrerin Renate

Schrage, Aarbergen, Rektor einer Grund- und Hauptschule Wilhelm Schnorr, Runkel-Dehrn, Lehrerin Herta Schulz, Idstein, Lehrerin Johanna Jäger, Frankfurt, Hauptlehrer Karl Michele, Dorn-Assenheim, Lehrerin Elvira Gesswein, Langen, Lehrerin Käthe Maschke, Höchst, Lehrer Egon Berlinghoff, Friedberg, Lehrerin Hannelore Stanscheck, Wallrabenstein, Lehrerin Gertrud Pfeifer, Niederselters, Realschullehrerin Annemarie Pfannmüller, Langen, Lehrerin z. A. Ursula Kruppa, Eddersheim, Lehrerin Barbara Okpanyi, Wiesbaden (sämtlich 31. 7. 1975), Realschullehrerin Anneliese Emge, Frankfurt (30. 11. 1974), Konrektor einer Realschule Kurt Goerdten, Frankfurt, Lehrerin Klara Roth, Seligenstadt, Lehrer Helmut Foermer, Limburg, Rektor Jakob Roth, Mainflingen, Lehrerin Kriemhilde Seel, Aarbergen-Kettenbach, Rektor einer Haupt- und Realschule Hans Elm, Altengronau (sämtlich 31. 7. 1975), Lehrerin Ilse Weber, Brachtal (30. 6. 1975), Lehrer Reinhold Schönweitz, Egelsbach, Lehrer Heinz Menzlaw, Langen, Lehrerin Annemarie Altwater, Limburg, Rektor einer Hauptschule Wilhelm Milde, Frankfurt, Lehrerin an einer Sonderschule Jutta Schulze, Großen-Linden, Lehrerin Wilhelmine Appel, Lauterbach (sämtlich 31. 7. 1975);

entlassen:

Lehrerin Gertrud Fischer, Schwalbach, Lehrerin Rosemarie Hülsmann, Dieburg, Lehramtsreferendarin Eva Neuhauser, Bruchköbel-Süd, Konrektorin Marion Leyk, Steinbach, Lehramtsreferendarin Sabine v. Marillac, Wiesbaden, apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Cornelia Scheibe, Raunheim (sämtlich 31. 7. 1975), Lehrerin z. A. Angelica Achenbach, Frankfurt (31. 8. 1975), Fachlehrerin z. A. Jutta Lauer, Raunheim, Lehrerin z. A. Angelika Ligniez, Hofheim, Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer z. A. Annelies Mohr, Griesheim, Lehrerin z. A. Christine Hanisch, Raunheim (sämtlich 31. 7. 1975), apl. Lehrerin Regina Ney, Darmstadt (30. 9. 1975), Lehrerin Rita Müller, Viernheim, Pädagogische Leiterin einer Gesamtschule Dr. Renate Born, Wiesbaden-Klarenthal (beide 31. 7. 1975);

apl. Lehrerin Heidemarie Lux, Neckarsteinach (30. 6. 1975), gemäß § 43 in Verbindung mit § 44 HBG);

die Lehramtsreferendare/innen (BaW) Heinz Schwalb, Linsengericht, Ingrid Wiemer, Dillenburg, Renate Reinhard, Cornelia Lehmann, Gerold Kaiser, sämtlich Offenbach-Nord, Ingeborg Hase, Wiesbaden, Sigmar Ohme, Hanau, Vera Paulsen, Linsengericht, Brigitte Müllner, Wetzlar, Ingrid Kunkel, Dieburg, Monika Frahm, Klaus Hardt, beide Limburg, Hildegard Scherer, Friedberg, Ursula Stumpf, Wetzlar, Ernst-Wilhelm Fritz, Offenbach, Cornelia Diegel, Wiesbaden, Ursula Fokken, Wetzlar, Ursula Fritsch, Offenbach, Ingeborg Schmidt, Friedberg, Hans-Gerd Scholz, Wiesbaden (sämtlich 30. 6. 1975), Sylvia Gradmann, Wiesbaden (31. 3. 1975), Monika Bläß, Wiesbaden, Anneliese Euler-Maroldt, Frankfurt, Gregor Scheffl, Friedberg, Adelheid Schütz, Reinheim, Brunhilde Marhauser, Hanau, Angelika Brückner, Reinheim, Sybille Gross-Reimpell, Hanau, Silvia Weber, Wiesbaden, Ulrike Wedel-Durst, Darmstadt (sämtlich 30. 6. 1975), alle gemäß § 43 Abs. 2 Satz 2 HBG;

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Jochen Heyd, Darmstadt, Dipl.-Biol. Claus-Dieter Paul, Frankfurt, Elfriede Kuhl, Offenbach, Wolfgang Halbach, Gießen, Helmut Gasenfeit, Lauterbach, Horst Steinert, Sprendlingen, Günter Rösler, Hanau, Werner Braun, Oberursel, Wolfgang Glock, Wiesbaden, Volker Bremer, Hofheim, Jochen Buhmeyer, Frankfurt, Elisabeth Gröschner, Gießen, Christoph Engel, Frankfurt, Klaus Herrmann, Nidda, Hans Herold, Darmstadt, Peter Heidler, Alsfeld, Wilfried Briel, Dillenburg, Waldemar Droß, Friedberg, Hans-Otto Ahl, Offenbach, Peter C. Behrens, Dieburg, Rainer Franke, Bensheim, Manfred Bastian, Michelstadt, Rainer Hauelsen, Frankfurt, Karlheinz Buxmann, Dieburg, Dieter König, Darmstadt, Dieter Radke, Offenbach, Reinhold Hofmann, Darmstadt, Hans-Jürgen Schmidt, Geisenheim, Thomas Gönkel, Frankfurt, Hans-Karl Guse, Groß-Gerau, Josef Fertig, Bensheim, Gudrun Helm, Darmstadt, Klaus Herrmann, Groß-Gerau, Hans-Josef Idelhauser, Darmstadt, Bernd Meyl, Offenbach, Wolfgang Janischewski, Albert Plein, beide Dieburg, Gabriele Clouth, Rolf Börner, beide Frankfurt, Klaus Buchegger, Wiesbaden, Gert Hiller, Offenbach, Walter Fischer, Hanau, Gundolf Gries, Otto Holzinger,

beide Frankfurt, Uwe Schwarz, Offenbach, Peter Weidemann, Frankfurt, Gerhard Ihle, Offenbach, Jürgen Michels, Schlüchtern, Gerd Mohr, Hanau, Walter Hecker, Herbert Hartnagel, Reiner Hofmann, sämtlich Bensheim, Wolfgang Meuser, Frankfurt-Höchst, Siegfried Krämer, Limburg, Detlef Loichen, Friedberg 1, Karl Saukel, Frankfurt, Johannes Sperzel, Hanau, Michael Koch, Offenbach, Heribert Sandner, Hofheim, Willi Hofmann, Bad Homburg, Elke Eberhard Pfau, Gerhard Romroth, beide Wiesbaden, Kurt Schödl, Oberursel, Friedrich Pollok, Limburg, Rudi Rupp, Frankfurt, Siegfried Martin, Bad Homburg, Klaus Kuhn, Offenbach, Michael Krenzlin, Bensheim, Hartmut Mössinger, Joachim Kukla, beide Darmstadt, Hans-Friedrich Philipp, Rüsselsheim, Günter Kirschenschläger, Lampertheim, Karl Peter Sann, Groß-Gerau, Edmund Zeidlewitz, Darmstadt, Felicitas Probst, Frankfurt, Herbert Schuchardt, Michael Geib, Richard Volpert, Gerhard Kenke, Dieter Staudt, Wilfried Schweitzer, sämtlich Darmstadt, Hartmut Vaeth, Bensheim, Roswitha Jung, Gießen, Jürgen Klebe, Bad Nauheim, Detlef Günther, Darmstadt, Job Agsten, Frankfurt, Hansjörg Lacour, Bad Homburg, Hans-Jürgen Bretl, Lampertheim, Karlheinz Kaminski, Frankfurt, Axel Dierker, Offenbach, Klaus Peter Betscher, Taunusstein, Hans Knoth, Wiesbaden, Heinz-Theo Schäfer, Limburg, Harry Volk, Frankfurt, Mechthild Tümmeler, Offenbach, Wolfgang Bauer, Bad Homburg, Armin Becker, Büdingen, Hans-Dieter Alder, Hanau, Dipl.-Hdl. Franz Pickartz, Hofheim, Werner Michler, Frankfurt, Joachim Sbierski, Offenbach, Dagmar Wycisk, Darmstadt, Wolfgang Wenderoth, Sprendlingen, Peter Weikl, Hausen, Hans-Jürgen Vonderschmidt, Michelstadt, Eva Stingl, Sprendlingen, August Schumann, Edgar Zeiß, beide Gießen, Walter Renzer, Frankfurt, Werner Grau, Rüsselsheim, Karl Kugelmann, Fulda, Klaus Kessler, Limburg, Winfried Kappatsch, Bad Homburg, Heinz-Eduard Kapp, Frankfurt, Dieter Steinbacher, Offenbach, Horst Vogel, Darmstadt, Hans Wölz, Bensheim, Karl-Friedrich Redecker, Gießen, Holger Remer, Frankfurt, Jürgen Schnücke, Marburg, Rolf Seubert, Oberursel, Anton Wolf, Schlüchtern, Hartmut Knauff, Offenbach, Reinhard Witzel, Hanau, Elisabeth Müllerleile, Oberursel, Erich Grentzer, Bad Homburg, Armin Maage, Dillenburg, Hans-Dieter Korell, Alsfeld, Karl Schäfer, Hausen, Reiner Sommer, Bensheim, Hiltrud Schüssler, Rainer Scharen, beide Darmstadt, Peter-Josef Scharf, Dieburg, Hubert Nessler, Bensheim, Manfred Schaub, Offenbach, Günther Lenzer, Hanau, Dr. Peter Alberts, Schlüchtern, Brigitte Hock, Wolfgang Windecker, beide Frankfurt, Marlies Heim, Dillenburg, Reinhard Winter, Frankfurt (sämtlich 1. 8. 1975), Manfred Kilian, Wiesbaden, Klaus Lübbers, Frankfurt, Sigurd Daur, Hofheim, Reinhold Fischenich, Darmstadt (sämtlich 15. 8. 1975), Lutz Dreyer, Büdingen (1. 8. 1975), Adelheid Steindreischer-Viesel, Offenbach (8. 8. 1975), Bernhard Holzwarth, Oberursel (1. 8. 1975);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Assessoren/innen des Lehramts Helmut Groh, Wilfried Schicker, beide Friedberg, Manfred Tybussek, Hausen, Hans-Joachim Weitzsäcker, Darmstadt, Gerhard Tempelhahn, Gießen, Peter Specht, Friedberg, Dietrich Sundermann, Darmstadt, Käthe Hildegard Türk, Dieburg, Marianne Dieter, Ursula Wöll, beide Offenbach, Rainer Brauburger, Bad Homburg (sämtlich 1. 6. 1975), Heinrich Horst, Alsfeld (5. 6. 1975), Inge Fertig, Bensheim, Hartmut Grimm, Büdingen, Madeleine Zirkel, Hanau, Gisela Schrecker, Rüsselsheim (sämtlich 1. 6. 1975), Marlies Branz, Dillenburg (5. 6. 1975), Bernhard Hildebrandt, Hanau (19. 6. 1975), Herwig Liewald, Frankfurt (15. 5. 1975), Klaus Mohler, Lampertheim (12. 5. 1975), Willi Bott, Frankfurt (25. 6. 1975), Joachim Peter Bock, Bad Nauheim (1. 8. 1975), Walter Helmut Pezolt, Dillenburg, Dr. Dietrich Senffleben, Offenbach, Helmut Seip, Limburg, Günther Heinrich Krämer, Michelstadt, Gernot Günther, Groß-Gerau, Peter Roßmann, Frankfurt, Horst-Rüdiger Hartmann, Wiesbaden (sämtlich 1. 6. 1975), Wolfgang Rack, Hanau (1. 8. 1975), Hans-Joachim Elsner, Wiesbaden, Manfred Dewald, Lampertheim, Helmut Adam Weber, Darmstadt (sämtlich 1. 6. 1975), Michael Branz, Dillenburg (5. 6. 1975), Horst Grote, Dieburg (1. 6. 1975), Bernd Thiele, Frankfurt (20. 6. 1975), Ingenieur Heinz Günter, Michelstadt (1. 6. 1975), Dipl.-Kfm. Dr. Regina Neumann, Rainer Schlegel, Günther Keil, Dipl.-Volkswirt Reinhold Dingeldey, Wilhelm Ott, sämtlich Darmstadt, Peter Ebrecht, Hofheim, Erich Nix, Hanau, Herbert Storn, Frankfurt, Doris Schneewis, Bad Nauheim, Greta Koch-Peter, Wiesbaden, Gisela Stolte, Wetzlar, Kurt-Hartmut Wächter, Sprendlingen, Heinz-Paul Beek, Wiesbaden, Manfred Mutz, Gießen,

Dipl.-Hdl. Walburga Jung, Darmstadt, Mechthild Jäger, Taunusstein, Karl Rösch, Bensheim, Dagmar Nickel, Frankfurt, Helmut Walter Gustav Müller, Michelstadt (sämtlich 1. 8. 1975);

Ingrid Fischer, Frankfurt (1. 8. 1975);

zum/zur Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Fachlehreranwärter Manfred Lang, Dillenburg (1. 5. 1975), Elisabeth Philipp, Darmstadt (1. 4. 1975);

zum Realschullehrer Lehrer (BaL) Rudolf Müller, Alsfeld (21. 7. 1975);

zu Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL) die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Friedel Lerch, Hanau (14. 9. 1975), Bruno Amberg, Hanau (16. 6. 1975), Christel Jockel, Gießen (2. 6. 1975), Gertrud Ruge, Lauterbach (26. 6. 1975), Hans Friedrich Wörle, Darmstadt (8. 8. 1975), Irmgard Stadler, Frankfurt (23. 7. 1975);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Petra Hofferberth, Frankfurt (14. 5. 1975), Günter Hesse, Bad Homburg (7. 5. 1975), Berndt Marzillier, Lauterbach (22. 5. 1975), Dipl.-Ing. Heinrich Rüger, Darmstadt (1. 6. 1975), Wilfried Waldau, Frankfurt (14. 5. 1975), Dipl.-Hdl. Wilfried Tresselt, Darmstadt (28. 5. 1975), Alexa Witzel, Frankfurt (13. 6. 1975), Dipl.-Hdl. Arno Stumpf, Darmstadt (9. 6. 1975), Ulrich Schade, Weilburg (19. 6. 1975), Dipl.-Hdl. Dieter Isenberg, Darmstadt (21. 6. 1975), Ansgar I v denborn, Hanau (18. 6. 1975), Hans Egmont Gassert, Hofheim (11. 7. 1975), Ortwin Gierhake, Groß-Gerau (17. 7. 1975), Werner Hildebrandt, Frankfurt (30. 6. 1975), Dieter Goltsche, Dillenburg (24. 7. 1975), Lore Eva Hissenauer, Limburg (22. 7. 1975), Margarete Puppel, Bensheim (1. 8. 1975), Rolf Heise, Offenbach (8. 8. 1975), Gertrud Jacobi, Hanau (5. 8. 1975), Martha Frey, Frankfurt (4. 8. 1975), Bernd Kittelmann, Frankfurt (15. 8. 1975), Udo Dürrich, Hofheim (4. 8. 1975);

Studienrätin a. D. Hildegard Sorg, Seeheim (1. 8. 1975);

zum Oberstudienrat/rätin Studienrat/rätin (BaL) Peter Jahn, Lampertheim (1. 4. 1975), Adelheid Zeller, Frankfurt (25. 4. 1975);

zu Studiendirektoren die Oberstudienräte (BaL) Dipl.-Hdl. Karl-Heinrich Kunkel, Gelnhausen, Georg Lösch, Groß-Gerau (beide 15. 5. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Studienrat Bernd Reinhold, Frankfurt (30. 7. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudienrätin Gerda Bunte, Hanau (31. 7. 1975), Studiendirektor Wilhelm Bayer, Friedberg (30. 6. 1975), Studiendirektorin Nora Laumann, Darmstadt (31. 7. 1975), die Oberstudienräte/rätin Gertrud Schieck, Hanau (28. 2. 1975), Charlotte Beinker, Hanau (30. 6. 1975), August Deynet, Gelnhausen (31. 7. 1975), Fachschuloberlehrer Eduard Günther, Hanau (31. 1. 1975), Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer Heinz Thiele, Frankfurt (31. 7. 1975), Georg Schneider, Groß-Gerau (31. 8. 1975);

entlassen:

Oberstudienrätin Brigitte Müller, Frankfurt (31. 7. 1975).

Darmstadt, 11. 9. 1975

Der Regierungspräsident

VI/1 — 71 — 08 (1)

StAnz. 39/1975 S. 1809

Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Kassel

ernannt:

zum Oberstudiendirektor Studiendirektor (BaL) Klaus Zick, Fritzlar, LK Schwalm-Eder (27. 3. 1975);

zu/zur Studiendirektoren/in die Oberstudienräte/innen (BaL) Peter Bittrich, Kassel, Dr. Günter Schilling, Kassel (beide 1. 4. 1975), Christa Waechter, Kassel (27. 5. 1975);

zu Oberstudienräten/innen die Studienräte/innen (BaL) Maria Wahle, Kassel (1. 2. 1975), Gotthard Herold, Kassel, Sieghart Riemer, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Hans Bauernfeind, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf, Eva-Maria Foltin, Marburg, Herbert Weissenborn, Kassel, Werner Schmitt, Kassel, Horst Risser, Fulda, Marianne Link, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Dr. Friedrich Traut, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Franz-Joseph Plümpe, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Hans-Gerald

Schirawski, Fritzlär, LK Schwalm-Eder, Horst Haberland, Eschwege, LK Werra-Meißner, Brita Richter, Wolfhagen, LK Kassel, Hans-Joachim Kluge, Fulda, Gerhard Schünemann, Kassel, Uwe Bender, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder, Horst Kropp, Fulda (sämtlich 1. 4. 1975);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/innen z. A. (BaP) Wilfried Gottmann, Frankenberg, LK Waldeck-Frankenberg (6. 2. 1975), Walter Griesel, Fritzlär, LK Schwalm-Eder, Dieter Stoffregen, Marburg (beide 13. 2. 1975), Jürgen Klein, Marburg (19. 2. 1975), Arna Vignere, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf (6. 3. 1975), Wilhelm Dufft, Kassel (7. 3. 1975), Joachim Hecht, Kassel, Hilmar Jungkunz, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg (beide 19. 3. 1975), Oskar Stöcklein, Fulda (8. 4. 1975), Diethild Bretzler, Eschwege, LK Werra-Meißner (12. 4. 1975), Rainer Wagenhäuser, Marburg (24. 4. 1975), Ingrid Krause-Vilmar, Marburg (25. 4. 1975), Dietmar Danapel, Marburg (5. 5. 1975), Klaus Hagelücken, Kassel (13. 5. 1975), Johanna Hoppel, Fulda (15. 5. 1975), Dr. Gerd-Arnim Blumenhein, Marburg (16. 5. 1975), Ulrike Berlipp, Kassel (22. 5. 1975), Bernhard Haag, Hünfeld, LK Fulda, Ute Schütz, Hünfeld, LK Fulda (beide 23. 5. 1975), Manfred Einloft, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf, Siegfried Guterath, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg, Albrecht Feyerabendt, Kassel, Werner Morhart, Kassel (sämtlich 30. 5. 1975), Henning Ringewaldt, Kassel (11. 6. 1975), Wolfram Renker, Fulda (15. 6. 1975), Adam Fischer, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Monika Körle, Marburg (beide 18. 6. 1975), Peter-Paul Laudenschlag, Fulda (25. 6. 1975), Anton Seydlowski, Fritzlär, LK Schwalm-Eder (27. 6. 1975), Wolfram Rode, Melsungen, LK Schwalm-Eder (5. 7. 1975), Johanna Sajonz, Marburg (6. 7. 1975), Manfred Albert, Fulda (7. 7. 1975), Peter Zoellner, Eschwege, LK Werra-Meißner (21. 7. 1975), Ernst-Otto Müller, Fulda (28. 7. 1975);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Studienreferendare/innen (BaW) Siegfried Woith, Fulda, Wilhelm Simon, Kassel, Brigitte Hauswaldt-Windmüller, Marburg, Peter Passek, Kassel, Gertrud Möller, Fulda, Wilma Fischer, Marburg, Rainer Sander, Kassel (sämtlich 1. 2. 1975), Gisela Zutz, Hofgeismar, LK Kassel (3. 2. 1975), Stefanie Wolf, Marburg, Gerhard Hartnack, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf (beide 5. 2. 1975), Klaus-Peter Henn, Bad Wildungen, LK Waldeck-Frankenberg (6. 2. 1975), Armin Mötzing, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg (7. 2. 1975), Eva Maria Böck, Kassel (10. 2. 1975), Gerhart Haack, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (12. 2. 1975), Peter Noell, Marburg (13. 2. 1975), Horst Geißer, Kassel, Werner Sommer, Hünfeld, LK Fulda (beide 14. 2. 1975), Gisbert Papritz, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg, Siegfried Strupp, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (beide 17. 2. 1975), Martha Exner, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg, Gerd Kern, Fulda (beide 19. 2. 1975), Gertrud Mackenroth, Kassel (20. 2. 1975), Rolf Krüger, Fritzlär, LK Schwalm-Eder (21. 2. 1975), Rainer Maaz, Fulda (27. 2. 1975), Wolfgang Bätz, Witzhausen, LK Werra-Meißner (9. 5. 1975), Gerhard Rehbein, Kassel, Bernd Ritzmann, Fritzlär, LK Schwalm-Eder (beide 12. 5. 1975), Werner Dörbaum, Fulda (14. 5. 1975), Ingrid Bandt-Reges, Marburg (15. 5. 1975), Margarete Mühlig, Marburg (14. 5. 1975), Peter Klemt, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg (15. 5. 1975), Rainer Haberkorn, Kassel (16. 5. 1975), Wolfgang Bredel, Fulda, Reinhard Böhm, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (beide 21. 5. 1975), Wolfgang Nöller, Fulda (23. 5. 1975), Reiner Rohrbach, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (26. 5. 1975), Heike Winkler, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg, Rolf Lehr, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (beide 27. 5. 1975), Gerhart Haars, Fulda, Heinrich Gremm, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg (beide 28. 5. 1975), Hanno Helms, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg (30. 5. 1975);

zu Studienreferendaren/innen (BaW) Hans-Jürgen Geselle, Kassel, Hans-Jürgen Schwabe, Kassel, Rainer Menges, Hofgeismar, LK Kassel, Joachim Meissner, Marburg, Reinhard Müller, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg, Reinhard Noll, Fulda, Klaus Oetting, Kassel, Otto Ortelbach, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Hartmut Platte, Frankenberg, LK Waldeck-Frankenberg, Wolfgang Löwer, Kassel, Klaus Limmeroth, Marburg, Adolf Lauscher, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder, Peter Lauber, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf, Joachim Kinner, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Udo Wittekindt, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Reinhard Zahn, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf, Eckhard Schaum, Hünfeld, LK Fulda, Wilfried Bier-schenk, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg, Dieter Deiseroth,

Kassel, Peter Falkowski, Hünfeld, LK Fulda, Wolfgang Focke, Kassel, Klaus Fraatz, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Karl-Werner Hildebrand, Kassel, Udo Welp, Eschwege, LK Werra-Meißner, Brigitte Dausend, Kassel, Volker Schreiner, Frankenberg, LK Waldeck-Frankenberg, Erhard Stippich, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg, Jochen Schmidt, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg, Voronart Boonyaprasop, Marburg, August Jäger, Hofgeismar, LK Kassel, Waltraud Holzhauser, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder, Heino Kirchhof, Kassel, Hans-Jürgen Keppler, Kassel, Helmut Kehr, Marburg, Ingrid Kaul, Hofgeismar, LK Kassel, Peter Kaul, Kassel, Karl-Peter Herzig, Kassel, Heinz-Wilhelm Tzschentke, Witzhausen, LK Werra-Meißner, Paul Baier, Fulda (sämtlich 1. 2. 1975), Siegrid Beck, Marburg, Klaus Lehrke, Marburg, Karl-Dieter Zimmermann, Marburg, Baldur Gerhart, Marburg, Helmut Rosenberger, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Oskar Leyh, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Heinz Hohmann, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Joachim Moil, Kassel, Thomas Lachmund, Kassel, Eva Müller, Marburg (sämtlich 17. 2. 1975), Heinz-Dieter Schulz, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Ernst-Georg Winkelhardt, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg, Klaus Franke, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Peter Schneider, Kassel, Manfred Zindel, Kassel (sämtlich 12. 3. 1975), Werner Fleck, Marburg (2. 4. 1975), Bernhard Zurwehme, Marburg (2. 4. 1975);

zu Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL) die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Johann Köhler, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (3. 2. 1975), Gunther Langmann, Fulda (12. 2. 1975), Hermann Zück, Frankenberg, LK Waldeck-Frankenberg (14. 3. 1975), Horst Herbert, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (10. 3. 1975), Rosemarie Rückel, Biedenkopf, LK Marburg-Biedenkopf (15. 3. 1975), Luise Lühmann, Bebra, LK Hersfeld-Rotenburg (21. 3. 1975), Gertraude Schaefer, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Justus Becker, Marburg, Günter Saalfeld, Kassel (sämtlich 27. 3. 1975), Johann Volavsek, Eschwege, LK Werra-Meißner (1. 4. 1975), Heinrich Schmidt, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (2. 4. 1975), Bernd Jandrasits, Marburg (3. 4. 1975), Horst Wirth, Fulda (2. 4. 1975), Günter Gottschlich, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf, Karl-Heinz Hanke, Melsungen, LK Schwalm-Eder (beide 3. 4. 1975), Dieter Fischer, Fritzlär, LK Schwalm-Eder, Siegfried Koch, Kassel, Helga Schluckebier, Wolfhagen, LK Kassel (sämtlich 8. 4. 1975), Joachim Kroker, Eschwege, LK Werra-Meißner (11. 4. 1975), Rotraut Sänger, Eschwege, LK Werra-Meißner (12. 4. 1975), Charlotte Busche, Wolfhagen, LK Kassel, Dorothea Scheil, Fulda (beide 24. 4. 1975), Barbara Freund, Fulda (28. 4. 1975), Ursula Ham-merschmidt, Fritzlär, LK Schwalm-Eder (6. 5. 1975), Gerhard Schulze, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (7. 5. 1975), Gertrud Schankweiler, Kassel (22. 5. 1975);

zum Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Fachlehreranwärter (BaW) Herbert Rudolph, Kassel (12. 3. 1975);

zu Fachoberlehrern für technologische Fächer (BaL) die Fachoberlehrer für technologische Fächer z. A. (BaP) Helmut Parsczinski, Bad Wildungen, LK Waldeck-Frankenberg (12. 3. 1975), Friedhelm Kotte, Witzhausen, LK Werra-Meißner (14. 3. 1975), Klaus Klwit, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder (29. 3. 1975), Günter Rudolph, Korbach, LK Waldeck-Frankenberg (2. 4. 1975), Rudolf Daum, Fulda (3. 4. 1975), Kurt Siemon, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf (4. 4. 1975), Ernst-Günter Goebel, Kassel, Ingo Groß, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf (beide 7. 4. 1975), Wilhelm Rost, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Gerhard Ebert, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg (beide 8. 4. 1975);

zur Realschullehrerin (BaL) Realschullehrerin (BaP) Christl Walther, Fritzlär, LK Schwalm-Eder (22. 2. 1975);

zum Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Angestellter Karl Oehlmann, Kirchhain, LK Marburg-Biedenkopf (1. 3. 1975);

zum Studienrat (BaL) Fachoberlehrer für technologische Fächer (BaL) Erich Kimm, Kassel (7. 3. 1975);

zum Studienrat z. A. (BaP) Angestellter Siegfried Woith, Fulda (21. 3. 1975);

versetzt:

vom Bundesministerium der Verteidigung in Bonn Realschullehrer (BaL) Heinz Klare, Marburg (1. 2. 1975), vom RP Hildesheim Studienrätin (BaL) Elke Domke-Ben-rath, Kassel (1. 2. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor (BaL) Herbert Tiedge, Kassel, Oberstudienrat (BaL) Heinz Elbrecht, Kassel, Studienrätin (BaL) Elisabeth Kluge, Fritzlar, LK Schwalm-Eder (sämtlich 30. 4. 1975), Oberstudienrat (BaL) Wilhelm Peter, Kassel, Oberstudienrätin (BaL) Helene Micheli, Bad Hersfeld, LK Hersfeld-Rotenburg, Oberstudienrätin (BaL) Edith Welsch, Frankenberg, LK Waldeck-Frankenberg (sämtlich 31. 7. 1975), alle gemäß § 51 (1) HBG;

entlassen:

Studienreferendar (BaW) Udo Welp, Melsungen, LK Schwalm-Eder, Fachoberlehreranwärter (BaW) Horst Schmidt, Schwalmstadt, LK Schwalm-Eder, Fachoberlehreranwärter (BaW) Jürgen Linnert, Kassel (sämtlich 31. 3. 1975);

verstorben:

Studiendirektor (BaL) Klaus Schütte, Kassel (25. 2. 1975).
Kassel, 8. 9. 1975

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 39/1975 S. 1815

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt:

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Oda Diekötter, Baunatal 4 (1. 8. 1975), Klaus-Dieter Keßler, Kaufungen 1 (28. 7. 1975), Werner Gut, Fulda 1 (30. 7. 1975), Wolfgang Schmidt, Fulda 1 (29. 7. 1975), Annette Heckmann, Baunatal 4, Renate Seyffarth, Stadt Allendorf (beide 4. 8. 1975), Rudolf Schwarz, Karlsruhen (31. 7. 1975), Rita Süße, Niestetal-H. (23. 8. 1975);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Ass. des Lehramts Ludger Funke, Wetter, Rainer Gelies, Marburg, Angelika Jacobsen, Stadt Allendorf, Gerhild Kühn, Wetter, Gerhard Nentwich, Kassel, Elfriede Huber-Söllner, Kassel, Heike Lüdtke-Ide, Kassel, Ute Wetzels, Spangenberg, Holger Wittich, Großalmerode, Gisela Ulrich, Grebenstein, Frauke Grimmer, Immenhausen, Klaus Deigmann, Großalmerode, Sabine Denkwitz, Felsberg, Almut Gerstein, Grebenstein, Ursula Boczkowski, Hofgeismar (sämtlich 1. 8. 1975);

zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule** die Lehrer/innen (BaL) Jürgen Braun, Kassel, Gabriele Stieber, Kassel (beide 1. 8. 1975), Elisabeth Schüler, Fulda (7. 8. 1975), Marlies Naumes, Fulda (7. 8. 1975), Karl Pletsch, Melsungen (1. 8. 1975);

zum **Lehrer an einer Sonderschule (BaL)** Ulrich Restat, Frankenberg (4. 8. 1975);

zum **apl. Lehrer an einer Sonderschule apl. Lehrer (BaW)** Rainer Nikolaus, Marburg (1. 8. 1975);

zum **Realschullehrer** Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Hermann Biskamp, Battenberg (1. 8. 1975);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Wolfgang Schmidt, Emstal (9. 7. 1975), Jürgen Bär, Baunatal 1 (15. 7. 1975), Klaus Böhr, Flieden (1. 7. 1975), Günter Kleinschmidt, Hilders, Karin Balk, Bad Hersfeld (beide 17. 7. 1975), Christine Meurer, Zierenberg, Gabriele Rupp, Marburg, Horst Schaal, Baunatal 1, Marianne Keßler, Hünfeld (sämtlich 28. 7. 1975), Ingeborg Dombrowski, Fulda (29. 7. 1975), Wolf Dieter Mertin, Waldeck-Sachsenhausen, Klaus Benecken, Baunatal 1 (beide 30. 7. 1975), Claudia Kattenbusch, Kaufungen 1, Karin Meyer, Kaufungen 1, Klaudia Flachsbarth, Neu-Eichenberg, Marianne Brendel, Witzenhausen, Heidrun Graul, Trendelburg (sämtlich 4. 8. 1975), Alexandra Schöneich, Kassel (5. 8. 1975), Lotte Justi, Vöhl (4. 8. 1975), Elisabeth Warmuth, Lohfelden (5. 8. 1975), Bernd Kaun, Eschwege (29. 7. 1975), Renate Linz, Hofgeismar (4. 8. 1975), Norbert Schidleja, Schwarzenborn (7. 8. 1975), Annegret Küster, Korbach (4. 8. 1975), Friederike Müller, Grebenstein (6. 8. 1975), Wolfgang Prier, Immenhausen (4. 8. 1975), Marie-Luise Wachs, Naumburg (7. 8. 1975), Hildgund Heyne, Habichtswald-Dörnberg (13. 8. 1975), Hubert Sauer, Neukirchen (8. 8. 1975), Inge Pfister, Wehretal 1, Ulrike Späth, Wehretal (beide 28. 7. 1975), Margit Schäfer, Lohfelden 2 (11. 8. 1975), Rolf Gebhardt, Sontra (4. 8. 1975), Sieglinde Gutberlet, Korbach (7. 8. 1975), Roswitha Börner, Ebsdorfergrund-Ebsdorf, Christa Ritter, Marburg (beide 4. 8. 1975), Brigitte Rüdiger, Grifte (1. 8. 1975), Dieter Clemens, Kleinenglis (26. 8. 1975), Angelika Steffens, Mar-

burg (18. 8. 1975), Sigrid Schaub, Niestetal-Heiligenrode (13. 8. 1975), Susanne Dücker, Hartenrod (19. 8. 1975), Gisela Purbst, Kassel (25. 8. 1975), Christiane Pagels, Wanfried (31. 7. 1975), Claudia Ellrich, Nentershausen (28. 7. 1975), Claudia Schenk, Helsa-Wickenrode (26. 8. 1975), Isa Birk, Vellmar 3 (29. 8. 1975);

zu **Lehrerinnen (BaL)** Doris Wimmer, Grebenstein (1. 8. 1975), Annegret Rumann, Emstal (1. 8. 1975), Helga Erhardt, Kassel (1. 8. 1975), Bärbel Kroll, Witzenhausen (1. 8. 1975);
zu **Lehrern/innen** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Christa Bittner, Bad Hersfeld (10. 7. 1975), Ursula May, Korbach (7. 7. 1975), Brigitte Elend, Wildeck-Obersuhl (15. 7. 1975), Dieter Jarzina, Vellmar 3 (16. 7. 1975), Brigitte Hahn, Hohenroda-Ransbach (18. 7. 1975), Johann Mayer, Vellmar 3, Jürgen Schäfer, Vellmar 3 (beide 28. 7. 1975), Peter Höhner, Großlüder (21. 7. 1975), Barbara Rieck, Baunatal 4, Bettina Müller, Niederaula (beide 29. 7. 1975), Klaus Stephan, Hilders (31. 7. 1975), Bernd Heiland, Baunatal 1 (1. 8. 1975), Antonius Ziegler, Hofbieber (29. 7. 1975), Reinhard Lengler, Kaufungen (1. 8. 1975), Ingelore Friedrich, Wohratal-Halsdorf (4. 8. 1975), Gudrun Wagner, Bad Endbach, Berthold Quell, Petersberg, Manfred Bente, Kassel (sämtlich 5. 8. 1975), Ulrich Groh, Baunatal 4 (6. 8. 1975), Marita Klapp, Korbach, Bernd Hanisch, Korbach (beide 4. 8. 1975), Reinhard Händler, Alheim-Heinebach (14. 8. 1975), Heidrun Schiller, Fritzlar (29. 7. 1975), Bernhard Becker, Guxhagen (1. 8. 1975), Wolfgang Funk, Guxhagen (30. 7. 1975), Werner Rück, Niedenstein (4. 8. 1975), Josef Will, Hofbieber (18. 7. 1975), Wolfgang Witzel, Lohfelden 1 (19. 8. 1975), Ingeburg Fischer, Wanfried (31. 7. 1975), Berthold Gundlach, Söhrewald 1, Jürgen Harnischfeger, Baunatal 1 (beide 26. 8. 1975);

zur **Realschullehrerin** Realschullehrerin z. A. (BaP) Mechtild Dedert, Grebenstein (30. 7. 1975);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Ulrich Hartmann, Baunatal 1, Christa Güldner, Waldeck-Sachsenhausen (beide 29. 7. 1975), Werner Leonhäuser, Korbach (4. 8. 1975), Heinrich Sattler, Immenhausen (1. 8. 1975), Heidemarie Spieß, Philippsthal (29. 7. 1975);

zu **Fachlehrern/innen für musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für musisch-techn. Fächer z. A. (BaP) Wolfgang Habermehl, Fulda (10. 7. 1975), Norbert Herzog, Bad Sooden-Allendorf (21. 7. 1975), Renate Strauß, Bad Hersfeld (18. 7. 1975), Margot Völker, Rosenthal (24. 7. 1975), Harald Markel, Vellmar 3 (4. 8. 1975), Sabine Schaaß, Oberaula (6. 8. 1975), Veronika Weich, Kassel (5. 8. 1975), Ernst-Walter Theis, Lohfelden 1 (4. 8. 1975);

zur **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaL)** Christel Hustermeier, Zierenberg (1. 8. 1975);

zum **Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (BaL)** der Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Rolf Braunnhahn, Kaufungen 1 (7. 8. 1975);

zum **Fachoberlehrer für technologische Fächer (BaL)** Fachoberlehrer für technologische Fächer z. A. (BaP) Karl-Christoph Müller, Lohfelden 1 (13. 9. 1975);

zu **Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer** die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Jutta Kiehlborn, Niestetal-Heiligenrode (21. 7. 1975), Heidi Fuchs, Bad Endbach-Bottenhorn (16. 7. 1975);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP)** die Sozialpädagoginnen im Angestelltenverhältnis Ise Severin, Arolsen (1. 8. 1975), Rosemarie Hillebrand, Wanfried (1. 7. 1975), Gerlinde Ferreau, Homberg (1. 8. 1975);

zu **Lehrern bzw. Lehrerinnen z. A. (BaP)** Ruth Schäfer, Fulda 1, Renate Wickenhöfer, Rotenburg/F. (beide 1. 8. 1975), Meike Christenhuß, Marburg (5. 8. 1975), Regine Reitz, Bad Hersfeld (1. 8. 1975), Gertraude Altrichter, Bad Hersfeld (1. 8. 1975), Hanna Armbrust, Fritzlar (6. 8. 1975), Ingeborg Atzert, Bad Hersfeld, Werner Badouin, Hofbieber, Hans Becker, Melsungen, Hans-Jörg Bennedix, Bad Hersfeld, Eva Bergener, Künzell-Florenberg, Regina Bessler, Karlsruhen, Heike-Gisela Bollhorst, Zierenberg, Ursula Boltz, Frankenberg (E.), Klaus Bornmann, Stadt Allendorf, Helgard Brand, Hilders, Ursula Breitwieser, Kassel, Heike Burghard, Reinhardshagen, Helmut Busch, Bad Hersfeld, Christa Damm, Bad Hersfeld, Ernst Dieterich, Vellmar 3, Margit Dietrich, Petersberg, Arno Dippel, Frankenberg (E.), Charlotte Dreschert, Tann, Elfi Eckert-Imhof, Eiterfeld, Klaus Engele, Stadt Allendorf, Thomas Euler, Hünfeld, Heike Feldbusch, Edertal, Walter Finke, Eiterfeld, Wilma Flume, Sontra, Doris Föhr, Gersfeld, Walter Frank, Karlsruhen, Karl-Erwin Franz, Karlsruhen, Helga

friederix, Naumburg, Ulrich Fröhberg, Karlshafen, Ingeborg Frohnapfel, Hosenfeld, Harald Gärtner, Hofbieber, Paul Gerhard, Bad Hersfeld, Christa Gerhardt, Bad Hersfeld, Iona Ghodstinat, Neustadt, Helga Gleim, Waldkappel, Edda Grahlmann, Wanfried, Karl Helmut Groß, Wolfhagen, Joachim Gubisch, Kassel, Sieglinde Gundlach, Breuna, Roland Haasz, Bad Hersfeld, Angelika Hahner, Neuhof, Jürgen Hammer, Hess. Lichtenau-Walburg, Barbara Heilmann, Bad Endbach-Hartenrod, Karl Heinemann, Zierenberg, Karen Hertel, Herleshausen-Nesselröden, Heiner Hofsommer, Niederaula, Ursula Hohmann, Eiterfeld, Beatrix Hombach, Bad Hersfeld, Birgit Hott, Hilders, Edgar Ingrisch, Herleshausen, Manfred Isenberg, Naumburg, Winfried Jennemann, Ebsdorfergrund, Wolfgang Kasper, Karlshafen, Dorothea Kepung, Angelburg-Lixfeld, Horst Kilian, Haina-Kloster, Monika Kissmann, Herleshausen, Hans-Jürgen Kist, Lohfelden 1, Manfred Kittner, Niestetal, Ulrich Kliemchen, Bad Hersfeld, Charlotte Klüber, Kaufungen 1, Hannelore Koch, Niestetal-Heiligenrode, Jürgen König, Hofbieber, Barbara Königs, Wohratal, Heidemarie Kostelci, Frankenau, Dorothea Kremer, Neuhof, Marion Kretschmer, Karlshafen, Renate Krischak, Baunatal 4, Brigitte Krügel, Waldkappel, Monika Küllmer, Wildeck-Obersuhl, Hans-Jürgen Künzel, Bad Hersfeld, Marianne Künzel, Niestetal, Ingeborg Landgraf, Hofgeismar-Hümme, Jutta Lorenz, Bad Hersfeld, Ulrike Lüneberg, Dautphetal, Rolf Lugert, Karlshafen, Brigitte Mattern, Bad Hersfeld, Dieter Neumann, Bad Hersfeld, Hans-Joachim Oetzel, Heringen, Angelika Osterkamp, Frankenberg, Monika Peter, Kassel, Christine Pependiker, Niederaula, Gabriele Raquot, Großenlüder, Hans-Dieter Raschendorfer, Steinau, Gudrun Rasokat, Bad Hersfeld, Helmuth Reim, Breuna, Eva-Maria Reuter, Bad Hersfeld, Eleonore Reuther, Hünfeld, Elfriede Rode-Bourier, Zierenberg, Marianne Rogge, Vellmar 3, Wilhelm Rottmann, Karlshafen, Eva Rühlmann, Bad Hersfeld, Ingeborg Sandmann, Marburg, Jutta Sauer, Ludwigsau-Friedlos, Sigrid Sauerwein, Borken, Hartmut Schaumburg, Arolsen, Petra Schmerbach, Eiterfeld, Verena Schmidt, Fliesen, Rosemarie Schneider, Zierenberg, Barbara Scholl, Stadt Allendorf, Werner Schulte, Wahlsburg, Jörg Staloch, Naumburg, Reinhard Stöbener, Vellmar 3, Dagmar Stuhl, Karlshafen, Ute Süßkand, Fuldata 1, Iona Thielemann, Bad Hersfeld, Gisa Thompson, Bad Hersfeld, Detlef Verwey, Bad Hersfeld, Gudrun Vogeler, Bad Hersfeld, Jutta Weigel, Arolsen, Doris Welle-Kromer, Künzell-Florenberg, Peter Werner, Waldeck-Sachsenhausen, Birgit Wetter-Schiebe, Frankenberg (E.), Rudolf Wickenhöfer, Frankenberg (E.), Iris Wiegand, Gensungen, Rita Wienand, Obermöllrich, Robert Wilhelm, Waldeck-Sachsenhausen, Renate Winheller, Bad Hersfeld, Gerhard Wirth, Petersberg, Jürgen Wohlfart, Diemelsee-Adorf, Gabriele Wolter, SAB II Fulda, Edmund Zimmermann, Gladenbach-Weidenhausen (sämtlich 1. 8. 1975), Jutta Ellermann, Nieste (8. 8. 1975), Editha Fuchs, Fulda (29. 8. 1975), Sylvia Gradmann, Volkmarzen (29. 8. 1975), Birgit Kittner, Melsungen (7. 8. 1975), Heinz-Otto Kröck, Diemelstadt-Rhoden (4. 8. 1975), Bernd Pfeiffer, Homberg (11. 8. 1975), Petra Schäfer, Hofbieber-Schwarzbach (11. 8. 1975), Volker Stöhr, Gudensberg (4. 8. 1975), Renate Zingel, Borken (5. 8. 1975);

zu apl. Fachlehrern/innen für musisch-technische Fächer (BaW) Elke Hagebusch, Emstal, Harald Kapeller, Hofgeismar, Ingeborg Melzer, Herleshausen, Hansjürgen Rind, Karlshafen, Ursula Schulz, Eschwege, Hartmut Skrzipek, Kassel, Karin Steudel, Kassel, Elfriede Wagner, Reinhardshagen, Elisabeth Werner, Wanfried, Renate Wicke, Gersfeld, Wilfried Wulfers, Dautphetal-Friedensdorf (sämtlich 1. 8. 1975), Juliane Darab, Bad Hersfeld (8. 8. 1975); Jutta Ziehe, Frankenberg (E.) (4. 8. 1975);

zu Lehramtsreferendaren bzw. Lehramtsreferendarinnen (BaW) die LAB Marianne Ackermann, Marburg, Herbert Alheid, Homberg, Ingeborg Allmeroth, Hess. Lichtenau, Ursula Anken, Waldkappel, Karl Arnold, Reichensachsen, Gerhard Asal, Fulda, Hiltrud Balsser, Hess. Lichtenau 5, Wolfgang Bauer, Hoof, Dietmar Becker, Wohratal-Halsdorf, Beate Benderoth, Marburg, Folkart Benkowitz, Niederaula, Dierk Bettenstaedt, Hartenrod, Karola Bonk, Stadt Allendorf, Arne Borg, Kassel, Anneliese Braun, Fulda, Friedhelm Braun, Emstal, Gerhard Briel, Allendorf, Brigitte Burghaus, Kassel, Manfred Burghaus, Kassel, Marie-Luise Buzek, Volkmarzen, Rosemarie Cunz, Achenbach, Horst Daniel, Heringen, Rainer Dargatz, Hilders, Marianne Dehmel, Kassel, Karl-Joseph Dippel, Korbach, Jürgen Dönges, Kassel, Dieter Dörner, Korbach, Gisela Dorst,

Kassel, Dieter Doublier, Fritzlar, Doris Eckhardt, Fulda, Ellen Eipert, Gensungen, Erika Engel, Knüllwald-Remisfeld, Ingrid Fechner, Kassel, Ewald Fey, Eschwege, Dietlinde French, Fulda, Frauke Fritsch, Hess. Lichtenau, Ortrud Fülling, Baunatal 4, Ingrid Gedrich, Altmorschen, Doris Gies, Fulda, Dagmar Glass, Bad Hersfeld, Almuth Goralewski, Haunetal-Neukirchen, Christine Grimus, Pflippsthal, Gunter Grünewald, Borken, Dietlinde Grundmann, Neuhof, Walter Gruß, Arolsen, Alfred Gschweng, Allendorf, Gunda Günther, Vellmar 3, Marita Günther, Horenberg, Inge Güntsche, Herleshausen, Wolfgang Hackenberg, Fulda, Marianne Hähner, Frielendorf, Eckhard Hahn, Korbach, Rolf Heinemann, Spangenberg, Ingrid Heinzerling, Neuhof, Ellen Henkel, Fliesen, Georg Henninghausen, Gilserberg, Ellen Hentzelt, Sandershausen, Angelika Hering, Gudensberg, Artur Hett, Cornberg, Silvia Hocke, Wölfershausen, Ursula Hörtrich-Schmidt, Bad Hersfeld, Werner Hörtrich, Bebra, Brigitte Hofacker, Neustadt, Hans-Wilhelm Hofmann, Kassel, Christel Hofschulz, Kassel, Gudrun Hopf, Heringen, Gabriele Huebener, Kassel, Frank Jäger, Niedereisenhausen, Sabine Jenckel, Herzhausen, Steffen John, Witzenhausen, Gudrun Karim, Marburg, Bruno Kaufmann, Heringen, Ursula Kilian, Niestetal-Heiligenrode, Sybille Klees, Borken, Christiane Klejch, Kassel, Monika Klinge, Allendorf, Friedrich-Wilhelm Klös, Karlshafen, Cornelia Kothe, Rhoden, Marita Krämer, Fulda, Annemarie Krause-Heiber, Melsungen, Reinhard Kremser, Hilders, Petra Krenz, Immenhausen, Brigitte Kreutter, Neustadt, Ulrike Lange, Wellerode, Heike Langhagen, Frielendorf, Udo Lauer, Kirchhain, Petra Leinweber, Petersberg, Gertrud Leipholz, Wolfhagen, Otto Löwer, Sontra, Angelika Luckhardt, Hess. Lichtenau, Manfred Mähner, Gersfeld, Klaus-Ulrich Meier, Petersberg, Peter Molis, Neukirchen, Doris Mügge, Breidenbach, Felicitas Müller-Adamowitsch, Herzhausen, Heide Müller, Schwalmstadt 2, Heinz Müller, Künzell, Inge Müller, Kassel, Imke Mundt, Naumburg, Gudrun Musial, Rhoden, Mechthild Muth, Petersberg, Gudrun Neumann, Grebenstein, Ursula Niemeier, Wildeck-Obersuhl, Wilhelm Nitsche, Kaufungen 1, Jürgen Nölker, Hohenroda-Ransbach, Mechthild Oechle, Biedenkopf, Rolf Osterhold, Korbach, Urte Pausch, Kassel, Raimund Petschner, Willingen, Werner Pfaffenbach, Homberg, Helmut Pfeffer, Fritzlar, Irmhild Pissors, Karlshafen, Kurt Preißner, Spangenberg, Doris Quaas, Arolsen, Bernd Raacke, Bad Hersfeld, Hartmut Raetzer, Künzell, Jürgen Rahde, Eiterfeld, Barbara Rathe, Fronhausen, Hans Rauch, Kassel, Gudrun Rehrmann, Neuhof, Christiane Reihl, Eschwege, Edeltraud Reinhard, Bad Hersfeld, Birgit Röse, Künzell, Gundula Rößner, Hofgeismar, Karin Roth, Sontra, Maria Rothermund, Korbach, Gerd Ruhl, Hess. Lichtenau, Heidi Rupprecht, Baunatal 1, Harald Schätzle, Kassel, Renate Schammert, Eiterfeld, Almut Schauss, Dautphetal, Naomi Schenk, Gladenbach, Ingeborg Schlegelmilch, Gudensberg, Heidi Schmidt, Melsungen, Wolf-Dieter Schmidt, Großalmerode, Heribert Schmitt, Zierenberg, Ursula Schneider, Marburg, Jennifer Scholes, Frankenberg, Heike Schüttler, Kassel, Wolfgang Schumann, Fulda, Heike Schwarz, Kassel, Karin Schwarz, Kassel, Wilfried Schween, Naumburg, Irene Schweizer, Großalmerode, Hartmut Schwieler, Allendorf, Gabriele Seipel, Hofbieber, Amrei Spalke, Gemünden, Barbara Stahl, Rotenburg (F.), Doris Stallmann, Bebra, Werner Staubach, Fulda, Monika Stenzel, Stadt Allendorf, Wolfgang Stoll, Fulda, Joachim Storck, Emstal, Birgit Traxel, Kassel, Hartmut Tschage, Lohfelden 1, Barbara Tschöpe, Homberg, Rita Virnau, Homberg, Helmut Wagner, Fulda, Birgit Walter, Kassel, Jürgen Wege, Willingen, Rainer Weissenstein, Hilders, Erwin Weitzel, Bad Hersfeld, Gerhard Wellmann, Gensungen, Kirsten Wenzel, Volkmarzen, Ingrid Wermann, Dreihausen, Peter Wessel, Reichensachsen, Waltraud Wiederhold, Borken, Wolfgang Wicke, Fulda, Ingeborg Windisch, Wenigenhasungen, Erika Witt, Reinhardshagen, Ulrike Wolff, Neustadt, Hildegard Wulff, Volkmarzen, Renate Ziegler, Baunatal 1, Rolf Ziehe, Bad Hersfeld, Angelika Zimmer, Biedenkopf, Manfred Zörkler, Kassel, Peter Fuchs, Baunatal 4 (sämtlich 1. 8. 1975), Elisabeth Kascherus, Fuldata 1 (7. 8. 1975), Sigrid Steube, Kassel (7. 8. 1975);

zu Lehrern/innen z. A. (BaP) die apl. Lehrer/innen (BaW) Hans-Fritz Heenes, Sontra, Henner Gladen, Sontra (beide 25. 7. 1975), Margret Besson-Rosenthal, Kassel (4. 8. 1975), Konrad Pfeiffer, Hofgeismar (24. 6. 1975), Ursula Quaschnig, Bebra (7. 8. 1975), Hiltrud Burchart, Werkel (28. 7. 1975), Horst Albert, Neuhof (19. 8. 1975);

zu Fachlehrern/innen für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) die apl. Fachlehrer/innen (BaW) Angelika Grote, Frankenberg (28. 7. 1975), Regina Heck, Niestetal-Heiligenrode (30. 7. 1975), Ulrich Altpeter, Hilders (31. 7. 1975), Eva-Gabriele Oertling, Kassel (6. 8. 1975), Erika Reinhard, Ludwigswald-Friedlos, Manfred Wetzler, Wanfried (beide 4. 8. 1975), Dorothea Uloth, Frankenberg (E.), Bärbel Kohlhaase, Fulda 1 (beide 11. 8. 1975), Manfred Kropp, Fulda (7. 8. 1975), Angelika Göhr, Fulda (11. 8. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Studienrat (BaP) Dieter Lorenz, Kaufungen 1 (1. 8. 1975), Realschullehrer (BaP) Lothar Eckel, Gudensberg (30. 7. 1975), Jugendleiterin im Schuldienst (BaP) Gudrun Solty, Homberg (29. 7. 1975), die Lehrer/innen (BaP) Gerd Keil, Großlüder (30. 7. 1975), Ilse Vernaleken, Eiterfeld (25. 7. 1975), Hans Rodekurth, Kaufungen 1, Dietger-Ingo Krause, Breuna (beide 31. 7. 1975), Roland Jost, Rotenburg (4. 8. 1975), Hans-Jürgen Wagner, Bad Hersfeld (7. 8. 1975), Reiner Diederich, Hess. Lichtenau-Fürstentum, Gerhard Keßler, Edertal (beide 21. 8. 1975), Harald Hertel, Marburg (18. 8. 1975), Werner Scholz, Marburg (11. 8. 1975), Helga Meyer-Heuser, Neu-Eichenberg (25. 8. 1975), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaP) Stella-Maria Rieger, Breitenbach (31. 7. 1975), Marita Runge, Spangenberg (5. 8. 1975), Fachlehrer für musisch-technische Fächer (BaP) Norbert Schmidt, Schwalmstadt 1 (21. 8. 1975);

versetzt:

von Berlin Studienrat (BaL) Olaf Thoran, Grebenstein (1. 5. 1975), die Lehrerinnen (BaL) Heike Boppel, Naumburg, Svane Amirjazil, Borken, Lehrer (BaL) Dietmar Sawitzki, nach Arolsen (sämtlich 1. 8. 1975);
von Niedersachsen Lehrerin (BaL) Elisabeth Köhler, Breuna, Lehrer (BaL) Reinhard Lindau, Großalmerode, Lehrerin (BaL) Ursula Grabbe nach SAB I Werra-Meißner (sämtlich 1. 8. 1975);
von Hamburg Lehrerin (BaL) Rita Hirsch, Liebenau (1. 8. 1975);
von Schleswig-Holstein Lehrerin (BaL) Inge Schirmmacker-Kaiser, Waldeck-Sachsenhausen (1. 8. 1975);
von Baden-Württemberg Lehrer z. A. (BaP) Peter Ebel, Sontra (1. 8. 1975);
nach Niedersachsen Lehrerin (BaL) Evelyn Adam, Hofgeismar, apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW) Doris Quadbeck, Gudensberg (beide 1. 8. 1975), Lehrerin an einer Sonderschule (BaL) Margarete Becher, Marburg (1. 6. 1975), Lehrerin (BaL) Elisabeth Stolt, Kirchhain, Lehrer z. A. (BaP) Helmut Heese, Heimbildshausen, Lehrerin (BaL) Elisabeth Mans, Hilders, Lehrer z. A. (BaP) Manfred Reinhardt, Breuna, Lehrerin z. A. (BaP) Angelika Schmidt, Neuental-Zimmersrode, Lehrerin (BaL) Ellen Mahr, Zierenberg (sämtlich 1. 8. 1975);
nach Nordrhein-Westfalen Studienrätin (BaL) Ursula Weibert, Baunatal 1, Lehrerin z. A. (BaP) Sigrid Weber, Karlshafen, Lehrerin (BaL) Gisela Schrage, Künzell-Florenberg (sämtlich 1. 8. 1975);
nach Baden-Württemberg Konrektorin (BaL) Lotte Rau, Stadt Allendorf, Lehrerin z. A. (BaP) Irmentraud Herber, Schwalmstadt 1, Lehrerin z. A. (BaP) Ursula Ebener, Kassel, Lehrerin an einer Sonderschule z. A. (BaP) Barbara Scheerer, Wetter, Lehrerin (BaL) Brigitte Moll, Hünfeld (sämtlich 1. 8. 1975);
nach Hamburg Lehrer z. A. (BaP) Burkhard Klein, Eschwege (1. 8. 1975), Lehrerin (BaL) Sonnhild Millotat, Liebenau (1. 10. 1975);
nach Bremen Lehrerin z. A. (BaP) Eva Jander, Stadt Allendorf (1. 8. 1975);
nach Schleswig-Holstein Realschullehrerin (BaL) Christa Güldner, Waldeck-Sachsenhausen (1. 8. 1975);
nach Berlin Lehrerin z. A. (BaP) Erika Mertin, Waldeck-Hörsinghausen, Lehrer z. A. (BaP) Wolf Dieter Mertin, Waldeck-Sachsenhausen (beide 1. 8. 1975);
nach Bayern Lehrerin (BaL) Heidrun Riebold, Kassel, Lehrerin (BaL) Edeltraud Melzer, Fulda (beide 1. 8. 1975);

verstorben:

Konrektor Richard Fränkel, Frankenau (15. 8. 1975);

in den Ruhestand versetzt:

Realschullehrerin Erika Pawelecki, Kirchhain, Jugendleiterin im Schuldienst Annemarie Wegener, Bad Hersfeld, die Lehrer Arwed Widulle, Kaufungen 1, Oskar Christ, Felsberg-Gensungen, Heinz Ingber, Bad Hersfeld, Lothar Huber, Flieden, Walter Wiegand, Bebra, Hans Frisch, Rotenburg a. d. F., Heinrich Reinecke, Fulda, Alfred Grüner, Ebersburg-Schmalnau, Eberhard Vater, Kassel, Horst Pellmann, Homberg, Lehrerin an einer Sonderschule Margarete Ludwig, Marburg, Taubstummenoberlehrer Wilhelm Jung, Homberg, Hauptlehrer Emil Kümmel, Hünfeld-Michelsrombach, Oberstudienrätin Else Bönning, Karlshafen, Lehrerin Gerta Picha, Wanfried, Lehrerin Hilda Hennig, Eiterfeld, Direktor einer Schule für Gehörlose Dr. Ernst-August Kehl, Homberg, Realschullehrerin Ottilie Stiebing, Gladenbach, Lehrerin Edith Kunze, Knüllwald-Remsfeld, Konrektor Gottfried Helbig, Kassel, die Lehrerinnen Gerda Metzler, Meinhard, Loni Schössow, Bad Wildungen, Ilse Wagner, Fulda-Maberszell, Ruth Winterberger, Kassel, Margarete Weindt, Arolsen, Clara Hackmann, Willingen, Gudrun Muth, Rosenthal, Eleonore Färber, Fulda, Margarete Bomke, Kassel, Ruth Pankow, Eiterfeld, Rektor Eckhard Schmidt, Lichtenfels-Goddsheim, Konrektorin Anneliese Döring, Gudensberg (sämtlich 1. 8. 1975), Lehrerin Gertraut Labrentz, Spangenberg (1. 9. 1975), Lehrerin Stephanie Sleha, Eschwege (9. 8. 1975);

entlassen:

apl. Lehrerin Karin Blessmann-Seemann, Kassel, Studienrätin z. A. Claudia Ebersoll, Marburg (beide 1. 8. 1975), Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Brigitte Zinke, Borken (1. 9. 1975), Realschullehrer Otger Schulte, Biedenkopf, apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Ulrike Hoffmeyer, Kassel, Lehramtsreferendarin Monika Müller, Sontra, Lehrerin z. A. Ingrid Weisenborn, Korbach, Lehrerin z. A. Ursula Gutschmidt, Stadt Allendorf, die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer z. A. Regina Heck, Niestetal, Angelika Grote, Frankenberg (E.), die Lehrerinnen z. A. Antoniette Suermann, Niestetal-Heiligenrode, Renate Singer, Marburg-Cyriaxweimar, die Lehrerinnen Karin Balk, Bad Hersfeld (sämtlich 1. 8. 1975), Gerburg Schünemann, Fulda 1 (1. 9. 1975), apl. Lehrerin Edith Przyklink, Emstal (1. 8. 1975), die Lehrer z. A. Georg Bernhardt, Fulda-Bück-Bergshausen (18. 7. 1975), Gerd Dahmen, Baunatal 4 (21. 7. 1975), die Lehrerinnen Renate Diedrichsen, Kassel (1. 8. 1975), Eva Friederich, Volkmarren (1. 9. 1975), die Lehrerin z. A. Ilse Ludwig, Dautphetal-Buchenau (1. 9. 1975), der Lehrer Karl-Heinz Busch, Oberweser-Gewissenruh (12. 6. 1975), die Lehramtsreferendare/innen Erika Amthauer, Borken, Elke Barlozek, Korbach, Monika Butterweck, Korbach, Eva Cohrs, Frankenberg, Klaus Dittmar, Kassel, Karla Doernfeld, Eiterfeld, Martin Dux, Petersberg-Steinau, Vita Finke, Fulda, Theodor Fleckenstein, Wehretal-Reichensachsen, Lothar Friedrich, Hoof, Marianne Gäck, Kaufungen 1, Renate Gautier, Cappel, Alois Geher, Spangenberg, Gonhild Gerecht, Neustadt, Regina Gutjahr, Sontra, Brigitte Hartmann, Herzhausen, Karin Hesse, Kassel, Inge Holzwarth, Wanfried, Ursula Koch, Kassel, Michael Körke, Kassel, Gisela Kronenberg, Herzhausen, Gerhard Landefeld, Herleshausen, Sieglinde Laukel, Stadt Allendorf, Dagmar Lerche, Großalmerode, Waltraud Neumann, Marburg, Jutta Oehling, Immenhausen, Hans-Jürgen Prenzer, Battenberg, Helmut Schiffhauer, Hosenfeld, Diethelm Schilling, Sontra, Marlene Schliht, Bebra, Iris Schmidt-Kowarzik, Lohfelden 2, Hedwig Schmitt, Emstal, Gerhard Schöppner, Flieden, Franz-Josef Schudoll, Eckweibach, Christa Schulz, Homberg, Gertrud Siekmann, Karlshafen, Antonia Stute, Diemelstadt-Rhoden, Peter Süßkand, Kassel, Reinhard Theis, Bad Hersfeld, Ursula Thiel, Kassel, Gerlinde Tschiedel, Künzell, Hartmut Zuschke, Fulda, Doris Schott, Ebsdorfergrund, Ingrid Lutze, Witzenhausen, Vera Meyer, Marburg, Ursula Rüger, Korbach, Karl Friedrich Vogt, Fritzlar, Gertraude Altrichter, Künzell, Hanna Armbrust, Gudensberg, Ingeborg Atzert, Neuhof, Werner Badouin, Neustadt, Christiane Weber, Edertal-Bergheim, Hans-Jörg Benedik, Gudensberg, Eva Bergener, Petersberg, Regina Besser, Kassel, Heike Gisela Bollhorst, Oberaula, Ursula Boltz, Frankenberg (E.), Klaus Bornmann, Melsungen, Helgard Brand, Grebenstein, Ursula Breitwieser, Kassel, Heike Burghard, Reinhardshagen, Helmut Busch, Bad Hersfeld, Ernst Dieterich, Vellmar 3, Margit Dietrich, Petersberg, Arno Dippel, Guxhagen, Charlotte Dreschert, Tann, Elfi Eckart-Imhof, Marburg, Jutta Ellermann, Kassel, Klaus

Engele, Dreihäuser, Thomas Euler, Fulda, Heike Feldbusch, Neuental-Zimmersode, Walter Finke, Eichenzell, Eilma Flume, Kassel, Doris Föhr, Stadt Allendorf, Walter Frank, Frielendorf, Karl-Erwin Franz, Neukirchen, Helga Friederix, Zierenberg, Ulrich Fröhberg, Karlshafen, Ingeborg Frohnappel, Großlüder, Editha Fuchs, Fulda, Harald Gärtner, Neuhaus, Paul Gerhard, Kaufungen 1, Christa Gerhardt, Kaufungen 1, Ilona Ghodstinat, Marburg, Helga Gleim, Baunatal 4, Edda Grahlmann, Witzenhausen, Karl Helmut Groß, Neuental-Zimmersode, Sieglinde Gundlach, Bad Wildungen, Marianne Guth, Melsungen, Georg Habicht, Gersfeld, Jürgen Hammer, Gertenbach, Karl Heinemann, Kassel, Karen Hertel, Bad Hersfeld, Heiner Hof-sommer, Niederaula, Birgit Hott, Hilders, Edgar Ingrisch, Großalmerode, Manfred Isenberg, Cölbe, Winfried Jenne-mann, Ebsdorfergrund, Dorothea Kepura, Wetter-Amöna, Horst Kilian, Melsungen, Monika Kissmann, Grebendorf, Hans-Jürgen Kist, Fulda 1, Birgitt Kittner, Kassel, Man-fred Kittner, Kassel, Charlotte Klüber, Fulda, Hannelore Koch, Melsungen, Jürgen König, Hofbieber, Barbara Kö-nings, Wehretal-Halsdorf, Heidemarie Kostecki, Franke-nau, Dorothea Kremer, Fulda, Marion Kretschmer, Esche-wege, Renate Krischak, Melsungen, Brigitte Krügel, Neu-Eichenberg, Monika Küllmer, Heringen, Hans-Jürgen Kün-zel, Bad Hersfeld, Marianne Künzel, Schenkklengsfeld, Inge-borg Landgraf, Hümme, Jutta Lorenz, Fritzlar, Ulrike Lüneberg, Baunatal 1, Dieter Neumann, Weyhers, Hans-

Joachim Oetzel, Herleshausen, Angelika Osterkamp, Neu-stadt, Monika Peter, Kassel, Bernd Pfeiffer, Homberg, Hans-Dieter Raschendorfer, Großlüder, Gudrun Raso-kat, Hofbieber, Helmuth Reim, Kassel, Eva-Maria Reuter, Neukirchen, Eleonore Reuther, Eiterfeld, Elfriede Rode-Bourier, Rotenburg (F.), Wilhelm Rottmann, Kassel, Eva Rühlmann, Baunatal 1, Ingeborg Sandmann, Marburg, Jutta Sauer, Herzhausen, Sigrid Sauerwein, Knüllwald-Remsfeld, Hartmut Schaumburg, Korbach, Petra Schmer-bach, Eiterfeld, Verena Schmidt, Kassel, Rosemarie Schnei-der, Schwalmstadt 1, Barbara Scholl, Stadt Allendorf, Wer-ner Schulte, Wahlsburg, Ursula Schulze, Neustadt, Jörg Staloch, Riebeltsdorf, Reinhard Stöbener, Kassel, Ute Süß-kand, Kassel, Ilona Thielemann, Niestetal-Heiligenrode, Gisa Thompson, Kassel, Hermann Weber, Hilders, Jutta Weigel, Arolsen, Doris Welle-Kromer, Wüstensachsen, Pe-ter Werner, Arolsen, Birgit Wetter-Schiebe, Frankenberg (Eder), Rudolf Wickenhöfer, Battenberg, Iris Wiegand, Gensungen, Rita Wienand, Hümme, Renate Winheller, Grebenstein, Gerhard Wirth, Homberg, Jürgen Wohlfart, Adorf, Gabriele Wolter, Petersberg (sämtlich 30. 6. 1975), alle gemäß § 43 Abs. 2 (2) HBG.

Kassel, 12. 9. 1975

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 39/1975 S. 1817

1339 DARMSTADT**Regierungspräsidenten**

Aufhebung der Anordnung zum Schutze der Trinkwasser-gewinnungsanlage der Gemeinde Grüningen, Landkreis Gießen, jetzt Stadt Pohlheim, Stadtteil Grüningen, Landkreis Gießen

Die „Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungs-anlage der Gemeinde Grüningen, Landkreis Gießen“, jetzt Stadt Pohlheim, Stadtteil Grüningen, Landkreis Gießen, vom 27. 8. 1969 (StAnz. S. 1663) wird hiermit auf Antrag des Magi-strats der Stadt Pohlheim, Landkreis Gießen, aufgehoben. Die Anlage wird nicht mehr für die öffentliche Wasserversor-gung genutzt und nur noch für die Notwasserversorgung aufrechterhalten.

Darmstadt, 10. 9. 1975. **Der Regierungspräsident**
V/14 — 79 e 04/01 (1755) — G
gez. Bach

StAnz. 39/1975 S. 1820

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hfermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Ein-wendungen mit Begründung binnen einer Frist von zwei Monaten nach erfolgter Veröffentlichung bei der unterzeich-neten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen aus-geschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Die Frist beginnt mit dem Tage der Veröffent-lichung dieser Bekanntmachung am 29. 9. 1975 und endet am 1. 12. 1975.

Darmstadt, 5. 9. 1975 **Der Regierungspräsident**

IV 5 — 53 e 201 — P — M. H. (7)

StAnz. 39/1975 S. 1820

1341

Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffent-lichen Anstandes für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Bezug: Rechtsverordnung des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 27. 8. 1975 (StAnz. S. 1733)

In Absatz 1 in der 2. Zeile der o. a. Rechtsverordnung muß es statt (BGBl. I S. 569) richtig (BGBl. I S. 469) heißen

Die Redaktion
StAnz. 39/1975 S. 1820

1342

Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffent-lichen Anstandes für die Stadt Rüsselsheim

Bezug: Rechtsverordnung des Regierungspräsidenten in Darmstadt vom 27. 8. 1975 (StAnz. S. 1733)

In Absatz 1 in der 2. Zeile der o. a. Rechtsverordnung muß es statt 2. 6. 1974 richtig 2. 3. 1974 heißen.

Die Redaktion
StAnz. 39/1975 S. 1820

1343**KASSEL**

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage „Tiefbrunnen Schützenwald“ der Stadt Schwalmstadt, Schwalm-Eder-Kreis

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Schwalmstadt wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unter-lagen (Anlagen 1—15) für deren Trinkwassergewinnungs-anlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasser-haushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgende-verordnet:

1340

Vorhaben der Firma Passavant-Werke Michelbacher Hütte, Aarbergen

Die Firma Passavant-Werke Michelbacher Hütte, 6209 Aar-bergen 7, hat Antrag auf Erteilung einer gewerberechlichen Genehmigung zur Erweiterung und zum Betrieb einer Sand-entladeanlage auf ihrem Grundstück in 6209 Aarbergen-Ket-tenbach, Scheidertalstraße, Flur 1, Flurstück 43/2, Grundbuch Gemarkung Kettenbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immis-sionsschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständig-keiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 22. 4. 1975 (GVBl. I S. 65), der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die Pläne und sonstigen Unterlagen liegen während der unten genannten Zeit bei dem Regierungspräsidenten in 61 Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen und können während der normalen Dienststunden eingesehen werden. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht er-hobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstel-lers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 15. Dezember 1975, 9.30 Uhr, be-stimmt. Er findet im Sitzungssaal des Rathauses, 6209 Aar-bergen-Kettenbach, Rathausstraße 1, statt.

Ich weise darauf hin, daß gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 4 BImSchG die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.



§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 2 Zonen unterteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone III B (weitere Schutzzone).

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topograph. Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 1500), in denen die Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone III B (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 50 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt die Grundstücke Gemarkung Ziegenhain, Flur 16. Flurstücke 5 teilweise und 3/10 teilweise.

(2) Die weitere Schutzzone (Zone III B) umfaßt Teile der Gemarkungen Linsingen, Leimfeld, Schönborn, Obergrenzebach, Niedergrenzebach, Trutzhain, Steina, Ziegenhain, Ascherode, Treysa, Allendorf a. d. Landsburg und Rörshain.

§ 3 Verbote

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Weitere Schutzzone (Zone III B)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten. Verboten sind insbesondere:

1. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
2. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;

3. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
4. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
5. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die aus einem in der Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 31. 5. 1974 (BGBl. I S. 1204) aufgeführten Stoff bestehen oder einen solchen Stoff enthalten.

(3) Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungsbereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsbereichs, insbesondere Beweidung; eine Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Schwalmstadt und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
2. Beobachtungsstellen einrichten;
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
4. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
5. schädliche Ablagerungen beseitigen;
6. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsbereich versehen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Schwalm-Eder-Kreises — untere Wasserbehörde — in Homberg, z. Z. in Fritzlar;
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
4. beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11;

5. beim Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises — Kreisbauamt — in Homberg, z. Z. in Fritzlar;
6. bei der Stadtverwaltung der Stadt Schwalmstadt in Schwalmstadt;
7. bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 4—5;
8. beim Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises — Kreisgesundheitsamt — in Homberg, z. Z. in Fritzlar;
9. beim Katasteramt in Schwalmstadt.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 12. 8. 1975

Der Regierungspräsident
III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 387)
In Vertretung:
gez. Schottli, V.

St.Anz. 39/1975 S. 1820

1344

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Städtische Werke AG Kassel in der Gemarkung Simmershausen der Gemeinde Fuldaatal, Kreis Kassel

Auf Antrag und zugunsten der Städtische Werke AG Kassel wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—18) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 4 Zonen unterteilt, und zwar in

- | | |
|-------------------|---|
| Zone I | (Fassungsbereich), |
| Zone II | (engere Schutzzone), |
| Zone III A | (weitere Schutzzone, innerer Bereich), |
| Zone III B | (weitere Schutzzone, äußerer Bereich). |

(2) die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topograph. Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 2000), in denen die Zonen wie folgt dargestellt sind:

- | | | |
|------------|---------------------------------------|---------------------|
| Zone I | (Fassungsbereich) | = rote Umrandung, |
| Zone II | (engere Schutzzone) | = blaue Umrandung, |
| Zone III A | (weitere Schutzzone, innerer Bereich) | = gelbe Umrandung, |
| Zone III B | (weitere Schutzzone, äußerer Bereich) | = orange Umrandung. |

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 50 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Die Fassungsgebiete (Zone I) umfassen

- a) Brunnen 1
das Grundstück Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstück 90/1 teilw.,
- b) Brunnen 2
das Grundstück Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstück 68/4,
- c) Brunnen 3
das Grundstück Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstück 120/2,
- d) Brunnen 4
das Grundstück Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstück 284/114 teilw.,
- e) Brunnen 5
das Grundstück Gemarkung Simmershausen, Flur 18, Flurstück 50/1.

(2) Die engere Schutzzone (Zone II) umfaßt

- a) Brunnen 1
die Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstücke 71/1 teilw., 188 teilw., 189, 393/90, 90/1 teilw., 198, 199, 200 teilw. und 93/1 teilw.

- b) Brunnen 2
die Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstücke 330/123, 331/123, 124/1, 334/124, 68/3, 349/68, 68, 68/2, 68/1, 69/3, 69/5, 71/1 teilw., 188, 200 teilw., 96 teilw., 95/1, 234/94, 93/1 teilw.,
- c) Brunnen 3
die Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstücke 391/116 teilw., 267/117, 268/117, 117/1, 120/3, 121/1, 188, 96 teilw., 97, 190, 106/2 teilw.,
- d) Brunnen 4
die Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstücke 113/1, 284/114, 285/114, 286/114, 115/1, 289/115, 290/115, 390/116, 391/116 teilw., 190 teilw., 201, 111 teilw., 109/1 teilw., Flur 18, Flurstücke 88/1 teilw., 174/55 teilw., 89 teilw., 175/55 teilw.,
- e) Brunnen 5
die Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 18, Flurstücke 40/1 teilw., 126/40 teilw., 39 teilw., 38 teilw., 89 teilw., 54 teilw., 149/90 teilw., 50/2 teilw.
- (3) Die weitere Schutzzone (Zone III A und III B) umfaßt Teile der Gemarkungen Ihringshausen, Simmershausen, Rothwesten, Hohenkirchen, Holzhausen und Immenhausen.

§ 3 Verbote

- (1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.
- (2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III A und B) gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote für die engere Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

(3) Weitere Schutzzone (Zone III A und III B)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. die Anlage von Abwasserregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
3. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
4. das Abfüllen von Öl und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
5. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
5. b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden.
Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;
8. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
9. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
10. die Anlage neuer Friedhöfe;
11. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
12. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
13. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
14. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
15. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die aus einem in der Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 31. 5. 1974 (BGBl. I S. 1204) aufgeführten Stoff bestehen oder einen solchen Stoff enthalten.

Ferner gelten für die in der Zone III A liegenden Grundstücke Gemarkung Simmershausen, Flur 17, Flurstücke 76/2, 76/3, 75/3, 352/74, 73/11, 73/12, 73/13, 73/14, 73/15, 73/8, 73/4, 73/5, 73/6, 73/7, 72/18, 72/19, 72/20, 72/13, 72/8, 72/9, 72/10, 72/11, 72/12, 187, 86, 401/88, 197 zusätzlich die in Abs. 4 für die Engere Schutzzone aufgeführten Verbote mit Ausnahme der Verbote der „Errichtung von Neubauten“, der „Veränderung von Bauwerken“ und der „Oberirdischen Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten“.

(4) Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasser Oberfläche;
2. die Errichtung von Neubauten;
3. die Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist;
4. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt;
5. das Lagern und Ablagern von Schutt und Abfallstoffen;
6. das Vergraben von Tierleichen;
7. die Anlage von Gärfuttermieten;
8. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
9. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
10. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
11. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
12. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus wasserdichten, bruchfesten und korrosionsbeständigen Rohrleitungen bestehen;
13. die animalische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht;
14. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
15. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
16. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt wor-



WASSERSCHUTZGEBIET

für die Trinkwassergewinnungsanlage Simmershausen
der Stadt, Werke A.G. Kassel in der Gemeinde Fuldaatal,
Gemarkung: Simmershausen, Landkreis Kassel

Top. Übersichtskarte

Zeichen-
erklärung:

- Tiefbrunnen
- Engere Schutzzone (Zone II)
- Weitere Schutzzone (Zone III A u. III B)



Aufgestellt:

Kassel, den 11. 8. 1975

WASSERWIRTSCHAFTSAMT KASSEL

Im Auftrag:

den ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;

17. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

(5) Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungsbereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsbereichs, insbesondere Beweidung; eine Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Städtischen Werke AG Kassel und der zuständigen staatlichen Behörden

1. den Fassungsbereich einzäunen und — soweit dieser nicht mit Wald bestanden ist — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
2. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
6. schädliche Ablagerungen beseitigen;
7. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsbereich und der engeren Schutzzone versehen;
8. an den im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Unfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
9. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 7

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Landkreises Kassel — untere Wasserbehörde — in Kassel;

3. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
4. beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11;
5. beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel — Kreisbauamt — in Kassel;
6. bei der Städtischen Werke AG Kassel in Kassel, Königstor 3—11;
7. bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 4—5;
8. beim Katasteramt in Kassel.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 20. 8. 1975

Der Regierungspräsident

III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 283)

In Vertretung

gez. Schottli V.

StAnz. 39/1975 S. 1822

1345

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Kaufungen, Kreis Kassel

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Kaufungen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—11) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff.) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. I S. 69 ff.) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topograph. Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und Katasterpläne i. M. 1 : 2000), in denen die Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

- (1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt das Grundstück Gemarkung Niederkaufungen, Flur 12, Flurstück 12 teilw.
- (2) Die engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke Gemarkung Niederkaufungen, Flur 12, Flurstücke 10, 11, 12 teilw., 14 teilw., 59 teilw., 60 teilw., 61 teilw., 62, 63, 64, 66 teilw.
- (3) Die weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Oberkaufungen, Niederkaufungen, Vollmarshausen und Wellerode.

§ 3 Verbote

- (1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.
- (2) Alle Verbote für die weitere Schutzzone (Zone III) gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote für die engere Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

(3) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. die Anlage von Abwasserregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;



2. die Errichtung von Kläranlagen (mit Ausnahme genehmigter Hauskläranlagen);
3. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
4. das Abfüllen von Öl und Treibstoff ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund;
5. a) das unterirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine Leckanzeigergeräte (Kontrollgeräte), die die Undichtheiten selbsttätig optisch und akustisch anzeigen, keine Auffangräume, die dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 40 m³ Inhalt fassenden Behältern nicht gelagert werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
5. b) das oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.) in Behältern von mehr als 100 m³ Inhalt. Sofern keine Auffangräume, die mindestens dem Rauminhalt der in ihnen lagernden Behälter entsprechen, vorhanden sind oder vorhandene Auffangräume Abläufe besitzen, dürfen die wassergefährdenden Flüssigkeiten auch in diesen bis zu 100 m³ fassenden Behältern nicht gelagert werden.
Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich; sie müssen jedoch mit einem Leckanzeiger ausgestattet sein, der Undichtheiten selbsttätig — mindestens optisch — anzeigt;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation oder von Wohnbauten ohne wasserdichte, bruchfeste und korrosionsbeständige Gruben;
8. die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von radioaktivem Material und zur Gewinnung von Kernenergie;
9. die Errichtung und der Betrieb von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen;
10. die Anlage neuer Friedhöfe;
11. die Abwasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
12. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
13. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
14. die Errichtung und der Betrieb abwassergefährlicher Betriebe, wenn nicht sichergestellt ist, daß deren Abwasser vollständig aus dem Wasserschutzgebiet herausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird;
15. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die aus einem in der Verordnung zur Neufassung der Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel vom 31. 5. 1974 (BGBl. I S. 1204) aufgeführten Stoffe bestehen oder einen solchen Stoff enthalten.

(4) Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigungen, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgehen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. die Errichtung von Neubauten;
3. die Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist;
4. der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einnuldungen und offenen Wasseransammlungen führt;

5. das Lagern und Ablagern von Schutt und Abfallstoffen;
6. das Vergraben von Tierleichen;
7. die Anlage von Gärfuttermieten;
8. das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen;
9. das Zelten — auch Benutzen von Wohnwagen —, das Lagern und Baden;
10. das unterirdische und oberirdische Lagern von wassergefährdenden Flüssigkeiten im Sinne des § 2 der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155 ff.);
11. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
12. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus wasserdichten, bruchfesten und korrosionsbeständigen Rohrleitungen bestehen;
13. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
14. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln sowie aufwuchshemmender Stoffe;
15. das Lagern von Kunstdünger, Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und aufwuchshemmender Stoffe;
16. die Neuanlage von befestigten, für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sichergestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengraben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird;
17. die Verwendung phenolhaltiger Bindemittel bei Wege- und Straßenbauarbeiten.

(5) Fassungsgebiet (Zone I)

Der Fassungsgebiet soll den Schutz der Fassungsanlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

1. das Betreten des Fassungsgebietes durch Unbefugte;
2. jegliche Verletzung der Mutterbodenschicht und der Deckschichten;
3. die Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und Wasserversorgung dienen;
4. jegliche Nutzung des Fassungsgebietes, insbesondere Beweidung; eine Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten und Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren diese nicht befahren;
5. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
6. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs;
7. das Lagern, Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Kaufungen und der zuständigen staatlichen Behörden

1. den Fassungsgebiet einzäunen und — soweit dieser nicht mit Wald bestanden ist — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
2. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
6. schädliche Ablagerungen beseitigen;
7. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen;

8. an den im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
9. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die unter Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Landkreises Kassel — untere Wasserbehörde — in Kassel;
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
4. beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9—11;

5. beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel — Kreisbauamt — in Kassel;
6. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Kaufungen in Kaufungen;
7. bei der Hess. Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Kranzplatz 4—5;
8. beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel — Kreisgesundheitsamt — in Kassel;
9. beim Katasteramt in Kassel.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 22. 8. 1975

Der Regierungspräsident

III/5 — 79 b 06/15 (Nr. 314)

In Vertretung

gez. Schott i. V.

StAnz. 39/1975 S. 1825

1346**Verlust eines Polizei-Dienstausweises**

Der am 9. 1. 1974 von dem Regierungspräsidenten in Kassel — Einsatzleitung der Schutzpolizei — für Polizeihauptmeister Horst Büchner ausgestellte Polizei-Dienstausweis — Nr. 04-1367 — ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Kassel, 26. 8. 1975

Der Regierungspräsident

I/3 S-7 d 14 B

StAnz. 39/1975 S. 1828

Buchbesprechungen

Landesplanung und Raumordnung, Sammlung der Rechtsvorschriften von Bund, Ländern und Gemeinden als Träger der Planungshoheit. Herausgegeben von Prof. Dr. Wolfgang Ulrich und dem Landesplaner der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen, Dipl.-Ing. Heinz Lan ger, Loseblatt-Ausgabe, 112. bis einschließlich 134. Ergänzungslieferung, z. Z. ca. 8500 S. in 8 Kunstleder-Sammelordnern. Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied.

Das Werk ist in StAnz. 1971 S. 705, 1972 S. 1119 und 1974 S. 87 besprochen worden. Die 112.—134. Ergänzungslieferungen sind hinzugekommen. Der Bundesbereich (Gruppe 1) ist mit ca. 500 Seiten vertreten. Aufmerksam zu machen ist hier auf die Richtlinien für die Ermittlung des Verkehrswertes von Grundstücken (114./115. ErgLfg. Seiten 6020 a 1 ff.), Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. 3. 1971 (120./121. ErgLfg. S. 836 i ff.), Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge vom 15. 3. 1974 (122. ErgLfg. S. 3501 ff.), Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für die Jahre 1974 bis 1977 (124. ErgLfg. S. 2738 a ff.), Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen des Bundesprogramms 1974 bis 1977 nach StBauFG (124. ErgLfg. S. 7073 ff.), Beschlüsse des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (127./128. ErgLfg. Seiten 2738 o ff.), Bundesfernstraßengesetz i. d. F. vom 1. 10. 1974 (129./130. ErgLfg. S. 803 ff.), Raumordnungsbericht 1974 — Teil — (133./134. ErgLfg. S. 140 z 501 ff.), Städtebaubericht 1975 — Teil — (133./134. ErgLfg. S. 150 a 201 ff.).

Aus dem Landesbereich Hessen (Gruppe 7) sind u. a. besonders zu nennen:

Richtlinien für die Erstellung eines Raumordnungsberichtes, eines Raumordnungsgutachtens und eines regionalen Raumordnungsplanes (118./119., 125./126., 131./132. ErgLfg. S. 300 b 1 ff.), Richtlinien für die Förderung der agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 27. 3. 1973 (118./119. ErgLfg. S. 2601 ff.), Zusammenarbeit zwischen Baugenehmigungsbehörde, Gemeinde und höherer Verwaltungsbehörde nach den Vorschriften des BBauG vom 22. 8. 1973 (118./119. ErgLfg. S. 7081 ff.), Hinweise für die städtebauliche Planung von Parkbauten für Kernbereiche vom 9. 1. 1974 (118./119. ErgLfg. S. 7083 ff.), Fachplanung im hessischen Planungssystem vom 23. 1. 1974 (120./121. ErgLfg. S. 300 c), Träger öffentlicher Belange, die im städtebaulichen Verfahren nach dem BBauG und dem StBauFG zu beteiligen sind, vom 21. 6. 1974 (125./126. ErgLfg. Seiten 110 a 1 ff.), Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler vom 23. 9. 1974 (131./132. ErgLfg. S. 2551 ff.).

Aus den anderen Bundesländern ist von Interesse:

Baden-Württemberg:

Zielplanung für die Gemeindereform (116./117. ErgLfg. S. 80 k f.), Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung (116./117. ErgLfg. Seiten 220 o f.), Nachbarschaftsverbandsgesetz vom 9. 7. 1974 (127./128. ErgLfg. S. 2517 a ff.), Gesetz über kommunale Zusammenarbeit i. d. F. vom 16. 9. 1974 (131./132. ErgLfg. S. 2401 f.), Aufgaben der Landratsämter als untere Landesplanungsbehörden vom 14. 10. 1974 (133./134. ErgLfg. S. 41 f.).

Bayern:

Abfallgesetz vom 20. 6. 1973 (116./117. ErgLfg. S. 2101 ff.), Verordnung über die Zusammensetzung der regionalen Planungsbeiräte vom 20. 2. 1974 (120./121. ErgLfg. S. 7 i ff.), Kommunale Entwicklungsprogramme, Grundsätze und staatliche Förderung vom 24. 8. 1974 (127./128. ErgLfg. S. 2439 a 1 ff.), Richtzahlen in den Regionalplänen, organische Entwicklung der Gemeinden vom 12. 3. 1975 (133./134. ErgLfg. S. 52 e ff.), Bayerisches Wassergesetz i. d. F. vom 7. 3. 1975 (133./134. ErgLfg. S. 1533 ff.).

Niedersachsen:

Gesetz über Errichtung des Großraumverbandes Braunschweig vom 16. 10. 1973 (114./115. ErgLfg. S. 2551 a 1 ff.), Niedersächsisches Enteignungsgesetz vom 12. 11. 1973 (114./115. ErgLfg. S. 4501 ff.), Niedersächsisches Raumordnungsgesetz vom 24. 1. 1974 (118./119. ErgLfg. S. 1 ff.), Gesetz zur Ordnung des Großraumes Hannover vom 11. 3. 1974 (118./119. ErgLfg. S. 2511 ff.).

Nordrhein-Westfalen:

Dritte DVO zum Landesplanungsgesetz vom 20. 2. 1973 (118./119. ErgLfg. S. 20 b 1 ff.), Abfallgesetz vom 18. 12. 1973 (120./131. ErgLfg. S. 2151 ff.), Landesplanungsbereich (125.—128. ErgLfg. S. 20) z 501 ff.).

Rheinland-Pfalz:

Zuständigkeit nach § 18 Abs. 2 Landesplanungsgesetz vom 18. 4. 1974 — Raumordnungsverfahren — (124. ErgLfg. S. 22), Landesplanungsgesetz i. d. F. vom 20. 5. 1974 (125./126. ErgLfg. S. 1 ff.), Anordnung zu § 15 Abs. 2 LPiG vom 30. 9. 1974 — Ausarbeitung von Regionalplänen durch die Bezirksregierungen (129./130. ErgLfg. S. 22 a ff.), Übertragung von Aufgaben der Bezirksregierungen auf die Kreisverwaltungen im Bereich des LPiG vom 25. 6. 1974 (129./130. ErgLfg. S. 42 c).

Schleswig-Holstein:

Landchaftspflegegesetz vom 16. 4. 1973 (112./113. ErgLfg. S. 2027 ff.), Richtlinien zum kommunalen Investitionsfonds vom 12. 8. 1970 (112./113. ErgLfg. S. 4045 ff.), Gesetz über Grundsätze zur Entwicklung des Landes i. d. F. vom 11. 12. 1973 (118./119. ErgLfg. S. 5 i ff.), Aufstellung von Landschaftsplänen vom 5. 12. 1973 (122. ErgLfg. S. 2050 y ff., 125./126. ErgLfg. S. 2050 z 1 ff.).

Im hessischen Teil (Gruppe 7) sollte alsbald das Gesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes vom 28. 1. 1975 (GVBl. I S. 19) — Änderung des § 8 Abs. 1 — berücksichtigt werden. Wegen des Bezuges zur Flächennutzungsplanung und weiterer möglicher Entwicklungen wäre es zweckmäßig, auch das Gesetz über den Umlandverband Frankfurt vom 11. 1. 1974 (GVBl. I S. 427) in die Sammlung aufzunehmen. Der Erlaß des Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — über Ziele der Raumordnung und Landesplanung betr. Einkaufszentren, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und ähnliche Einrichtungen vom 1. 10. 1974 (StAnz. S. 1922) fehlt. Der Wunsch auf Abdruck aller Verbandsatzungen der regionalen Planungsgemeinschaften (StAnz. 1974 S. 87) wird erneut geäußert. Die empfehlenden Hinweise in den bisherigen Besprechungen (s. o.) werden wiederholt.

Ministerialrat Dr. Schirmacher

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1975

MONTAG, 29. SEPTEMBER 1975

Nr. 39

Gerichtsangelegenheiten

3892

Zulassung als Rentenberaterin

E 371/2: Frau Jutta Ferrari in Staufenberg-Landwehrhagen habe ich als Rentenberaterin unter Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten) zugelassen.

Die Erteilung der Erlaubnis ist mit der Auflage verbunden worden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Kassel.

3500 Kassel, 15. 9. 1975

Der Präsident des Amtsgerichts

Aufgebote

3893

C 169/75 — Aufgebot: Der Angestellte Karl Kaufmann, Nidda, Leichthammerstraße 10, Prozeßbevollmächtigter: RA Herzfeld, Wächtersbach, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Gläubigers der auf dem Grundstück Gemarkung Waldensberg Flur 2, Flurstück 90 in Abt. III Nr. 9 des Grundbuchs von Waldensberg, Blatt 156, für die Christiane Parendier geb. Mössinger in Waldensberg eingetragene Restkaufgeldhypothek von 2490,— DM verzinslich mit 5% jährlich, gemäß § 1170 BGB beantragt.

Der Gläubiger wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 10. Dezember 1975, 9.15 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anmelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

6460 Gelnhausen, 9. 9. 1975

Amtsgericht

Güterrechtsregister

3894

GR 523 — 18. 9. 1975: Industriemeister Gerhard Josef Hillenbrand und Marlies, geb. Kirsch, wohnhaft in 6416 Poppenhausen 1, Georgstraße 37.

Durch notariellen Vertrag vom 11. 7. 1975 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6412 Gersfeld, 18. 9. 1975

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Gersfeld

3895

GR 524 — 18. 9. 1975: Schreiner Johann Reith und Paula, geb. Reith, wohnhaft in 6411 Ebersburg 1, OT Schmalnau, Lindenhart 1.

Durch notariellen Vertrag vom 29. 7. 1975 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6412 Gersfeld, 18. 9. 1975

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Gersfeld

3896

GR 522 — 18. 9. 1975: Schneider Alois Heller und Frau Christel, geb. Hillenbrand, wohnhaft in 6416 Poppenhausen 1, Georgstraße 37a.

Durch notariellen Vertrag vom 7. 7. 1975 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

6412 Gersfeld, 18. 9. 1975

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Gersfeld

3897

1 GR 349 — Neueintragung: Die Eheleute Justizamtmann Heinz Schmidtkunz und Ursula Schmidtkunz, geb. Ueberhorst, 354 Korbach, haben durch Vertrag vom 10. September 1975 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 11. 9. 1975

Amtsgericht

3898

GR 179: Hans Dieter Rateike und Ursula Rateike, geb. Bopp, 3579 Gilsberg.

Durch notariellen Vertrag vom 24. 8. 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

3578 Schwalmstadt, 17. 9. 1975

Amtsgericht

3899

GR 178: Eheleute Schwimmeister Helmut Freier und Ursula, geb. Meier, Kauffrau, 3579 Neukirchen, Luckhahnstraße 11.

Durch notariellen Vertrag vom 22. April 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

3578 Schwalmstadt, 21. 8. 1975

Amtsgericht

3900

GR 3570 — 2. 9. 1975: Egenolf, Heinrich, und Rita, geb. Klug, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 12. Juni 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3571 — 15. 9. 1975: Offermanns, Hans-Joachim, und Annegret, geb. Hirschhäuser, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 9. Juli 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3572 — 15. 9. 1975: George, Peter, Elektromeister, und Elke, geb. Breitung, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 13. Juni 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

6200 Wiesbaden, 16. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 22

Nachlasssachen

3901

52 VI 691/75 — Beschluß: Die Nachlassverwaltung des Nachlasses des am 14. April 1975 in Hanau verstorbenen, zuletzt in Frankfurt am Main wohnhaft gewesenen Heinrich Johannes Vogeler wird angeordnet.

Zum Nachlassverwalter wird Herr Rechtsanwalt und Notar Wolfgang Probst, Frankfurt am Main, Steffenstraße 31, bestimmt.

6000 Frankfurt (Main), 15. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 52

Vereinsregister

3902

6 VR 214 — Veränderung — 17. 9. 1975: Kleingärtnerverein Werdchen Eschwege, Eschwege. Der Name des Vereins ist geändert in „Kleingärtnerverein Werdchen im Landesverband Hessen der Kleingärtner e. V.“.

3440 Eschwege, 17. 9. 1975

Amtsgericht

3903

41 VR 538 — Löschung — 12. 9. 1975: Erster Judo-Club 70 Erlensee, Erlensee. Infolge Wegfalls sämtlicher Mitglieder gilt der Verein als aufgelöst.

6450 Hanau, 12. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 41

3904

8 VR 507 — Neueintragung — 17. September 1975. Verein: Jehovas Zeugen Versammlung Bad Soden in Kelkheim (Tausen).

6240 Königstein/Ts., 17. 9. 1975

Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

3905

34 N 6/67 — Konkursverfahren Wiedekind, Groß-Zimmern: Das Verfahren ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Vergütung und Auslagen der Gläubigerausschlußmitglieder ergeben sich aus dem Terminprotokoll.

6110 Dieburg, 17. 9. 1975

Amtsgericht

3906

3 N 11/74 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ladenbau Lieberum & Kerst OHG in Wehretal-Reichensachsen, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 13. November 1975, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30 Zimmer 121, anberaumt.

3440 Eschwege, 19. 9. 1975

Amtsgericht

3907

3 N 13/74 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Lieberum, 3444 Wehretal-Reichensachsen, Landstraße 125, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 13. November 1975, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstr. Nr. 30, Zimmer 121, bestimmt.

3440 Eschwege, 19. 9. 1975

Amtsgericht

3908

3 N 3/75 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Innenarchitekten Heinrich Kerst, 3582 Gensungen, Am Loh 3, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 13. Novem-

ber 1975, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, bestimmt.

3440 Eschwege, 19. 9. 1975 Amtsgericht

3909

81 VN 11/75 — **Beschluß — Vergleichsverfahren:** Die Thiele und Rückert Tankbau und Tankhandel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Bergen-Enkheim, im Hermeshain 22, hat durch einen am 9. September 1975 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Ulrich Kneller, 6451 Maintal-Bischofsheim, Alt Bischofsheim 15, Tel. 45 00-6 33 75, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Es wird heute um 14.50 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen, §§ 12, 57 VglO. 6000 Frankfurt (Main), 9. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

3910

81 N 535/74 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Karl Schmitz, Inhaber der Firma Karl Schmitz, Großhandel in Schrott, Eisen-, Metall, 6 Frankfurter (M.), Leipziger Str. Nr. 67c, wohnhaft in 6078 Neu-Isenburg, Berliner Straße 19, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 31. Oktober 1975, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurt (M.), Gerichtstraße 2, Geb. B, I, Stock, Zimmer 137.

Für den Verwalter werden festgesetzt:
a) Vergütung auf 1000,— DM zuzüglich Ausgleich von 5,5% für Mehrwertsteuer,
b) Auslagen auf 104,10 DM.

6000 Frankfurt (Main), 16. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

3911

65 N 42/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Mistra-Baugesellschaft GmbH Frankfurt/Main**, Homburger Landstraße 392, eingetragen unter HRB 7231 beim Amtsgericht Frankfurt/Main, vertreten durch den Geschäftsführer Hans Riede, Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 5. November 1975, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt. 3500 Kassel, 18. 9. 1975 Amtsgericht, Abt. 65

3912

7 N 14/75 — **Beschluß:** Über das Vermögen der **Bauhütte Viernheim GmbH & Co. Bau- und Baubetreuungs-KG, Viernheim**, ist die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt. Hierüber ist noch nicht entschieden.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet:

1. Die Sequestration des Geschäftsbetriebes der KG und die Zwangsverwaltung der der KG gehörenden Grundstücke und Eigentumswohnungen.

2. Zum Sequester und Zwangsverwalter wird Rechtsanwalt Pfenning in Viernheim bestellt.

3. Verfügungen im Zusammenhang mit der Sicherung und Verwaltung des Vermögens der KG dürfen nur durch den Sequester vorgenommen werden. Die Gesellschafter der KG haben sich jeder Ver-

fügung zu enthalten, insbesondere ist ihnen die Einziehung von Außenständen untersagt. Es wird heute, dem 2. 9. 1975, 14.30 Uhr, ein allgemeines Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse erlassen. Schuldner haben ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit unter Angabe vorstehenden Beschlusses an den Sequester zu erfüllen.

Zahlungen an die Kommanditgesellschaft oder ihre Bevollmächtigten, die entgegen vorstehendem Verbot erfolgen, sind rechtsunwirksam.

6840 Lampertheim, 2. 9. 1975

Amtsgericht

3913

N 22/75 — **Beschluß:** Das am 3. 7. 1975 über das Vermögen des Kaufmanns **Alfred Egelkraut**, Inhaber des technischen Büros **Alfred Egelkraut**, 6451 Zellhausen, Jahnstraße 25, eröffnete Konkursverfahren wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 2500,— DM, seine Auslagen auf 126,— DM festgesetzt.

6453 Seligenstadt, 8. 9. 1975 Amtsgericht

3914

VN 1/75 — **Vergleichsverfahren:** Der Maurermeister **Horst Genzel**, Inhaber eines im Handelsregister nicht eingetragenen Baugeschäftes in Klein-Krotzenburg, Leipziger Straße 24, hat durch einen am 22. September 75 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gem. § 11 der VO wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsbeistand **Klaus Siebicke**, 6051 Weiskirchen, Grenzstr. 6, Tel.: (0 61 06) 41 98, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Gegen den Antragsteller wird heute um 15.00 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen (§§ 12, 59 VglO). Über Vermögensgegenstände darf der Antragsteller nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters bestimmen, Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen. Dem Antragsteller wird gem. § 10 VglO zur Beibringung der noch fehlenden Angaben und Unterlagen nach §§ 3, 4 VglO eine Frist von 10 Tagen gesetzt.

6453 Seligenstadt, 22. 9. 1975 Amtsgericht

3915

62 N 3/74 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Alfred Wölfinger GmbH u. Co. KG**, Wiesbaden, Fischbacher Straße 16, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. 6200 Wiesbaden, 3. 9. 1975 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche

— getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3916

VI. K 16/75: Das im Grundbuch von Harheim, Band 48, Blatt 2155, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Harheim, Flur 7, Flurstück 26/3, LB 1077, Hof- und Gebäudelfläche, Spitzenstraße 16, Größe 3,20 Ar, Flur 7, Flurstück 27/3, Bauplatz, daselbst, Größe 8,22 Ar,

soll am 4. Dezember 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heribert Ohlig in Schloßborn/Taunus.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 335 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 10. 9. 1975

Amtsgericht Frankfurt/Main
Abt. Bad Vilbel

3917

K 13/75: Das im Grundbuch von Petterweil, Band 38, Blatt 1430, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Petterweil, Flur 1, Flurstück 983, Hof- und Gebäudelfläche, Karlsbader Straße 1, Größe 4,77 Ar, EW.: 74 200,— DM,

soll am 27. November 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße Nr. 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 3. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Heinrich Roth in Petterweil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 1. 9. 1975 Amtsgericht

3918

K 17/75: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 100, Blatt 4859, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bad Vilbel, Flur Nr. 3, Flurstück 28/10, LB 1271, Hof- und Gebäudelfläche, Frankfurter Straße 151, Größe 2,52 Ar, EW.: 55 200,— DM,

soll am 21. November 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bäcker Kurt Neuß in Bad Vilbel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 18. 9. 1975 Amtsgericht

3919

K 45/73: Berichtigung zur Veröffentlichung Nr. 3567 vom 8. September 1975: Der Wohnsitz der Eigentümer ist Bischoffen.
3560 Biedenkopf, 19. 9. 1975 **Amtsgericht**

3920

K 1/71 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Frankenberg, Band 183, Blatt 6428, eingetragenen Grundstücke
Ifd. Nr. 2, Gemarkung Frankenberg, Flur Nr. 66, Flurstück 41/7, Hof- und Gebäudefläche, Auestr. 17, Größe 9,78 Ar,
Ifd. Nr. 3, Gemarkung Frankenberg, Flur Nr. 66, Flurstück 123/6, Hof- und Gebäudefläche, Auerstraße, Größe 27,34 Ar,
Ifd. Nr. 4 Gemarkung Frankenberg, Flur Nr. 66, Flurstück 41/11 Bauplatz, Am Grün Nr. 18, Größe 22,07 Ar,
sollen am 10. Dezember 1975, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße Nr. 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 1. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Unternehmer Jakob Schneider, in Frankenberg (Eder).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG mit Beschluß vom 16. 2. 1973 wie folgt festgesetzt worden:

Nr. 2 auf	94 000,— DM
Nr. 3 auf	174 000,— DM
Nr. 4 auf	23 000,— DM
	<u>291 000,— DM</u>

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 6. 8. 1975

Amtsgericht

3921

K 46/74: Die ideale Hälfte des im Grundbuch von Ober-Mörlen, Band 64, Blatt 3085, eingetragenen Grundstücks

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Mörlen, Flur 1, Flurstück 1005/2, Lieg.-B. 2420, Hof- und Gebäudefläche, Jahnstraße 13, Größe 7,46 Ar,

soll am Freitag, dem 28. November 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin dieser Hälfte am 21. Juni 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Helga Fritz, 8011 Gelting, Marktschwabener Straße 30.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 44 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/H., 11. 9. 1975 **Amtsgericht**

3922

5 K 12/75: Das im Grundbuch von Rückers, Band 30, Blatt 829, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rückers, Flur 14, Flurstück 7, Lieg.-B. 415, Hof- und Gebäudefläche, Keutzelbacher Straße 26, Größe 18,08 Ar,

soll am 13. November 1975, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße 38, Zimmer Nr. 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. März 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schreiner Otmar Müller in Rückers.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 120 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 16. 9. 1975

Amtsgericht

3923

42 K 38/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Winnerod, Band 6, Blatt 217, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Winnerod, Flur 1, Flurstück 33/1, Lieg.-B. 126, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Hain, Haus Nr. 19, Größe 56,88 Ar,

soll am 22. Januar 1976, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 7. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rechtswalt Dankmar Zitelmann in Krodorf-Gleiberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 323 880,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 11. 9. 1975

Amtsgericht

3924

42 K 99/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Hanau, Band 227, Blatt 9257, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Hanau, Flur SS, Flurstück 20/23, Hof- und Gebäudefläche, Martin-Luther-King-Str. 24, Größe 14,36 Ar

am 27. 11. 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 12. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elektroingenieur Eyyup Han in Hanau. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 633 600,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 17. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

3925

42 K 177/74: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Klein-Steinheim, Band 52, Blatt 2077, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Steinheim, Flur 5, Flurstück 17, Hof- und Gebäudefläche, Pfaffenbrunnenstr. 58, Größe 8,01 Ar,

am 25. 11. 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Josef Braun in Mühlheim/Dietesheim — zu 1/2 —, b) Peter Braun in Steinheim
c) Friedrich Wilhelm Braun in Klein-Auheim, d) Maria Rosa Leifeld geb. Braun, in Steinheim, e) Margareta Nesselträger geb. Braun, in Hanau f) Josef Braun in Mühlheim-Dietesheim, g) I Rosemarie Kolb, geb. Ahlert, verw. Braun, in Dietzenbach, II Karin Cornelia Braun, geb. 23. 6. 66 Dietzenbach, III Heiko Paul Braun, geb. 20. 12. 69, Dietzenbach, zu g) I II, III in Erbengemeinschaft, zu b—g in Erbengemeinschaft zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 16. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

3926

42 K 84/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Kilianstädten, Band 101, Blatt 3526, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Kilianstädten, Flur 30, Flurstück 14, Ackerland, Über der Stillhelmweide. Größe 10,82 Ar,

am 18. 11. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 7. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Susanne Luise Potocnik, geb. Müller, in Kilianstädten.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2705,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 15. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

3927

42 K 113/74: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Rückingen, Band 80, Blatt 2342, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 13, Flurstück 280, Hof- und Gebäudefläche, Kinzigstr. 1, Größe 2,00 Ar;

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 13, Flurstück 281, Hof- und Gebäudefläche, Kinzigstr. 1, Größe 1,31 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 13, Flurstück 282, Hof- und Gebäudefläche, Kinzigstr. 5, Größe 0,40 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Rückingen, Flur Nr. 13, Flurstück 283, Hof- und Gebäudefläche, Römerstr. 5, Größe 0,71 Ar,

am 20. 11. 1975, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau 1, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 9. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Horst Scheerer in Hanau. Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 15. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

3928

42 K 38/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Roßdorf, Band 29, Blatt 1046, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Roßdorf,

Ifd. Nr. 1, Flur 20, Flurstück 42, Ackerland, Am Bucher Weg, Größe 162,84 Ar,

Ifd. Nr. 2, Flur 22, Flurstück 37, Ackerland (Obst.), Über der Pfingstweide, Größe 133,88 Ar,

Ifd. Nr. 3, Flur 20, Flurstück 43, Ackerland, Am Bucher Weg, Größe 72,80 Ar,

Ifd. Nr. 4, Flur 22, Flurstück 36, Ackerland (Obst.), Über der Pfingstweide, Größe 102,48 Ar,

am 13. 11. 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 6. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Landwirt Wilhelm Schneider IV. in Roßdorf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: BV lfd. Nr. 1 = 81 420,— DM; BV lfd. Nr. 2 = 66 940,— DM; BV lfd. Nr. 3 = 36 400,— DM; BV lfd. Nr. 4 = 51 240,— DM; insgesamt = 236 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 15. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 42

3929

64 K 29/75 — Die im Grundbuch von Kassel, Band 344, Blatt 8531, eingetragenen Grundstücke Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur M1, Flurstück 513/109, Hof- und Gebäudefläche, Mönchebergstraße 33, Größe 4,41 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kassel, Flur M1, Flurstück 791/110, Hof- und Gebäudefläche, Mönchebergstraße 33, Größe 0,14 Ar, sollen am 3. Dezember 1975, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. April 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Architekt Peter Roesser, 5 Köln 1, Bur-
gunder Straße 26.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 8. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 64

3930

64 K 2/75: Das im Grundbuch von Kassel, Band 287, Blatt 6938, eingetragene Grundstück Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 8, Gemarkung Kassel, Flur M3, Flurstück 175/9, Lieg.-B. 6675, Hof- und Gebäudefläche, Ysenburgstraße 29, Größe 5,26 Ar,

soll am 6. Januar 1976, 8.30 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 1. 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Fa. W. Esthoff Söhne GmbH in Hees-
sen (Westfalen).

Gemäß Zuschlagsbeschlusses vom 15. 5. 1974 (64 K 119/73) der Habito-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung in Euskirchen zugeschlagen. Dieser neue Eigentümer wurde am 10. 2. 1975 im Grundbuch eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 15. 9. 1975

Amtsgericht, Abt. 64

3931

5 K 17/73 — Terminbestimmung zur Zwangsvolleistung: Die im Grundbuch von Homberg, Blatt 2001, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 453/1, Hof- und Gebäudefläche, Oberstraße 12, Größe 0,80 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flurstück 458, Hof-
raum, Dasselbst, Größe 0,04 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 26. November 1975, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kirchhain, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Miteigentums-
gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Herr Venizelos Yanadakis und Frau Katharina Yanadakis geb. Kampoyraki, beide in Homberg, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks lfd. Nr. 1 ist nach § 74 a ZVG auf 40 800,— DM und des Grundstücks lfd. Nr. 2 auf 40,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain/Bez. Kassel, 3. 9. 1975

Amtsgericht

3932

3 K 6/75: Der im Wohnungsgrundbuch von Egelsbach, Band 121, Blatt 5216, eingetragene 111/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Egelsbach, Flur 10, Flurstück 63/2, Hof- und Gebäudefläche, Schillerstraße, Größe 9,43 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Erdgeschoß Nr. 1 des Aufteilungsplans sowie Kellerraum Nr. 1 des Aufteilungsplans,

soll am 12. Dezember 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Manfred Hoffmann, Sprendlingen,
Mainstraße 14,

Ellen Hoffmann, geb. Griesmer, Dasselbst,
zu je 1/2.

Der Wert des Miteigentumsanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 134 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 11. 9. 1975

Amtsgericht

3933

3 K 20/74: Die im Grundbuch von Langen, Band 227, Blatt 10374, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 16, Flurstück 66, Ackerland, Am Wald, Größe 9,31 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Langen, Flur 21, Flurstück 462, Ackerland, Am Schnainweg, Größe 7,37 Ar,

sollen am 16. Januar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 5. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Artur Liese, Langen,
- Elfriede Liese geb. Deißler, Dasselbst,
- Edmund Wolf, Langen,
- Brigitte Wolf, geb. Jünger, Dasselbst,
zu je 1/4.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

zu 1: 13 000,— DM,

zu 2: 7 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 15. 9. 1975

Amtsgericht

3934

3 K 14/75: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 88, Blatt 5298, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Sprendlingen, Flur 2, Flurstück 159-1, Bauplatz, Kanonenstraße, Größe 3,23 Ar,

soll am 30. Januar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 4. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Karl Erich Gerhardt, Sprendlingen,
- Katharina Gerhardt, geb. Ott, Dasselbst, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 283 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 15. 9. 1975

Amtsgericht

3935

3 K 4/75: Die im Grundbuch von Offenthal, Band 43, Blatt 1858, eingetragene Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenthal, Flur 4, Flurstück 101, Ackerland, Am Langener Weg, Größe 33,63 Ar,

soll am 19. Dezember 1975, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Alfons Schell, Aschaffenburg,
- Mathilde Schell, geb. Schwarz, Dasselbst, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 17 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 15. 9. 1975

Amtsgericht

3936

K 8/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Elfershausen, Band 5, Blatt 126, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Elfershausen, Flur Nr. 4, Flurstück 22, Hausgarten, Im Dorf, Größe 4,45 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Elfershausen, Flur 5, Flurstück 16, Acker, Auf dem Herrenholze, Größe 65,21 Ar,

sowie das im Grundbuch von Malsfeld, Band 14, Blatt 472, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Malsfeld, Flur 8, Flurstück 393/105, Ackerland, Der Steinacker, Größe 2,38 Ar,

sollen am 25. November 1975, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Melsungen, Kasseler Str. 29, Zimmer Nr. 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 5. 1974 bzw. 7. 5. 1974 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Schlosser Anton Krahn in Malsfeld-Orts-
teil Elfershausen, Waldstr. 8.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 4983,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3508 Melsungen, 12. September 1975

Amtsgericht

3937

K 104/74: Die im Grundbuch von Lützel-Wiebelsbach, Band 18, Blatt 786, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lützel-Wiebelsbach, Flur 1, Flurstück 644, Bauplatz, Klingengstraße, Größe 7,62 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lützel-Wiebelsbach, Flur 8, Flurstück 290/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 15,29 Ar,

sollen am 2. Dezember 1975, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Dezember 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Philipp Stapp,
2. Otto Stapp, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 15. 9. 1975

Amtsgericht

3938

5 K 17/72: Das im Grundbuch von Hungen, AG-Bezirk Nidda, Band 38, Blatt 1793, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hungen, Flur 1, Flurstück 477/1, Hof- und Gebäudefläche, Langgasse 15, Größe 5,88 Ar,

soll am 23. Oktober 1975, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 3. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3. Schreinermeister Karl-Heinz Koller in Hungen, Langgasse 15.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 68 760,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 17. 9. 1975

Amtsgericht

3939

7 K 29/75 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Heusenstamm, Band Nr. 113 Blatt 3997, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Heusenstamm, Flur 6, Lieg.-B. 1075,

lfd. Nr. 1, Flurstück 387/5, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 17, Größe 3,72 Ar,

lfd. Nr. 2 Flurstück 387/3, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 19, 3,23 Ar,

lfd. Nr. 3, Flurstück 387/4, Hof- und Gebäudefläche, Dasselst, Größe 0,54 Ar, am Mittwoch, dem 12. 11. 1975, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (24. 3. 1975):

Kaufmann Otmar Lindig, Heusenstamm. Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 700 000,— DM (wirtschaftliche Einheit).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 17. 9. 1975

Amtsgericht

3940

7 K 8/75 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach/M., Band 484, Blatt 14 372, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach/M., Flur 20, Flurstück 187/3, Lieg.-B. 5848, Hof- und Gebäudefläche, Buchhügelallee, Größe 10,09 Ar,

am Dienstag, dem 11. 11. 1975, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Gebäude D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am Tag des Versteigerungsvermerks (12. 2. 1975):

Eheleute Kaufmann Gerhard Heinrich Paul und Helga Paul, geb. Heil, in Offenbach/M., zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 650 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 10. 9. 1975

Amtsgericht

3941

7 K 58/75 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Offenbach, Band 414, Blatt 12 286, eingetragene 368/100 000 Miteigentumsanteil (Wohnungseigentum) an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach am Main, Flur 5, Flurstück 310/2, Lieg.-B. 36, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße Nr. 282—288, 290, Größe 113,73 Ar — verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit der Nr. 286 bezeichneten Wohnung —

am Freitag, dem 14. 11. 1975, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Zimmer Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (6. 5. 1975):

Kaufmann Siegfried Michael Hossfeld Ffm.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 17. 9. 1975

Amtsgericht

3942

K 4/75: Das im Grundbuch von Klein-Welzheim, Band 17, Blatt 956, eingetragene Grundstück der Gemarkung Klein-Welzheim

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 26, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 32, Größe 1,25 Ar, soll am Montag, dem 8. 12. 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Seligenstadt, Giselastr. 1, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 2. 1975 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Margarete Meinzingler in Klein-Welzheim.

Der Wert des Grundstücks ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG auf 35 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 8. 9. 1975

Amtsgericht

3943

2 K 37/73 — Beschluß: Das im Grundbuch von Schmitten, Band 34, Blatt 1091, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schmitten, Flur 17, Flurstück 43/2, Hof- und Gebäudefläche, Hattsteiner Straße 15, Größe 5,90 Ar.

soll am Donnerstag, dem 15. Januar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Straße Nr. 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Hede Walthall geb. Krichbaum, Canon City, Colo. 812 12, 710 W. Grand Ave., jetzt: P.O.Box 387.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 92 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen/Ts., 16. 9. 1975

Amtsgericht

3944

3 K 71/75: Das im Grundbuch von Hasselborn, Band 7, Blatt 219, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hasselborn, Flur Nr. 1, Flurstück 121/1, Bauplatz, Lindenstraße, Größe 5,71 Ar,

soll am 28. Januar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Rudolf König, Klein-Karben, Lindenweg 22.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 27. 5. 1974 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf 8000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 12. 9. 1975

Amtsgericht

3945

3 K 67/73: Das im Grundbuch von Großrechtenbach, Band 47, Blatt 1686, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großrechtenbach, Flur 14, Flurstück 260, Hof- und Gebäudefläche, Tannenweg, Größe 7,84 Ar,

soll am 14. Januar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. November 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Inge Wagner, geb. Langsdorf, Rechtenbach 1.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 2. 8. 1972 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf 180 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 12. 9. 1975

Amtsgericht

3946

K 27/75: Das im Grundbuch von Weilmünster, Band 84, Blatt 2480, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Weilmünster, Flur Nr. 29, Flurstück 6/2, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße, Größe 13,96 Ar,

soll am 14. November 1975, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße Nr. 25, Zimmer Nr. 24, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 4. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Inspektor Kurt Metzler, Frau Margit Metzler, geb. Jost, in Weilmünster, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 16. 9. 1975 Amtsgericht

3947

K 41/74: Die im Grundbuch von Oberhausen, Band 25, Blatt 841, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Oberhausen, Flur 58, Flurstück 3, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorf 102, Größe 6,58 Ar,

Ifd. Nr. 2, Flur 58, Flurst. 2, Hof- und Gebäudefläche (Garten), Oberdorf, Größe 4,28 Ar,

sollen am 14. November 1975, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 10. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rentner Johann Mayer, Elli Mayer geb. Stepping, in Oberhausen, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 16. 9. 1975 Amtsgericht

3948

K 54/74: Das im Grundbuch von Wirbelau, Band 27, Blatt 896, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Wirbelau, Flur 1, Flurstück 260/1, Grünland, Langewies, Größe 5,45 Ar,

soll am 14. November 1975, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

3951**Andere Behörden und Körperschaften****Aktiva****Nassauische Brandversicherungsanstalt, Wiesbaden**

	DM	DM
I. Kapitalanlagen:		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
a) mit Geschäfts- und anderen Bauten	DM 1 133 398,—	
b) mit Wohnbauten	DM 460 123,—	
c) ohne Bauten	DM —,—	
d) mit unfertigen Bauten	DM —,—	
	1 593 521,—	
2. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	—,—	
3. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	6 371 813,28	
4. Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder	2 229 492,03	
davon Ausgleichsforderungen: DM 2 229 492,03		
5. Beteiligungen	219 178,—	
6. Wertpapiere und Anteile, soweit sie nicht zu anderen Posten gehören	22 746 861,—	
7. Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten	—,—	
8. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	33 160 865,31 64,17	33 160 929,48
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		—,—
III. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
1. Versicherungsvertreter	—,—	
2. Versicherungsnehmer	677 629,18	677 629,18
3. sonstige	—,—	
IV. Andere Vermögensgegenstände:		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	199 346,—	
2. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	56 466,60	
3. laufende Guthaben bei Kreditinstituten	525 372,04	
4. Zins- und Mietforderungen	813 496,77	
5. sonstige	656 127,79	2 252 809,20
VI. Rechnungsabgrenzungsposten		282 257,48
VII. Bilanzverlust		—,—
		36 373 625,34

Für die folgenden fünf Geschäftsjahre rechnen wir mit Versorgungszahlungen in Höhe von je 101, 101, 101, 102, 105% der diesjährigen Zahlungen von DM 785 129,94.

Eingetragene Eigentümer am 3. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):
 Eheleute Udo Nast und Elisabeth, geb. Schampera, in Wirbelau, zu je 1/2.
 Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.
 6290 Weilburg, 16. 9. 1973 **Amtsgericht**

3949

61 K 47/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Rambach, Band 64, Blatt 1703, eingetragene Grundstück
 lfd. Nr. 1, Gemarkung Rambach, Flur 27, Flurstück 2828, Ackerland, Am Helgenstock, 1. Gewinn, Größe 7,30 Ar,
 soll am 18. November 1975, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 6. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Autobusfahrer Peter Friedrich,
- b) Christine Friedrich geb. Kromholz, in Wiesbaden-Klarental, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.
 6200 Wiesbaden, 16. 9. 1975 **Amtsgericht**

3950

K 36/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Zierenberg, Band 47, Blatt 1808, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Zierenberg, Flur 7, Flurstück 1/28, Lieg.-B 1388, Hof- und Gebäudefläche, Danziger Straße 5, Größe 9,52 Ar,

soll am Dienstag, 25. November 1975, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstraße 5, Zimmer 13 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Reisender Hans Köhler, 6 Frankfurt, Steuernagelstraße 15,
- b) Frau Anita Gehle geb. Krieger, Eschborn-2, Kronberger Straße 42 — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 174 000.— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.
 3549 Wolfhagen, 3. 9. 1975 **Amtsgericht**

Jahresbilanz zum 31. 12. 1974

Passiva

	Stand 1. 1. 74	Zuführung	DM	DM
I. Offene Rücklagen:				
1. gesetzliche Rücklage	DM 6 469 746,45	DM 1 671 839,54	8 141 585,99	8 141 585,99
2. andere Rücklagen (Sicherheitsrücklage)				
Ia. Sonderposten mit Rücklageanteil				
II. Pauschalwertberichtigungen:				
1. zu Kapitalanlagen			658,70	
2. zu sonstigen Forderungen			32 470,—	33 128,70
III. Versicherungstechnische Rückstellungen:				
1. Beitragsüberträge				
a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	DM 302,38			
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	DM —,—	DM 302,38		
b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	DM 21 037,26			
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	DM —,—	DM 21 037,26	21 339,64	
2. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft (davon Renten-Deckungsrückstellung: DM —,—)	DM 14 312 603,26			
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	DM 3 720 537,59	DM 10 592 065,67		
b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	DM 473 995,14			
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	DM —,—	DM 473 995,14	11 066 060,81	
3. Schwankungsrückstellung			3 906 916,28	
4. Rückstellung für Beitragsrückerstattung		DM 49 457,49		
davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		DM —,—	49 457,49	15 043 774,22
IV. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft				196 800,22
V. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern				
2. sonstigen			13 148,50	13 148,50
VI. Nichtversicherungstechnische Rückstellungen:				
1. Pensionsrückstellungen			10 418 557,—	
2. sonstige Rückstellungen			1 623 556,81	12 042 113,81
VII. Andere Verbindlichkeiten:				
1. sonstige Verbindlichkeiten			591 681,50	591 681,50
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten				311 392,40
IX. Bilanzgewinn				
				36 373 625,34

Der Direktor der
 Nassauischen Brandversicherungsanstalt
 gez.: Venohr

Wiesbaden, den 27. Februar 1975

Nassauische Brandversicherungsanstalt, Wiesbaden — Gewinn- und

Posten

Gesamtes Versicherungsgeschäft

Posten	DM	DM
1. Beiträge einschließlich Nebenleistungen	35 451 077,10	
2. Rückversicherungbeiträge/ 9 754 840,08	
3. Veränderungen der Beitragsüberträge f. e. R./ 2 706,30	
4. sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.		25 693 539,12
Zwischensumme 1		23 848,14
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen) f. e. R.		25 717 377,26
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb davon ab: erhaltene Rückversicherungsprovisionen aus dem in Rückdeckung gegebenen Ver- sicherungsgeschäft	4 701 759,41	14 228 788,62
7. sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R./ 1 613 363,53	3 088 395,08
Zwischensumme 2		3 228 783,99
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung		5 171 409,47
Zwischensumme 3		2 959 865,79
9. Erträge aus Kapitalanlagen:		2 211 513,88
a) Erträge aus Grundstücken und Grundstücksgleichen Rechten	214 006,32	
davon aus eigener Nutzung: DM 144 616,32		
b) Erträge aus Beteiligungen	—	
c) Zinsen und ähnliche Erträge	3 503 864,91	
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen, aus Zuschreibungen und aus der Auflösung von Wertberichtigungen zu Kapitalanlagen	7 761,05	3 725 632,28
10. Erträge aus der Herabsetzung bzw. Auflösung von		
a) Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen, soweit sie nicht zu Nummer 9 Buchstabe d gehören	—	
b) nichtversicherungstechnische Rückstellungen	—	
c) Sonderposten mit Rücklageanteil	—	
11. sonstige Erträge		172 440,87
davon außerordentliche: DM 5 581,71		
Zwischensumme 4		6 109 617,93
12. Aufwendungen für Kapitalanlagen:		
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen	271 337,64	
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	—	
c) Verwaltungsaufwendungen und sonstige	156 312,92	427 650,59
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		1 618 266,35
14. sonstige Abschreibungen und Wertberichtigungen		82 399,14
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, soweit sie nicht zu Nummer 7 gehören		2 274,07
16. Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	2 130 562,—	
b) sonstige	41 743,95	2 172 305,95
17. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—
18. sonstige Aufwendungen		106 891,42
19. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag		1 671 839,54
20. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—
21. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen:		
a) in die gesetzliche Rücklage	—	
b) in freie Rücklagen (Sicherheitsrücklage)	1 671 839,54	1 671 839,54
22. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—

3952

Bekanntmachung des Kommunalen Gebietsrechen- zentrums Wiesbaden

Auf Grund des § 114 Abs. 2 HGO in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. I S. 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. 5. 1973 (GVBl. I, S. 161), wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Verwaltungsrat des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ) Wiesbaden die Jahresrechnung für das Jahr 1973 beschlossen und gleichzeitig dem Direktor für die Geschäftsführung Entlastung erteilt hat.

Die Jahresrechnung 1973 mit Erläuterungsbericht liegt vom 29. 9. bis 3. 10. 1975 und vom 6. 10. bis 7. 10. 1975, während der Dienststunden des KGRZ Wiesbaden, Konrad-Adenauer-Ring Nr. 60, 3. Stock, Zimmer 302, zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

6200 Wiesbaden, 15. 9. 1975

Kommunales Gebietsrechenzentrum
Wiesbaden
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Der Direktor
Retzlaff

3953

Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden für das Rech- nungsjahr 1976

Gemäß §§ 97 (2) und 98 der Hess. Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. I S. 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I, S. 161), wird öffentlich bekanntgemacht, daß der Entwurf der Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1976 in der Zeit vom 29. 9. bis 3. 10. und vom 6. 10. bis 7. 10. 1975, jeweils von 8.00 bis 15.30 Uhr, in Wiesbaden, Konrad-Adenauer-Ring 60, 3. Stock, Zimmer Nr. 302, öffentlich zur Einsichtnahme ausliegt.

6200 Wiesbaden, 15. 9. 1975

Kommunales Gebietsrechenzentrum
Wiesbaden
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Der Direktor
Retzlaff

Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 1. 1974 bis 31. 12. 1974

selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft Versicherungszweig: Feuer / Gebäude		sonstige Versicherungszweige des selbst abgeschlossenen und in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts			
		selbst abgeschl. V G V		in Rückdeckung übernommen	
DM	DM	DM	DM	DM	DM
34 292 640,33		76 421,64		1 082 015,13	
9 714 296,59		33 656,01		6 887,48	
<u>96,85</u>	24 578 246,89		42 765,63	<u>2 609,45</u>	1 072 518,20
	23 046,44				
	<u>24 602 093,33</u>		<u>42 765,63</u>		<u>1 072 518,20</u>
	13 636 922,41		3 818,95		588 047,26
	2 823 808,26		39 013,98		225 573,64
	<u>3 167 768,57</u>		<u>1 399,80</u>		<u>59 614,62</u>
	4 973 594,09		<u>1 467,10</u>		<u>198 282,68</u>

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach meiner pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Düsseldorf, den 10. März 1975

Dr. Wolfgang Heubaum
Wirtschaftsprüfer

3954

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Gladenbach nach Duisburg

Die der Deutschen Bundesbahn am 2. September 1969 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Gladenbach nach Duisburg habe ich wie folgt geändert:

- a) die Verkehrsbedienung von Opladen wird aufgehoben,
- b) die Verkehrsbedienung von Köln wird in die Linien einbezogen.

3500 Kassel, 12. 8. 1975

Der Regierungspräsident
III/4b — 66 f 02-03 B

3955

Widmung einer Neubaustrecke zur Kreisstraße 41 in den Gemarkungen Remsfeld und Oberbeisheim (Ortsteile der Gemeinde Knüllwald), Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel

Die in den Gemarkungen Remsfeld und Oberbeisheim (Ortsteile der Gemeinde Knüllwald) im Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

von km 0,003 neu (bei km 8,512 der K 33)
bis km 3,260 neu = 3,257 km

wird mit Wirkung vom 1. September 1975 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Bestandteil der Kreisstraße 41.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der oben bezeichneten Behörde Widerspruch erhoben werden.

Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

3588 Homberg, 27. 8. 1975

Der Kreisausschuß
des Schwalm-Eder-Kreises

3956

Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Limburg nach Niedernhausen

Der Deutschen Bundesbahn — Bundesbahndirektion Frankfurt (Main), 6 Frankfurt (Main), Friedrich-Ebert-Anlage 35, wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Limburg nach Niedernhausen

über Eschhofen — Lindenhofen — Niederbrechen — Oberbrechen — Niederselters — Oberselters — Erbach — Camberg — Walsdorf — Wörsdorf — Idstein — Dasbach — Oberseelbach

bis zum 31. Januar 1983 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht der Genehmigungsbehörde (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 13. 8. 1975

Der Regierungspräsident
IV/2 — 66 f 02/03 — D — (F 153)

3957

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Bad Orb nach Gelnhausen

Dem Verkehrsunternehmer Karl Noll, 6482 Bad Orb, Heppengasse 21, wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Bad Orb (Busparkplatz)

nach Gelnhausen (Kreiskrankenhaus)

bis zum 30. Juni 1983 erteilt.

Das Verkehrsunternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Main-Kinzig-Kreises in Hanau (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 14. 8. 1975

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — N — (5)

3958**Genehmigungen zur Einrichtung und zum Betrieb von Linienverkehren mit Kraftfahrzeugen von Bad Orb nach Bad Orb**

Dem Verkehrsunternehmer Karl Noll, 6482 Bad Orb, Heppengasse 21, werden nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigungen zur Einrichtung und zum Betrieb von Linienverkehren mit Kraftfahrzeugen

- a) von Bad Orb (Kurpark) nach Bad Orb (Aussichtsturm Molkenberg)
 über Kurparkstraße — Burgringstraße — Molkenbergstr.
 und

- b) von Bad Orb (Kurpark) nach Bad Orb (Café Haselruh)
 über Kurparkstraße — Ludwig-Schmank-Straße — Würzburger Straße — Bahnhofstraße — Haselstraße
 bis zum 31. Mai 1979 erteilt.

Das Verkehrsunternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Main-Kinzig-Kreises in Hanau (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 15. 8. 1975

Der Regierungspräsident
 IV 2 — 66 f 02/07 — N — (2, 3)

3959**Öffentliche Ausschreibungen**

Schotten: Die Bauleistungen für die K 184, Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur zw. Nidda—Unter-Widdersheim und Nidda—Ober-Widdersheim, von km 2,336 bis km 1,049, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 8500 cbm Boden lösen
- ca. 2100 cbm Oberboden lösen
- ca. 1450 m Sickerleitung NW 100 bis NW 250 verlegen
- ca. 8500 t Basaltmaterial d. K. O/56
- ca. 7800 qm bit. Tragschicht herstellen
- ca. 7800 qm Asphaltbinder 0/16 einbauen
- rd. 7800 qm Asphaltbeton 0/8 einbauen
- ca. 1000 t Abraumschotter liefern und einbauen
- ca. 300 t Steinerde liefern und einbauen

Bauzeit bis 25. Juni 1976.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. 9. 1975 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 15 — DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, PSchKonto Ffm. Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 7. 10. 1975, um 11.30 Uhr, im Hess Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 6 Wochen.

6479 Schotten, 15. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Dokumentarischer Rückblick auf die
 hundertjährige wechselvolle Vergangenheit
 des Regierungsbezirks Wiesbaden
 Von Regierungsvizepräsident Dr. Müller †

Als Geschenk empfohlen!

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten Abbildungen
 auf Kunstdruckpapier im Format 17 × 23,7 cm.
 1/1-Leinendecke mit Gold- und Farbprägung
 Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig cellophaniert.
 Preis 24,50 DM (zuzügl. Verpackung und 5,5% MwSt.).



1866

1966

Bestellungen durch Ihre Buchhandlung oder beim Verlag

Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG.

62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon: Sammelnummer 3 96 71

3960

Darmstadt: Landschaftsbauarbeiten. Für den Neubau der B 45 zwischen Jügesheim und Eppertshausen sollen folgende Bauleistungen vergeben werden:

Leistungen u. a.:

- ca. 400 000 qm Mutterboden andecken und einsäen
- ca. 200 000 Stück Gehölze liefern und pflanzen
- ca. 200 000 Stück Gehölze 2 Jahre lang pflegen
- 1 600 qm Verbundpflaster herstellen
- 200 lfd. m Holzpallisanderwand herstellen

Bauzeit: Mutterbodenandekung 12 Monate
Pflanzung und Pflege 43 Monate.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Es kommen nur Bieter in Frage, die nachweislich Mutterboden- und Bepflanzungsarbeiten ohne Subunternehmer ausgeführt haben. Referenzen sind dem Angebot beizulegen.

Angebotsunterlagen sind bis 8. 10. 1975 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 15.— DM portofrei zugestellt. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, PSchKonto Ffm. Nr. 355 99-602 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 31. 10. 1975, um 11.00 Uhr, im Sitzungszimmer (Nr 206) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd-Darmstadt, Schottener Weg 5.

Zuschlags- und Bindefrist: 4. 12. 1975.

6100 Darmstadt, 16. 9. 1975 Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

3961

Schotten: Die Bauleistungen für die Deckenerneuerung auf der K 111 zwischen Lauterbach-Blitzenrod und Lauterbach-Frischborn von km 5,938 bis km 7,772 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- rd. 20 cbm Oberboden abtragen und beseitigen
- rd. 70 cbm Boden lösen
- rd. 2 100 m Muldenprofil wieder herstellen
- rd. 250 cbm Leitungsgräben ausheben
- rd. 11 000 qm Haftkleber ansprühen
- rd. 11 000 qm Asphaltbinder 0/16 einbauen
- rd. 11 000 qm Asphaltbeton 0/8 einbauen
- rd. 90 qm Verbundsteinpflaster herstellen
- rd. 1 500 t Abraumschotter liefern und einbauen
- rd. 300 t Steinerde liefern und einbauen.

Bauzeit: bis 5. Dezember 1975.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. September 1975 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 9.— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizulegen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, PSchKonto Ffm. Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 7. 10. 1975, um 11.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 3 Wochen.

6479 Schotten, 15. 9. 1975 Hessisches Straßenbauamt

3962

Frankfurt (Main): Die Bauleistungen für Landschaftsbauarbeiten an der Anschlußstelle BAB A 4 (23) Kirchheim-Eisenach, km 343,5, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- Pflanzarbeiten: 55 700 Stück Gehölze
- Pflegearbeiten: 88 000 qm Vegetationsfläche
- Bauzeit: 6 Monate

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 27. 10. 1975.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Gallusanlage 2, bis spätestens 30. 9. 1975 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 10.— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für zwei Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6821 mit der Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Landschaftsbauarbeiten AS — Friedewald BAB A 4 (23)“ ist beizulegen.

Für Selbstaholder werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen ab 25. 9. 1975 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (Main), Zimmer 236, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 7. 10. 1975, 10.00 Uhr, im Zimmer 212 des Autobahnamtes Frankfurt (Main), Gallusanlage 2.

Zuschlags- und Bindefrist: 30. 10. 1975.

Für die Auftragserteilung kommen nur Bieter in Frage, die nachweisbar und gewerbsmäßig Landschaftsbauarbeiten ohne Subunternehmer mit erfolgreichem Fachpersonal und entsprechender Leistungsfähigkeit durchführen können. Referenzen sind dem Angebot beizulegen.

6000 Frankfurt (Main), 19. 9. 1975

Autobahnamt

3963

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten, Ausbau der K 79 zwischen Flieden/OT Schweben und Kalbach/OT Mittelkalbach, zwischen km 2,882 und km 5,460, vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 10 000 cbm Erdbewegung
- rd. 10 000 t Basaltmaterial d. K. 0/45 mm als Frostschuttschicht
- rd. 6 000 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm
- rd. 19 000 qm Teerasphaltbeton d. K. 0/16 mm, 5 cm dick sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bauarbeiten sollen im November 1975 begonnen werden und müssen bis zum 30. November 1976 beendet sein.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40.— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKonto Ffm. Nr. 6753-609 mit obiger Angabe einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstaholder erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 21. Oktober 1975, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 28. November 1975, 24.00 Uhr.

6400 Fulda, 19. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

3964

Eschwege: Die Bauleistungen für den Neubau der Feldwegunterführung (Bw ES 2597) im Zuge der Verlegung der B 253 zwischen Gensungen und BAB A 7 im Schwalm-Eder-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- 650 cbm Bodenaushub
- 165 cbm Stahlbeton Bn 250 Fundament u. Rahmensohle
- 230 cbm Stahlbeton Bn 250 Flügel und Rahmen
- 35 cbm Stahlbeton Bn 350 Gehwegkappen
- 180 qm Mastix
- 30 t Stahl St 42/50

Bauzeit: 250 Werktag einschl. Erstellung der Ausführungsunterlagen

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme. Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVStRa 73 § 13. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Brückenbau, Eschwege, Max-Woelm-Str. 5, I. Stock, während der Besuchszeiten von 9.00—12.00 und 14.00—15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 7. 10. 1975 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Fertigungen in Höhe von 25.— DM ist beizulegen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 1000 205 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „Feldweg-UF zwischen Gensungen und BAB A 7“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 29. 10. 1975 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Str. 52, Erdgeschoß.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 1 Monat = 28 Werktag.

3440 Eschwege, 17. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

3965

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten, Ausbau der OD Ehrenberg/OT Seiferts, im Zuge der B 278, km 10,095 bis km 11,200 (Stat. 0+000 bis 1+110 = 1110 m), vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 5 000 cbm Erdbewegung
 - rd. 9 600 t Basalmaterial d. K. 0/45 mm als Frostschuttschicht
 - rd. 3 400 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm, bis 12 cm dick
 - rd. 9 000 qm Teerasphaltbeton d. K. 0/16 mm, 5,0 cm dick
- sowie sonstige Nebenarbeiten, wie Herstellung von Gehwegen, Versetzen von Mauern usw.

Die Bauarbeiten sollen im November begonnen werden und sind bis zum 30. November 1976 zu beenden. Die Fahrbahn- decke ist bis zum 30. September 1976 aufzubringen.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKonto Ffm. Nr. 67 53, mit obiger Angabe, einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Donnerstag, dem 16. Oktober 1975, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 14. November 1975, 24.00 Uhr.

6400 Fulda, 19. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

3966

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der K 533 in der Ortsdurchfahrt Heidenrod-Laufenselden von Str.-km 3,180—3,750 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 3000 cbm Bodenaushub 2.23—2.27 bzw. Fahrbahnauskof-ferung
- ca. 1300 cbm Frostschutzmaterial 0/45 mm liefern und einbauen
- ca. 2600 qm bit. Tragschicht 0/32 mm liefern und einbauen
- ca. 240 t bit. Tragschicht 0/32 mm liefern und einbauen
- ca. 2600 qm Asphaltbinderschicht 0/16 mm liefern und einbauen
- ca. 2800 qm Asphaltbetonschicht 0/11 mm

Bauzeit: 130 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. 10. 1975 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 23,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kto.: Frankfurt (Main) Nr. 68 30, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „K 533 — OD Heidenrod-Laufenselden, Str.-km 3,180—3,750“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 1. 10. 1975 in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 21. 10. 1975, 10.00 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 17. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

3967

Schotten: Die Bauleistungen für den Neubau der L 3187 zwischen Blofeld und Dauernheim, Bau-km 1+060 bis 3+960 = 2,9 km Baulänge, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- rd. 6 000 cbm Oberboden lösen
- rd. 20 000 cbm Boden lösen
- rd. 35 000 cbm Boden liefern und einbauen
- rd. 1 200 cbm Sickerleitungsgräben
- rd. 12 000 cbm Basalmaterial d. K. 0/56 mm
- rd. 20 000 qm bit. Tragschichten herstellen
- rd. 20 000 qm Asphaltbinder einbauen
- rd. 20 000 qm Asphaltbeton einbauen

Bauzeit: bis 28. 11. 1976.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 2. Oktober 1975 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen. Preis 20,— DM.

Einzahlungen bei der Staatskasse Geißen, PSchKonto Ffm. Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 9. Oktober 1975, um 11.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 4 Wochen.

6479 Schotten, 15. 9. 1975

Hessisches Straßenbauamt

3968

Limburg: Die Bauleistungen für den Anbau einer Standspur zwischen km 110,0 bis km 113,2, Ostseite, sowie den Anbau einer 3. Fahrspur mit Standspur zwischen km 110 bis km 108,32, Ostseite, der BAB-Strecke A 3, Köln—Frankfurt, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 45 000 qm Mutterboden Ab- und Auftrag
- 6 100 qm Abbruch aller Fahrbahnfestigungen
- 20 000 cbm Kofferbettaushub und Bodenabtrag lösen und wieder einbauen
- 12 000 cbm Schüttmassen liefern und einbauen
- 3 300 lfd. m Entwässerungsleitungen Ø 300 mm mit Schächten herstellen
- 2 000 lfd. m Sickerleitungen Ø 125 mm herstellen
- 13 000 cbm Frostschutzmaterial liefern und einbauen
- 22 500 qm Asphalttragschicht 15 cm herstellen
- 10 500 qm Asphaltbinder 8,5 cm herstellen
- 10 500 qm Asphaltbeton 3,5 cm herstellen
- 12 000 qm Asphaltbeton 3,0 cm herstellen

Bauzeit: 150 Werktage (Pfingsten Hauptpreiszeit).

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 1. Dezember 1975.

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Außenstelle Limburg, bis spätestens 30. 9. 1975 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 30,— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für zwei Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), PSchKonto Ffm. 68 21 mit der Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Anbau von Zusatzspuren BAB A 3, km 108,32 bis km 113,2“ ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 9. 10. 1975 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt, Außenstelle Limburg, Anschlußstelle Limburg-Nord, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 4. November 1975, 10.00 Uhr, im Zimmer Nr. 213, des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Gallusanlage 2.

Zuschlags- und Bindefrist: 15. 12. 1975.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 6,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6250 Limburg, 16. 9. 1975 Autobahnamt Frankfurt — Außenstelle Limburg

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 21,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 2229. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa-Nr. 3 96 71. Fernschreiber: 04 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 12 vom 1. 7. 1975.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 48 Seiten.